

mole

...ums Ganze! Magazin

#01

Schwerpunkt: Blockupy.

Interviews: IG-Metall & IWW.

Kampf für das Gemeinsame – der (Post-)Operatismus als Interventionsstrategie für die radikale Linke.

Über Kinderkrankheiten und roten Jakobinismus.

It's just the beginning...
Perspektiven antinationaler Vernetzung.

From A to C: Regroupment an International Antinationalism in the UK.

Greece must die. (So that we can survive...)

Black Metal ist Braun?!

Born to die – Über die Ultras.

... ums Ganze!

Gefördert durch:



Impressum:

Das Mole Magazin ist ein Projekt des
...umsGanze! Bündnisses.

<http://umsganze.org>

Das Gendern überlässt die Redaktion
den jeweiligen Autor_innen.

Photos: Tina Ferus

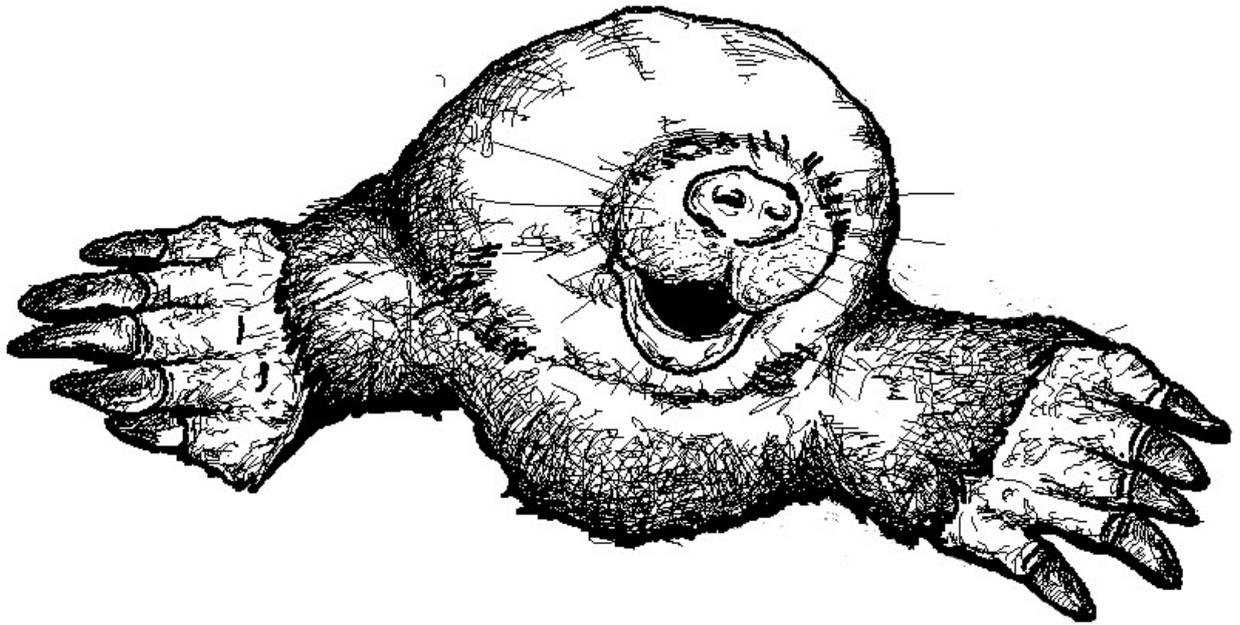
Layout: Formation Kutscher
kutscher@mail.de

Die Verteiler_Innen des Heftes sind nicht
mit den Macher_innen identisch.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an
den oder die Adressat_in Eigentum des oder der
Absender_in. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushän-
digung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehän-
digte Zeitungen sind unter Angabe von Gründen
an den oder die Absender_in zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: Jack Churchill, Bornai-
sche Str. 3d, 04277 Leipzig



„Aber die Revolution ist gründlich. Sie ist noch auf der Reise durch das Fegefeuer begriffen. Sie vollbringt ihr Geschäft mit Methode. [...] Und wenn sie [...] ihre Vorarbeit vollbracht hat, wird Europa die Welt [...] aufspringen und jubeln: Brav gewählt, alter Maulwurf!“

Hier also das erste „Mole“ in Referenz auf den Maulwurf wie ihn Marx im 18. Brumaire als Analogie zur Revolution – als treibende Kraft der menschlichen Geschichte – einsetzt. Auch wenn eben diese Geschichte immer noch dem revolutionären Optimismus schimpft, wollen wir fleißig mit graben, um den Möglichkeiten der Befreiung des Menschen von gesellschaftlicher Herrschaft zu ihrer Wirklichkeit zu verhelfen. Im Herbst letzten Jahres haben wir die Redaktion des Magazins für das kommunistische Bündnis „...ums Ganze!“ übernommen. Wir wollen hierin die laufenden Aktionen des Bündnisses begleiten und den Gruppen als Diskussionsplattform dienen, dies geschieht auf den ersten Seiten des Magazins. Der Fokus dieses ersten Heftes richtet sich auf die internen Debatten um die Beteiligung an den diesjährigen Blockupyprotesten, sowie Für und Wider von Intervention im Allgemeinen. Im Anschluss an diese Diskussion kommen Menschen in Interviews rund um soziale Kämpfe zu Wort. Es ist uns wichtig zu betonen, dass wir im Rahmen dieses Projektes auch über

„...ums Ganze!“ hinaus Ort theoretischer Reflexion sein wollen. Also werden im „Mole“ Inputs zum Diskutieren gegeben, die den unmittelbaren Bezug der Bündnispolitik überschreiten und damit dessen Theoriebildung beflügeln sollen. In dieser Ausgabe schreibt Philipp Metzger über den Postoperaismus und der Arbeitskreis Societé des Égaux aus Leipzig zur historischen Debatte zwischen Linkskommunismus und Bolschewismus. Um über eine oft viel zu national gebundene Perspektive hinauszukommen, werden wir emanzipatorische Gruppen aus anderen Ländern und verschiedenen Spektren zu Wort kommen lassen – denn ein antinationaler Kommunismus will gut vernetzt sein! Dieses Mal buddeln mit: Antifa Negative aus Athen, Plan C aus England und Antifa AK Köln. Zudem nehmen wir (sub) kulturelle Praxen aus Kulturindustrie und dem irren kapitalen Alltag aufs Korn und hoffen auch hier auf unbarmherzige Ideologiekritik. Stay uGly und weitergraben!

REDAKTION MOLE
(Leipzig, Juli 2013)

mole

...ums Ganze! Magazin

- 5 Schwerpunkt: Blockupy.
- 6 – 7 Auf Allen Ebenen.
- 8 – 10 Im Konkreten versuchen, Gegenmacht aufzubauen.
- 11 – 19 Aufruhr im Gemüsebeet.
- 22 – 24 Interview mit einem Gewerkschafter der IG-Metall.
- 25 – 28 Interview mit einem Vertreter der IWW.
- 29 – 41 Kampf für das Gemeinsame – der (Post-)Operatismus als Interventionsstrategie für die radikale Linke.
- 42 – 51 Über Kinderkrankheiten und roten Jakobinismus.
- 54 – 60 It's just the beginning... Perspektiven antinationaler Vernetzung.
- 61 – 70 From A to C: Regroupment an International Antinationalism in the UK: The Creation of Plan C and the International Perspective.
- 71 – 77 Greece must die. (So that we can survive...)
- 78 – 84 Black Metal ist Braun?!
- 85 – 90 Born to die – Über die Ultras.



Schwerpunkt.

Mittendrin statt nur dabei.

REDAKTION MOLE

Das Kommunistische Bündnis ...ums Ganze! hat sich in diesem Jahr ausdrücklicher an Blockupy beteiligt als noch 2012 – gemeinsam mit Attac und der Linkspartei. Ist das Bündnis damit endlich in der Realität angekommen? Oder droht jetzt unweigerlich die Wagenknechtisierung? Heiraten wir 2015 Oskar Lafontaine?

„Gegenmacht aufbauen“, eine „emanzipatorische Krisendeutung“ verbreiten – das sind zwei der Zielsetzungen

einer Blockupy-Beteiligung, die aus dem Ums Ganze-Bündnis in diesem Jahr formuliert wurden. Unumstritten war die Beteiligung an den Protesten innerhalb von ...ums Ganze! nicht. Unumstritten war die Beteiligung an den Protesten innerhalb von Ums Ganze nicht.

Im Folgenden drucken wir drei Beiträge ab, die sich kontrovers mit der unserer Blockupy-Beteiligung auseinandersetzen:

- Ein (leicht gekürztes) Interview, das die Zeitschrift *analyse & kritik* vor Blockupy im Mai 2013 mit einer Vertreterin von TOP Berlin führte,
- einen Text der Autonomen Antifa (F), in dem grundsätzlich zu begründen versucht wird, warum es zur Intervention in Proteste wie Blockupy für die radikale Linke derzeit keine vernünftige Alternative gibt,
- eine Kritik der Leipziger Gruppe *the future is unwritten*, die vor allem die übliche Form von Interventionen in Sozialproteste in den Fokus nimmt.

Die Schnittmengen zwischen den Texten scheinen so etwas wie eine ...ums Ganze!-Position zu umreißen – Konsensbildung im Handgemenge.



Auf allen Ebenen.

Transnationale Mobilisierungen wie Blockupy sind eine Chance, um eine emanzipatorische Krisendeutung zu verbreitern – wenn sich die radikale Linke beteiligt.

AUTONOME ANTIFA (F)

Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht nur von den Bewegungsgesetzen ihrer Ökonomie abhängig, sondern immer auch von sozialen Kräfteverhältnissen und hegemonialen Deutungsmustern. Dieser spezifische Zusammenhang von Politik und Ökonomie wird in der Linken allerdings gerne einseitig aufgelöst. Einerseits von reformistischer Seite in dem naiven Sinne, dass Kapitalismus als Wunschkonzert missverstanden wird, in dem durch die richtige Politik alles möglich sei – wenn doch nur die Kräfteverhältnisse stimmen würden. Die andere, ihrerseits zynische Vereinseitigung wird von einigen eher revolutionär gestimmten Fraktionen vertreten, denen jede Verbesserung unterhalb der Schwelle der Überwindung von Staat und Kapital als reformistische Integrationsmasche erscheint.

Verkürzt sind beide Sichtweisen, da sie die historische Dynamik des Kapitalismus ignorieren und daher chronisch nicht auf der Höhe der Zeit sind. Denn wie eine emanzipatorische Intervention in gesellschaftliche Entwicklung aussehen sollte, kann vor dem Hintergrund einer abstrakten Bestimmung des Kapitalismus gar nicht entschieden werden. Oder, wie schon mal jemand gesagt hat: Die Wahrheit ist immer konkret.

Daher muss gerade eine Kritik ums Ganze, will sie sich nicht mit einer folgenlosen Phraseologie begnügen, eine strategische

Bestimmung der historischen Situation leisten. In Hinblick auf die Krisenpolitik in Europa sieht diese gerade, knapp formuliert, so aus: Der zentrale Konflikt entzündet sich in der BRD nur daran, wie hart man die als Hauptschuldige für die »Schuldenkrise« ausgemachten Lohnabhängigen in Südeuropa für den Standortwettbewerb disziplinieren darf. Gegen die mit dieser Debatte verbundene und von SPD und Grünen über die Bundesregierung bis zur Bild-Zeitung betriebene Ethnisierung des Sozialen gibt es insgesamt nur marginalen Protest, der sich wiederum in zwei Fraktionen teilen lässt.

Die eine Fraktion aus großen Gewerkschaften, dem linken Flügel von Rot-Grün und den Sozialverbänden versucht, einige soziale Rechte und eine entsprechende »Umfairteilung« im Rahmen des Nationalstaats zu erreichen. Dabei werden dem hegemonialen Diskurs gerne alternative Sündenböcke (zum Beispiel Banker) entgegengestellt, die »Unvernunft« der herrschenden Politik wird betont sowie an den Nationalstaat als potentiellen Hüter des Gemeinwohls appelliert. Für die radikale Linke bietet diese Fraktion aus bekannten Gründen (»Staat, Nation, Kapital – Scheiße«) kaum Anknüpfungspunkte. Demgegenüber stellt das eher postnational und postindustriell ausgerichtete Milieu, das sich zumindest nicht mehr auf den Staat verlässt, zu zivilem Ungehorsam bereit ist und dessen Bezugspunkt explizit nicht das Wohl der Nation, sondern soziale Bewegungen in anderen Ländern sind, einen relativ guten Ansatzpunkt dar. Und genau diese Gruppen sammeln sich wesentlich im Blockupy-Bündnis – wer es nicht glaubt, der schaue sich die mediale Rezeption der Aktionstage an: Von der Blockade der Europäischen Zentralbank (EZB) als einem zentralen politischem Krisenakteur der Austeritätspolitik über

Antirassismus am Flughafen bis zu Wohnraumfragen hat sich man sich dort vielfältig mit dem Krisenkapitalismus auseinander gesetzt, von einer Fixierung auf das Finanzkapital keine Spur. Selbst in der Auseinandersetzung über die massive Repression gegen die internationale Abschlussdemonstration wurde bis weit in die bürgerlichen Medien hinein ein Zusammenhang zur Entwicklung eines autoritären Kapitalismus hergestellt. Und die Abgrenzung nach rechts, gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus war deutlich. Schon das hat gezeigt, dass es sich lohnt, wenn sich die radikale Linke einbringt, so mühsam das zugegebenermaßen manchmal auch war.

Die weiteren Erfolgchancen von Blockupy können der radikalen Linken auch in Zukunft nicht gleichgültig sein. Nicht nur, da man dort gut Werbung in eigener Sache machen kann, sondern schon deshalb, weil eine entsprechende Diskursverschiebung auch die Ausgangsbedingungen für eine weitergehende Kritik deutlich verbessern würde. Sie entspräche übrigens ziemlich genau den kurzfristigen Zielen des M31-Netzwerks, nämlich die Krise als eine Krise des Kapitalismus auf die Tagesordnung zu setzen, autoritäre Krisenlösungen zu verhindern und so vielleicht irgendwann eine gesellschaftliche Debatte über Perspektiven jenseits des Kapitalismus zu initiieren. Zumal: Die Gefahr einer Integration ist derzeit verschwindend gering, denn was bitteschön sollte hierzulande gerade integriert werden?

Dass es in Teilen der radikalen Linken trotz dieser guten Gründe für eine Beteiligung doch eine große Zurückhaltung gegenüber Protesten wie Blockupy gibt, zeigt, wie wenig ernst man die eigenen, dramatischen Situationsbeschreibungen nimmt und dass das identitäre

Distinktionsbedürfnis offenbar wichtiger als die gesellschaftliche Wirksamkeit ist. Denn eine erfolgreiche Diskursverschiebung, weg von der Ethnisierung und Personalisierung der Krisenursachen hin zum „Problem Kapitalismus“, lebt nicht zuletzt (auch) von dem Kampf um Bedeutungen und Symbolen wie er bei solchen Großmobilisierung statt findet – die Entgegensetzung von Eventpolitik und Alltagspraxis ist insofern eine künstliche. Das zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass die meisten der entsprechenden Kritiker weder das eine noch das andere tun, sondern sich in der kritischen Pose des Bescheidwissens gefallen. In einer Situation, in der sich Deutschland in Europa ganz real zum Vollstrecker einer autoritären „Krisenlösung“ macht, ist das aber – diplomatisch formuliert – ein Armutszeugnis für eine radikale Linke. Dagegen ist selbst noch die banale soziologische Feststellung, dass nicht „wir“ mit deutschem Steuergeld „die Südeuropäer“ retten, sondern es vielmehr zahlreiche deutsche Unternehmen und auch (horribile dictu) Banken gibt, die von dieser Politik profitieren, ein aufklärerischer Schritt in die richtige Richtung.

Zusammen gefasst: Niemand behauptet, dass mit einem Event wie Blockupy die Revolution ausbrechen wird und Selbstorganisation im Alltag überflüssig wäre. Die Einsicht besteht aber darin, weder das eine noch das andere als das Ganze auszugeben, um das es doch gehen muss, wenn es mit dem schönen Leben für alle in absehbarer Zeit noch etwas werden soll – und daher beides zu machen.

Im Konkreten versuchen, Gegenmacht aufzubauen.

Abdruck aus der: ak - analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 583 / 17.5.2013

Pünktlich zum 1. Mai veröffentlichten die Interventionistische Linke (IL) und ... ums Ganze! unter der durchaus doppelsinnigen Überschrift »Interveniert, denn es geht ums Ganze!« Argumente für eine radikale Linke bei Blockupy. Im vergangenen Jahr waren die beiden linksradikalen Organisationen bei den Protesten in Frankfurt zusammengerückt. Marlies Sommer von TOP Berlin erklärt im Interview, was da bei ... ums Ganze! vor sich geht und warum sie nach Frankfurt mobilisieren.

IM INTERVIEW: MARLIES SOMMER

ak: ... ums Ganze! beteiligt sich in diesem Jahr deutlich stärker an den Blockupy-Aktionstagen als im vergangenen Jahr. Warum?

Blockupy ist dieses Jahr der einzig nennenswerte antikapitalistische Protest in Deutschland: deswegen. Letztes Jahr waren wir mit M31 (am 31. März 2012 in Frankfurt) sehr eingespannt. Damals ging es um einen gemeinsamen linksradikalen Ausdruck in vielen europäischen Ländern, da diese Position so noch nicht auf europäischer Ebene sichtbar war. Dazu haben wir versucht, auch in Deutschland viele Linke und Linksradikale zu versammeln, was nur so mäßig funktioniert hat, auch wenn M31 in Europa als Konzept aufgegangen ist. Als dann zwei Monate später mit Blockupy wieder Proteste aus einem anderen linken Spektrum gegen die Europäische Zentralbank anstanden, war für uns klar, dass wir uns daran beteiligen wollen, um deutlich zu machen, dass M31

und Blockupy nicht gegeneinanderstehen.

Wie kommt es, dass ihr inzwischen Bündnisse mit Linkspartei, Gewerkschaften oder Attac eingeht, die ihr vor Kurzem noch wegen ihrer verkürzten Sichtweisen kritisiert habt?

Das ist so nicht richtig. Schon bei der ersten Krisendemo in Berlin 2009, an der die genannten Gruppen dabei waren, haben wir uns beteiligt. Für uns ist aber mit der Verschärfung der Krise die Teilnahme an solchen Protesten grundsätzlich wichtiger geworden. Wir kritisieren aber weiterhin Verkürzungen aller Art, etwa die Vorstellung vom Kapitalismus als wildes Tier, das man zähmen kann. Wer wie Dietmar Bartsch, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Bundestag, meint, mit ein bisschen weniger Finanzsektor werde alles schon wieder gut werden, der verarscht die Leute. Dagegen wenden wir uns. Hinzu kommt, dass es in den letzten Jahren eine diskursive Verschiebung gegeben hat, nicht zuletzt angesichts der Krise. Es wird wieder vom Kapitalismus geredet, und der Tonfall ist schärfer geworden. Früher haben auch Linksradikale aus strategischen Gründen nicht vom Kapitalismus gesprochen, aus Angst, Leute zu verprellen. Diese Strategie haben wir damals nicht geteilt, und die Furcht, das Problem beim Namen zu nennen, hat erfreulicherweise nachgelassen. Das erleichtert die Bündnisarbeit, und wir reden und streiten gern mit allen, die prinzipiell Interesse an der Abschaffung der Gesamtschneise haben. Aber es stimmt schon, auch unsere Perspektive hat sich verändert. Die Selbststilisierung als Wahrheitsapostel in der Szene geht uns mittlerweile selbst auf die Nerven. Auch deswegen versuchen wir verstärkt, uns in sozialen Bewegungen wie den Flüchtlingsprotesten

zu engagieren. Zu tun gibt's ja genug.

Ihr schreibt: Es braucht »eine radikale Linke, die in soziale Bewegungen interveniert oder selbst welche anzettelt«. Ähnliches konnte man vor zehn Jahren etwa in Flugblättern zum Euromayday lesen und stieß dabei auf harsche Kritik eurerseits. Was hat sich aus eurer Sicht verändert, was heute eine andere Strategie notwendig macht?

Vor zehn Jahren gab es TOP und ... ums Ganze! noch gar nicht. Da waren einige von uns noch in der Antifaschistischen Aktion Berlin, bei Junge Linke oder in der Grundschule ...

Neben Blockupy arbeitet ihr auch im M31-Bündnis mit. Wie bekommt man den Spagat zwischen dem M31-Bündnis, in dem unter anderem die FAU vertreten ist, und der Linkspartei hin?

Auf den Krisendemos in Berlin liefen beide mit und wir mittendrin. Wir sehen da kein Problem, es sind ja Bündnisse. Wir versuchen uns überall zu beteiligen, wo eine radikale antinationale Perspektive auf den Kapitalismus und seine Krise möglich ist. Bei Umfairteilen zum Beispiel haben wir uns rausgehalten.

Angesichts eurer Beteiligung an Blockupy fragt sich die Gruppe »the future is unwritten«, die in ... ums Ganze! organisiert ist, ob euer Bündnis »begonnen hat, auf Irrwegen zu wandern«, und seinen »Anspruch, kategoriale Kapitalismuskritik zu leisten«, verlustig geht. Von Skepsis und Ablehnung ist die Rede. Ganz konfliktfrei scheint eure Beteiligung nicht zu sein?

Dann wäre es ja auch schrecklich langweilig bei uns. Patti Smith hat immer gesagt: Kritik ist die Liebe unter den Genossinnen.

Was verspricht ihr euch von Blockupy?

Wir hoffen, ein Signal an die Bewegungen in denjenigen Ländern zu senden, in denen das Austeritätsregime von Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und der Europäischen Kommission besonders verheerend herrscht, um zu zeigen, dass dies auch hier nicht unwidersprochen bleibt. M31 und Blockupy haben 2012 auf je eigene Art solche Signale gesetzt. Wir hoffen, dass Blockupy dies mit einer Beteiligung anderer gesellschaftlicher Akteure in anderer Form erreicht, sodass wir gemeinsam mit Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa 2014 die Eröffnung der EZB blockieren können. Zudem wollen wir in der Krise die Akteure der Krise benennen, zu denen etwa die EZB als vermeintlich neutraler Geldverwalter zählt. Das machen wir, um die Krise in ihrer politischen Dimension begreifbar zu machen. Dazu gehört auch zu sagen, was »Politik« im Kapitalismus in erster Linie ist, nämlich der chaotische Versuch, unter Handlungsdruck eine permanent eskalierende Ökonomie zu organisieren. Diese Einsicht ist kein Aufruf zu elitärem Salon-Kommunismus, der alles weiß, aber nichts verändert. Allerdings haben wir es mit Freifahrtscheinen für bewegungslinke Äktschn auch nicht so. Aufrufe wie »Finanzmetropole Frankfurt blockieren« auf aktuellen Plakaten halten wir für falsch. Die ohnmächtige Erfahrung antikapitalistischer Kritik muss man schon aushalten: »Having been fucked is no reason for being fucked up«, wie Max Horkheimer immer gesagt hat. Letztlich geht es um die bewusste Bearbeitung eines Widerspruchs: Die sozialen Verhältnisse auf allen Ebenen angreifen, obwohl die abstrakte Natur des Kapitals nicht angreifbar ist. Der Kapitalismus ist eben ein gesamtgesellschaftlicher

Reproduktionszusammenhang, dem man sich nicht leicht entziehen kann. Umso wichtiger ist es, im Konkreten zu versuchen, Gegenmacht aufzubauen. Symbolische Aktionen wie in Frankfurt sind ein notwendiges - wenn auch begrenztes - Mittel, die konkreten Kämpfe zu verbreitern und antikapitalistisch zuzuspitzen. Gerade deshalb finden wir die unterschiedlichen Aufrufe zum Care-Block oder zu Blockupy-Deportation-Airport so wichtig.

Was plant ihr konkret in Frankfurt?

Wie letztes Jahr werden wir die Infrastruktur mitgestalten, vor allem wollen wir zusammen mit der IL dazu beitragen, dass auf der Demonstration eine radikale Absage an die bestehenden Verhältnisse deutlich wird, dass sehr wohl etwas anderes vorstellbar ist als das kapitalistische Rattenrennen - ob mit oder ohne Besteuerung der Finanzmärkte, ob mit oder ohne Linkspartei. Zugleich werden wir auf den Rassismus hinweisen, der in der Krise in ganz Europa neuen Aufschwung erlebt, nicht zuletzt in Deutschland, und der mit der neuen sozialen Härte und dem deutschen Sozialchauvinismus aufs Beste zusammengeht. Deswegen werden wir am 31. Mai den Frankfurter Flughafen mit Aktionen im Rahmen von »Blockupy Deportation Airport« heimsuchen. Deswegen sagen wir: Kommt nach Frankfurt, kommt nach vorne!

JUNGLE-WORLD.COM/ABO/RUMBLE

Hier poltert's,
hier wird ausgeteilt.
Wenn Sie wissen wollen,
was ein linker Haken ist,
steigen Sie mit uns
in den Ring.
Die Wochenzeitung
»Jungle World«
verteilt Hiebe mit Liebe.
Kritik ohne Deckung:
zuschlagen, treffen.
Jetzt abonnieren
und mittänzeln!

**Vier
Ausgaben
gratis**

Let's
rumble
in
the
Jungle



Aufbruch im Gemüsebeet.

THE FUTURE IS UNWIRTEN

Einige Linksradikale sehen in Blockupy eine großartige Gelegenheit, relevant zu werden. Andere sehen dort nur den bankenkritischen Mob marschieren. Beides ist falsch. Zur Klärung dieser Frage einige strategische Überlegungen zur linksradikalen Intervention in globalisierungskritische Proteste.

20000 Leute ziehen durch Frankfurt und haben erstmal offensichtlich ihren Spaß. Am Flughafen findet eine Aktion gegen die herrschende Flüchtlingspolitik statt, eine Blockade der EZB klappt in Ansätzen, 1000 Leute werden später unter fadenscheinigen Vorwänden für viele Stunden gekesselt und erkennungsdienstlich behandelt. Das ...ums Ganzel-Bündnis hält nen vernünftigen Redebeitrag und organisiert ein paar kapitalismuskritische Begleitveranstaltungen, die man hinterher auf Youtube angucken kann. „Blockupy 2013 war ein Erfolg!“ schreiben die Veranstalter auf blockupy-frankfurt.org – was nicht wirklich verwundern kann, denn wie hätte ein Misserfolg auch aussehen sollen? ... Aber hat uns das Event dem Kommunismus näher gebracht?

So gestellt ist die Frage selbstverständlich unsinnig. Revolution, die Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft, ist nur als Folge einer Reihe sehr, sehr kleiner Schritte vorstellbar – und warum sollte eine Intervention von ...ums Ganze! in einen mittelgroßen Protest gegen die herrschende Finanz- und Sozialpolitik nicht einer dieser Schritte sein? Ein mögliches Argument gegen eine solche Intervention sei vorweg schon mal abgewiesen: Wenn sich irgendetwas gesellschaftlich bewegt, Proteste

stattfinden, Streiks, was auch immer, dann muss man davon ausgehen, dass daran nicht nur kluge und nette Leute beteiligt sind – so viele gibt es davon nämlich nicht. Bei dem Umfang nach relevanten Protesten werden deshalb bis auf weiteres immer auch krude Vorstellungen und schlimme Parolen anzutreffen sein. Linksradikale, die deshalb von einer Intervention in erster Linie ihren Ruf beschmutzt oder ihr antinationales Gewissen gepeinigt sehen, haben damit vor allem ihr Ego im Sinn, aber nicht die Herstellung menschenwürdiger Verhältnisse. Es gibt zwar Proteste, die wegen ihrer inhaltlichen Ausrichtung kein sinnvolles Feld für eine Intervention darstellen. Das sollte die radikale Linke aber strategisch diskutieren, nicht moralisch. Das aber ergibt nicht automatisch ein Argument für eine Intervention in Globalisierungs- oder Sozialproteste. Dazu müsste die Frage beantwortet werden, was eine Intervention bezwecken soll, ob nun bei Blockupy oder woanders. Was bewirkt sie bei den anderen, was bei uns selbst? Also: Was genau wollen wir da? Dazu im folgenden einige Überlegungen.

„Ich möchte Teil einer Alternativregierung sein“

Demonstrationen haben – neben den Zielen, die man vielleicht sonst noch verfolgt – einen direkten Zweck, ein Motto, eine Botschaft. Sie wollen eine Position bekannt machen oder Druck auf die Regierenden ausüben. Sind sie Teil eines Krisenprotestes, dann wird in der Regel Verarmung skandalisiert und eine andere Wirtschaftspolitik gefordert. Eine solche Forderung hat immer Anteile eines Appells an den Staat.

Appellpolitik hat durchaus manchmal Erfolg. In der Regel dann, wenn man ein Interesse vertritt, das sich der

Staat grundsätzlich zu eigen machen kann – bei Stuttgart 21 standen die Chancen dafür nicht schlecht, bei Umweltschutzfragen hat das gelegentlich schon geklappt. Am größten sind die Erfolgsaussichten, wenn gesellschaftlich ein Kräftegleichgewicht herrscht, bei dem Massenproteste das Gewicht der einen Seite vergrößern können und/oder sich die gesellschaftlichen Interessenkonstellationen wandeln und eine Demo hier beschleunigend wirkt. Ein Beispiel ist die Antiatomkraftbewegung, deren 100.000-Leute-Demos in Wackersdorf 1981 zwar noch niedergeknüppelt wurden, als Teil eines gesellschaftlichen Stimmungsumschwunges aber dazu beitrugen, dass nach 1982 kein Atomkraftwerk-Neubau mehr begonnen wurde. Andererseits: Die 300.000-Leute-Demo 1983 in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss, die größte Demo in der BRD bis zur Vereinigung, konnte die Stationierung von Atomraketen in der BRD nicht verhindern; alle wirklich mächtigen gesellschaftlichen Akteure waren sich in dem Interesse einig, den Realsozialismus militärisch nieder zu konkurrieren. Die Anzahl der Teilnehmer_Innen entscheidet also nicht über den Erfolg einer Demo-Forderung.

Appellpolitik ist aus kommunistischer Perspektive immer fragwürdig. Dabei ist unter Appell nicht nur zu verstehen, wenn die Regierung direkt aufgefordert wird etwas zu tun. Entscheidend ist die „praktische“ Perspektive unter Akzeptanz herrschender Bedingungen: Sobald sich der Protest in erster Linie gegen konkrete Maßnahmen des Staates richtet, gegen ein Gesetzespaket oder ein Spardiktat der Troika z.B., dann wird damit nahegelegt, sie hätten diese Maßnahmen genauso gut unterlassen können. Das aber macht die Kritik zahmer als sie sein müsste.

Auch wenn der Appell radikaler ausfällt – im Sinne der Strategie, erstmal etwas Unrealistisches zu fordern, um dann die Verhältnisse zu „entlarven“, die eine Umsetzung verhindern – handelt man sich eine Menge strategischer Probleme ein. Zum einen das Glaubwürdigkeitsdilemma: Man mobilisiert Leute für etwas, das man gar nicht ernst meint. Zum anderen, schlimmer noch, eine ideologiekritische Zahnlosigkeit. Ein zentraler Bestandteil der herrschenden Ideologie ist die Identifikation mit erzwungenen Kollektiven wie Staat oder Nation, also dass „Wir“ gedacht wird, wenn man Deutschland oder die EU meint. Jeder Appell, und mag er noch so radikal scheinen, bestärkt diese Position: An wen appelliert wird, der wird immer ein wenig als ein Teil der eigenen Seite behandelt – und das ist das Gegenteil von dem, was Kommunist_Innen wollen sollten. Dass sich solche Momente von Appell in jedem Protest finden, ist kein zufälliger Fehler. Mit der Aufforderung etwas NICHT zu tun, ein Gesetz nicht zu beschließen, Leute nicht zu entlassen, scheint der Protest „praktischer“ zu sein als es die Zielvorstellung einer anderen Gesellschaft ist. Gerade mit dieser Praxisnähe gewinnt die Teilnahme an einem solchen Protest für viele Leute an Attraktivität. Daraus ergibt sich das strategische Problem, dass oft die Proteste die attraktiveren sind, die aus kommunistischer Perspektive die Verhältnisse beschönigen.

„Aber wir schaffen Öffentlichkeit... tun wir doch, oder?“

Das ist die Hoffnung von so ziemlich jedem, der keinen konkreten Adressaten hat – Speakers Corner lässt grüßen... Wenn schon die direkte Auswirkung z.B. einer Großdemo auf politische Entscheidungen minimal ist, dann könne



doch, so die Hoffnung von Interventions-Befürworter_Innen, das Spektakel, auf das man Einfluss nehmen will, „Öffentlichkeit“ schaffen, den „Diskurs“ in Deutschland beeinflussen, oder doch wenigstens den irgendeiner Szene. Dieser Diskurs ist eine Fiktion. Oder, genauer gesagt: Dieser Diskurs ist diskontinuierlich, zeitlich begrenzt und in seiner Tiefenwirkung bezogen auf Ideologievermittlung und Subjektherausbildung minimal. Wenn UG-Genoss_Innen mit Stolz verkünden, die meisten Pressemitteilungen irgendeines Bündnisevents seien von ihnen geschrieben worden, sollte man deshalb misstrauisch werden.

Pressemitteilungen bedeuten, dass man kurz und knapp eine eigene

Interpretation eines politischen Ereignisses formuliert, wovon im seltenen Glücksfall Bruchstücke den Weg in bürgerliche Medien finden. Diese Bruchstücke werden in diesen Medien dann vermischt mit solchen Beschreibungen (einmal zu Blockupy 2012, einmal 2013):

„Es gibt feministische Gruppen, Dritte-Welt-Gruppen, Schwulenverbände, Anti-Genfood-Organisationen, „Gewerkschafter gegen Stuttgart 21“ und ein halbes dutzend junger Frauen, die sich „feministische Banker gegen den Kapitalismus“ nennen. [...]“Italien wird von einem Euro-Technokraten regiert, nicht von einem Politiker“, sagt ein Student aus Genua. „Das sagt doch alles.“ [Der Spiegel, 19.05. 2012]

„Bunt war die Szenerie gewesen, so bunt, dass sie politisch fast oftmals beliebig wirkte: Linkspartei- und DGB-Fahnen waren ebenso zu sehen wie die der Fluglärmgegner und die des syrischen Staates ... [FR, 02.06. 2013]

Man kann sich vorstellen, welche Chance die in die Medien gelangten Spuren unserer Pressemitteilungen beim Ringen um Aufmerksamkeit haben: keine. Und auch zu recht, denn oft geben die bunten Schilderungen politischer Skurrilitäten die Protestrealität ja ganz gut wieder. Im Unterschied zu 2012 waren die Meldungen der Mainstream-Medien in diesem Jahr allerdings so vom repressiven Polizeieinsatz geprägt, dass Inhalte ohnehin fast gar nicht vorkamen, weswegen einer Eingemeindung ins abstrakt Gute nichts entgegen stand. So Jakob Augstein in seiner Spiegel-Online-Kolumne: „Die Polizei knüppelt den bürgerlichen Protest nieder.“ (03.06.2013)

Das wesentliche Problem im Konzept der Diskursbeeinflussung: Nicht ein irgendwie offener Diskurs beeinflusst die herrschende Ideologie, sondern was in den Diskurs gelangt, was also in den Medien wiedergegeben, öffentlich diskutiert und von einer größeren Zahl von Leuten wirklich wahrgenommen wird, ist beschränkt. Nicht nur von den ökonomischen Interessen z.B. der Medieneigner_Innen, sondern auch von den ideologischen Weltansichten der Mediennutzer_Innen: Leute lernen nicht dadurch ihre falschen Gewissheiten infrage zu stellen, dass man in zwanzig Zeilen mal kurz was aufschreibt und es ihnen dann, bearbeitet durch eine Redaktion, in der Zeitung zum Frühstücksbutterhörnchen serviert. Auf diesem Weg kann man für Alternativen innerhalb des bürgerlichen Politikverständnisses werben, nicht aber für eine

Revolution. Für das Ego von Leuten, die „politische Player“ sein wollen, ist das marginale Wahrgenommenwerden in den bürgerlichen Medien deshalb vielleicht eine tolle Sache. Für die Agitation durch die radikale Linke sind Spiegel und FAZ - zumindest derzeit - völlig bedeutungslos und keine durchtippte Nacht wert.

Die Leute da abholen...

„Aber“, werden überzeugte Interventionist_Innen jetzt einwenden, „diese Art von Öffentlichkeit ist doch nicht das Entscheidende. Es geht um die Leute, die sich schon als Teil des Sozialprotestes sehen. Ihr Protest greift vor allem zu kurz. Wir müssen mit den richtigen Argumenten intervenieren, um ihn zu radikalieren!“

Dagegen kann, wenn es denn funktioniert, kaum jemand etwas haben. Nur müsste hier strategisch mal „Butter bei die Fische“ getan und gesagt werden, was man bei wem genau wie genau erreichen will und kann.

Justin Monday hat in der Phase 2 [1] schon darauf hingewiesen, dass es in den Krisenprotesten einen regressiven Stream gibt, der unseren Positionen gar nicht näher ist als die staatliche Praxis. Eine ähnliche Beobachtung konnte man auch schon bei den Hartz-IV-Protesten mit ihren sozialchauvinistischen Untertönen machen. Was genau macht die Leute auf entsprechenden Protestdemos dann zu „Genossen, die sich irren?“ Sind sie tatsächlich ein „natürlicher Adressat“, der jeden Einsatz von Ressourcen überlasteter linksradikaler Kleingruppen verdient? Wer die D-Mark zurückhaben will, wird sich bis auf weiteres von uns nicht überzeugen lassen. Zwar ist auch eine solche Auffassung nicht angeboren und prinzipiell veränderbar – als Ort und Motor einer solchen Veränderung ist

aber gerade ein Großprotest, und sei er noch so brav flankiert von solidarisch-kritischen Vortragsveranstaltungen der radikalen Linken, wenig geeignet. Er ist viel zu weit weg vom bürgerlichen Alltag, der die Chauvinist_Innen jeden Tag in ihren Auffassungen bestärkt.

Oder geht es beim Ziel „Leute Abholen“ eher um eine Art Idealadressat_In, Leute die (noch) gar nicht organisiert sind, die mit 14 „ne Attac-Gruppe“ gegründet haben, aber jetzt drüber weg sind, die Kapitalismus scheiße finden (auch wenn sie vielleicht nicht genau wissen, was das ist), die aber auch gegen Antisemitismus sind und gegen Staat (irgendwie) und gegen Rassismus und Sexismus... und die insgeheim auf etwas analytische Ordnung in diesem linken Grundgerüst hoffen – also auf uns? Wenn es sich bei ihnen nicht ohnehin um ein Wunschkonstrukt handelt, dürfte ihr Anteil (aus unterschiedlichen Gründen) bei Blockupy etwa so klein sein wie bei einer 1.Mai-Demo des DGB.

Doch selbst das ist noch kein Argument gegen eine linksradikale Intervention – besser als nichts, könnte man denken. Nur sollten wir uns dann auch über die Voraussetzungen klar sein, die erfüllt sein müssten, um immerhin diese Idealadressat_Innen abzuholen: Es ist eine Atmosphäre des Austausches nötig, in der Differenzen in der Argumentation deutlich werden. Es müssen Leute oder Gruppen identifizierbar sein, die für die richtige Position stehen, an die man sich auch später noch wenden kann und die ihrerseits kulturell, inhaltlich und organisatorisch offen sind – denn gegen die herrschende Ideologie hilft höchstens das Eingebundensein in langfristige Diskussions- und Aktionszusammenhänge, aber nicht der sporadische Kontakt mit radikaleren Parolen.

Tatsächlich aber scheint ein Großteil der Teilnehmer_Innen auf

Veranstaltungen wie Blockupy nicht aus Idealadressat_Innen zu bestehen, sondern aus Kapitalismuskritiker_Innen, die ihr Selbstwertgefühl gerade daraus ziehen, dass sie etwas tun, anstatt nur zu reden – aus Bewegungslinken. Es ist kein Zufall, dass sie bisher nicht bei uns gelandet sind, denn es gehört zu ihrem Selbstbild, dass es sehr wohl ein „richtiges Leben im Falschen“ gibt, nämlich das des Aktivistens. Die Macht der Verhältnisse zu unterschätzen und sich selbst zu überschätzen gehört notwendig dazu:

„Machen wir deutlich, dass wir nicht weiter zulassen werden, dass die Krise auf den Rücken von abhängig Beschäftigten, Erwerbslosen, Pensionierten, Prekären, Studierenden, Flüchtlingen und vielen anderen Betroffenen abgeladen wird, weder anderswo, noch hier.“
[Aufruf Blockupy Frankfurt, 2012]

„...Dass wir es nicht zulassen werden...“??
Schön wär's ja gewesen... Diese Mischung aus einfach mal draufloslabern und die eigenen Kräfte überschätzen gründet nicht nur auf Irrtümern über diese Gesellschaft, sondern auf dem Bedürfnis, sich als handelnd zu erleben – immer. Bauchlinke, die so etwas gut finden, sind ungefähr genauso schwer vom langen Weg zur Revolution zu überzeugen wie die D-Mark-Liebhaber_Innen. Zu den situativen Voraussetzungen, die schon gegeben sein müssen, will man die eben erwähnten Idealadressat_Innen überzeugen, kommen bei ihnen noch einige subjektive Voraussetzungen dazu: z.B., dass sie angesprochenen Leute nicht schon zuviel Herzblut in falsche Thesen und Aktionsformen gesteckt haben dürfen, denn wer schon viel an Zeit und Kraft in dieser Richtung investiert hat, empfindet die notwendige Kritik daran als Beschädigung seiner selbst.

Eine ernstzunehmende Interventionsstrategie müsste reflektieren ob bzw. wann all diese Bedingungen gegeben sind oder wie wir sie herstellen können. Sie müsste damit auch beantworten, warum wir eigentlich Leute ausgerechnet auf Großveranstaltungen gewinnen wollen, deren inhaltliche und äußere Struktur wir nicht selbst setzen. Mit einer Interventionspolitik, die die Szenegebundenheit

der radikalen Linken verstärkt, weil die Aktionsformen auf das übliche junge, im weiteren Sinne alternative, akademisch geprägte Milieu konzentriert bleiben, dies aber angesichts des scheinbar „großen Dings“ das da gedreht wird, mit vielen Leuten im öffentlichen Raum, gar nicht als Begrenztheit auffällt, deshalb auch nicht schmerzt - und deshalb auch nicht geändert wird.



„Wollt Ihr also lieber ´nen
Lesezirkel gründen?“

Nein, das dann doch nicht. Mal abgesehen davon, dass das viel weniger Spaß machen würde, setzt Kommunist_In sein mehr voraus als die begriffliche Kenntnis von den Verhältnissen: Zumindest einen Rest von Subjektsein nämlich – und das hat Erfahrungen zur Voraussetzung, die dieses Nicht-Kleingemachte am Leben erhalten.

Insofern ist „Praxis“ ein wichtiger Bestandteil kommunistischer Arbeit. Weniger, weil die radikale Linke in absehbarer Zeit gesamtgesellschaftlich „praktisch“ etwas zum Besseren verändern könnte – dafür sind wir zu sehr marginalisiert. Doch wir brauchen die Erfahrung, mit anderen nach unseren eigenen Grundsätzen kooperieren zu können. Nicht vermittelt über direkten Zwang oder den Markt, sondern gegründet auf Überzeugung. Diese Erfahrung widerspricht der herrschenden Ideologie, dass der Mensch dem Menschen immer ein Wolf sei, und dass es des Geldes oder staatlicher Gewalt bedürfe, damit so etwas wie Kooperation und letztlich Gesellschaft überhaupt funktionieren kann. Zu wissen, dass diese Ideologie unwahr ist, ist das eine, es zu merken etwas anderes.

Deshalb hat das in der radikalen Linken verbreitete Bauchgefühl, dass „Praxis“ grundsätzlich etwas Gutes ist, und zwar nicht nur wegen ihrer Wirkung nach außen, ein Argument auf seiner Seite: Emanzipative Erfahrungen setzen ein gemeinsames Tun voraus, also etwas ganz anderes als das bloße Nach-Denken inhaltlicher Positionen in Lesezirkeln. Aber es kommt natürlich auf das „Wie“ der Praxis an – gerade wenn es um die Auswirkung auf die radikale Linke selbst geht, auf die Leute, die die linksradikale Praxis tragen.

Was die großen Events selbst angeht, also Großdemos, Blockaden usw., so wird hier vor allem Gefühl von Praxis vermittelt, weil das Ereignis schlicht anders ist als der Alltag. Wenn unser Ziel aber (um mal ein ganz großes Fass aufzumachen) eine freie Assoziation ist, dann käme es auf eine Praxis an, die uns auf dieses Ziel vorbereitet: Zwecke festlegen und gemeinsam realisieren können, Einheit von theoretischer Arbeit und Reproduktion, aushandeln üben von Interessengegensätzen unter Menschen, deren Interessen erstmal gleich gelten. Mit Kumpels aus der Kleingruppe und dazu noch drei Dutzend Leuten, die man nicht kennt, im Bus durch die Republik fahren, dann drei Stunden auf einer Demo mitschlurfen und dann wieder in den Bus retour liefert in dieser Hinsicht keine Erfahrung, die einen wirklich weiterbringt.

Viel wichtiger als das Event selbst im Sinne emanzipativer Erfahrungen könnte allerdings die Vorbereitung der Aktion sein: Auch das ist politische Praxis – die immerhin das sichtbare Ergebnis hat, dass viele Tausend Leute irgendwo in Deutschland durch eine Stadt laufen. Ob sie das dann mit mäßigen Parolen tun (siehe oben) müsste ja gar nicht entscheidend sein. Allerdings sollte dafür wenigstens die Vorbereitungspraxis unseren politischen Zielen entsprechen.

Doch das tut sie nicht. Interventionismus findet unter Zeitdruck statt. Der begeisterte Interventionist geht in der Regel davon aus, dass die Proteste „diesmal aber wirklich“ alles ganz anders machen werden – jedenfalls dann, wenn er sofort aktiv wird. Eile scheint deshalb immer geboten zu sein. Das bekommt dann die konkrete Form, dass z.B. eine andere Gruppe, die im Bündnis aktiv ist, eine Textvorlage liefert, die dringend noch diskutiert oder umgeschrieben werden muss, und die Frau von dieser Zeitung

– oder war's ein freier Mitarbeiter? – sich kurzfristig für ein Gespräch angesagt hat, das natürlich nur ein erfahrener Genosse führen kann. Wichtige Formen der Interventionspolitik sind deshalb: möglichst gewiefte Delegierte in Bündnisplena schicken und Aufrufftexte durchkauen, bis sie auch von politischen Gegnern nicht mehr schlimm gefunden werden. Die Organisation der Busfahrt zum Demo-Ort ist dann noch das, was wirklicher kommunistischer Praxis am nächsten kommt – und das ist nicht viel. Was eh schon ein Problem unserer Arbeit ist, wird hier nochmal konzentriert: ein Politikstil, bei dem die Macker wichtiger werden.

„Und was ist jetzt mit Blockupy?“

Es spricht also eine ganze Menge gegen die Intervention in krisen- oder globalisierungskritische Proteste. Trotzdem muss man es nicht von vornherein schlimm finden, wenn Linksradikale z.B. bei Blockupy mit kapitalismus- und staatskritischen Positionen zu intervenieren versuchen. Es mag z.B. in Frankfurt strategische Gründe geben, sich in entsprechenden lokalen Bündnissen zu positionieren. Es mag sein, dass es Gruppen gelingt, eine flankierende Aktion so vorzubereiten, dass es die Gruppe weiterbringt. Vielleicht haben Leute Bock auf den Trubel, vielleicht wollen sie's als Gaudi wenigstens einmal im Jahr als Störenfriede ins „Heute Journal“ schaffen – das ist alles erstmal nicht verwerflich, nur halt viel profaner als das Gerede vom „gesellschaftliche Widersprüche offenlegen“ im „Herzen der Bestie“ und der ganze pseudostrategische Kram, den man bei solchen Events in der Regel lesen muss.

Wirklich falsch im Sinne von politisch schädlich wird es allerdings dann, wenn „Kosten“ und „Nutzen“ einer Intervention nicht ernsthaft gegeneinander abgewogen

werden, also der (mäßige) mögliche politische Erfolg auf der einen Seite und der dafür notwendige Aufwand sowie die mit der Intervention verbundenen strategischen Probleme auf der anderen.

Es geht beim Aufwand ja nicht nur um drei Stunden Demo und fünf Stunden Fahrt. Es geht um die Stunden Diskussion in den einzelnen Gruppen, um Bündnisplena, um Orgakram, um das Formulieren langer Texte, die acht Wochen später schon niemanden mehr interessieren. Es geht auch immer um das, was man in dieser Zeit und mit dieser Kraft sonst politisch hätte unternehmen können – und was nicht stattfindet, weil das nächste Event scheinbar immer das dringendste ist. Es geht um jahrelange Prozesse gegen die Staatsgewalt usw. usw. Es reicht als Zielvorstellung nicht aus, zwei Dutzend heimatlose linke Seelen auf einem antikapitalistischen Barrio einzufangen zu wollen, wenn dadurch Zeit und Kraft fehlen, sich z.B. um die mindestens 15% jährlichen „Schwund“ zu kümmern, um die Leute, die aus biografischen, Frustrations- oder sonstigen Gründen unseren Gruppen und der radikalen Linken überhaupt den Rücken kehren.

Für den Übergang von „sollten Linksradikale besser sein lassen“ über „kann man machen“ bis zu „hat politischen Sinn“ kann man einige grobe Kriterien angeben. – Es muss klar sein, ob mit der Intervention Einfluss auf politische Entscheidungen z.B. des Staates genommen werden soll. Falls ja, ist das meistens unrealistisch und fast immer inhaltlich fragwürdig. Falls nicht, muss bewusst entschieden werden, ob man das offen zugibt. Es könnte ja sein, dass unsere möglichen Adressat_Innen gerade deshalb vor Ort sind, weil sie z.B. den Staat zu einer anderen Krisenpolitik

bewegen wollen. Daraus ergäbe sich dann ein strategisches Problem.

- Es muss frühzeitig reflektiert werden, welcher inhaltliche Preis für die Intervention zu zahlen ist bzw. wo hier Grenzen des Akzeptablen sind. Das bezieht sich sowohl auf die ideologische Submessage des Gesamtevents (z.B. auf Appellanteile) als auch auf die Verwässerung eigener Positionen in der Bündnisarbeit. Dafür reicht es nicht aus, sich vorzunehmen, einem „antikapitalistischen Standpunkt“ Gehör zu verschaffen. Etwas mehr sollte es dann schon sein: Reflexion hieße hier z.B. Ideologeme zu identifizieren, die aktuell Linke in affirmativen Haltungen bestätigen und die deshalb in Wort oder Tat keinesfalls bestärkt werden dürfen.

- Es muss ein Konzept geben, wer im Zuge der Intervention wovon überzeugt werden soll. Was müssen diese Leute dafür schon mitbringen? Was genau soll ihnen durch den eher punktuellen Kontakt mit unseren Positionen vermittelt werden? Als Resultat müsste es wenigstens in Ansätzen ein strategisches Briefing unserer Referent_innen geben und ein strategisches Konzept für schriftliches Material. Und wenn es das vollkommene überzeugende Flugblatt nicht gibt, sondern eher der längerfristige Diskussionszusammenhang entscheidet, dann müssen Leute von uns vor Ort erkennbar ansprechbar sein – und idealerweise eine Vorstellung davon haben, was sie z.B. mit jemandem aus der Oberpfalz machen, der zu keiner Gruppe gehört, aber Interesse an einer weiterführenden Diskussion hat.

- Und schließlich: Es muss vorher und nachher im Bündnis reflektiert werden, was die Intervention und ihre Vorbereitung mit unserer eigenen Organisation, mit den Gruppen, mit unseren Leuten macht. Werden sie belastet und müssen hinterher auf Kur? Oder hatten sie Spaß an der Sache? Haben sie Erfahrungen

gemacht, für die sich der Stress gelohnt hat? Oder wurden in der scheinbar gebotenen Eile Minderheitenpositionen übergangen und Althamännchen in ihrer Bedeutung bestärkt? Ziel muss es sein, dass in der Vorbereitung Arbeits- und Kommunikationsformen ausprobiert werden, die sich von einem Schützenverein oder einem Kirchenvorstand wesentlich unterscheiden.

Diese Kriterien bedeuten nicht viel mehr, als dass sich ...ums Ganze! auch in einer Intervention selbst ernst nehmen muss. Stattdessen wurde in der Vergangenheit der Schluss, „Natürlich müssen wir da hin!“ oft so schnell gezogen wie der Speichelfaden beim Hund vorm Fresschen – das jeweilige Megaevent war einfach so geil, dass sich scheinbar jede Frage erübrigte -auf den Ausdruck „alternativlos“ hat die Bundesregierung kein Patent. Sofern dann überhaupt strategische Überlegungen angestellt wurden, hatten sie nur die Funktion, eine Entscheidung nachträglich zu flankieren, die aus Bauchmotiven längst gefallen war. Auf diese Weise aber werden selbst die paar Ansatzpunkte, die sich in einer eventorientierten Politik hie und da bieten, vertan.

Nachweis:

[1] Kaderrealität. Die positive Bewertung von M31 und Blockupy offenbart die Fehlinterpretation der Krise. In: Phase 2 Heft 44, 2012

Im Interview: IG Metall und IWW.

Linke in Gewerkschaften –
kann das gutgehen?

REDAKTION MOLE

Der kapitalistische Betrieb – wenn etwas die Bezeichnung „Herz der Bestie“ verdient, dann er. Hier prallen die Interessen von Arbeitskraftverkäufer_innen und Kapital direkt und spürbar aufeinander. Kein Wunder, dass immer wieder die Hoffnung aufkam, zusammen mit dem Mehrwert würde über kurz oder lang ein selbstbewusstes Proletariat „produziert“ werden, eine „durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulte, vereinte und organisierte Arbeiterklasse“ [Karl Marx, Kapital Bd. 1, MEW 23, S. 791].

Andererseits zeigte die Erfahrung, dass, so Lenin in „Was tun?“ 1902, „die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung“ zu „Nur-Gewerkschaftlerei“ führe, zu ihrer „Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie“ [W.I. Lenin, Werke, Bd.5, Kap. IIa]. Und schaut man sich die DGB-Gewerkschaften an, so sind sie in Sachen Nationalismus dem Kapital oft sogar noch ein gutes Stück voraus. Lenins Schluss, es bedürfe zur Revolutionierung der Kaderpartei als proletarischer Avantgarde, hatte bekanntlich jedoch ebenfalls seine Schattenseiten.

Wie ist derzeit das Verhältnis zwischen Interessenvertretung von Arbeitskraftverkäufer_innen einerseits und der Bewusstwerdung des Proletariats andererseits? Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es für radikal Linke in Gewerkschaften? Wir haben zwei Menschen gefragt, die es wissen müssten:

Herbert Thomsen von der unabhängigen Gewerkschaft IWW (Industrial Workers of the World), und Gerald Marbach von der IG Metall.





Interview mit einem Gewerkschafter der IG-Metall.

IM INTERVIEW: GERALD MARBACH |1

Wie sieht deine Gewerkschaftsarbeit im Detail aus? Was genau ist dein Job?

Ich bin Gewerkschaftssekretär der IG Metall in einer Großstadt und der Ansprechpartner für Betriebsräte aus verschiedenen Branchen und Betrieben. Etwa 90 % dieser Betriebe wenden einen Tarifvertrag an.

Einen großen Teil meiner Zeit wende ich für die Beratung von Betriebsräten auf. Hier geht es vor allem um arbeitsrechtliche Fragen, ob die nun Einzelne betreffen oder die ganze Belegschaft. Das kann die Kündigung eines Beschäftigten sein oder die inhaltliche Gestaltung einer Betriebsvereinbarung. Daneben verantworte ich das örtliche Bildungs- und Qualifizierungsprogramm der Gewerkschaft. Das sind Seminare nach dem Bildungsurlaubsgesetz oder Schulungen für Betriebsräte. Weitere Arbeitsfelder von mir sind Tarif- und Migrationspolitik, Einzelfallberatung von Mitgliedern oder auch politische Kampagnen, z.B. „Gute Arbeit“.

Seit wann machst Du deinen Job dort? Kannst Du noch sagen, wie Du damals dazu gekommen bist?

Nach dem Studium – auf dem zweiten Bildungsweg – war ich arbeitslos. Mein Plan war als Referent in der politischen Erwachsenenbildung bei den Gewerkschaften als „freier“ Teamer zu arbeiten. Diese Idee ist nicht aufgegangen. Als Außen-Referent war ich der Erste dem abgesagt wurde, wenn ein Seminar nicht stattfand, damit hat meine Referententätigkeit nie das Niveau

einer Lebensfinanzierung erreicht.

Dann hatte ich die Chance einer ABM-Stelle bei der IG Metall. Diese habe ich genutzt. Ich wollte dabei eigentlich nicht in den Apparat, aber die Miete will bezahlt sein und der Kühlschrank voll. Ich bin seit 1998 in verschiedenen Orten bei der IG Metall beschäftigt.

Abgesehen davon, dass Du bei der IGM deine Brötchen verdienst – worin siehst Du den politischen Sinn deiner Gewerkschaftsarbeit? Und hat sich deine Sicht in dieser Frage verändert in den letzten 15 Jahren?

Zum ersten Teil der Frage: Ich sehe meine Situation ambivalent, in gewissem Sinne widersprüchlich und doppeldeutig. Hier die eine Seite, die positiv ist und mir den Spaß, als auch Sinn in meiner Arbeit gibt: Es ist schön Menschen zu begleiten, zu sehen wie sie sich entwickeln und selbstbewusster werden. Sich Wissen um ihre Rechte aneignen und im Betrieb diese dann auch umsetzen. Dabei geht es nicht nur um die sprichwörtliche Lohntüte. Hier entsteht politisches Bewusstsein. Neben den juristischen und ökonomischen Aspekten der betrieblichen Auseinandersetzung kommt automatisch auch die politische Dimension in den „Alltag“ – haben wir die Kolleginnen und Kollegen überzeugt, können wir auf sie zählen in Auseinandersetzungen mit dem Chef, dem Management, dem jeweiligen Arbeitgeberverband? Kurz, es macht für mich politisch Sinn Menschen zu helfen, sich zu wehren.

Und die andere Seite: Ich glaube die Gewerkschaften – hier die IG Metall – haben als zentrales Ziel und Aufgabe den Mitgliedern ein Stück vom Kuchen zu holen – z. B. in der Tarifbewegung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Rente etc.

Die Frage ob der Kuchen – hier das Wirtschaftssystem mit seinen „Erfolgen“ – sinnvoll ist, wird nicht gestellt. Dies und der Druck der alltäglichen „unpolitischen“ Routine lässt mich öfter am politischen Sinn meiner Arbeit zweifeln.

Und zum zweiten Teil der Frage: Ja, meine Sicht hat sich geändert, die Zweifel an der IG Metall-Politik ist gewachsen.

Praktisch sorgen sich die DGB-Gewerkschaften ja sehr um den Standort Deutschland – und wenn es gelingt, ein Unternehmen hierher zu holen, wird das als Erfolg gefeiert, unabhängig davon, was das für Beschäftigte in anderen Ländern bedeutet. Gibt es zu diesem ökonomischen Nationalismus in den DGB-Gewerkschaften überhaupt Gegenkräfte? Wie ist deren Perspektive einzuschätzen? Oder ist der Internationalismus der Gewerkschaften sowieso ein reines Lippenbekenntnis?

Die notwendige Solidarität und das politische Wollen finden schon innerhalb Deutschlands sehr schnell ihre Grenzen. Ob es die Abteilung am selben Standort ist, die ausgebaut oder geschlossen werden soll oder der andere Standort in Süd- oder Norddeutschland. Ich behaupte der Internationalismus der Gewerkschaften und der Menschen müsste schon hier beginnen, die internationale Dimension ist „nur“ ein folgerichtiges Weiterdenken.

Die Fragestellung nach dem ökonomischen Nationalismus der DGB-Gewerkschaften ist damit zu schlicht, die solidarischen Reaktionen von KollegInnen in den letzten Wochen z.B. zu Griechenland und Zypern bestärken mich in meiner Ansicht.

Aber das soll auf keinen Fall eine Relativierung der IG Metall-Politik sein, ich erinnere nur an die schlechte Mobilisierung der IG Metall zum europaweiten



»DIE WAHRHEIT IST IMMER KONKRET.«

Lenin

konkret
Lesen, was andere nicht wissen wollen.
Jeden Monat am Kiosk.

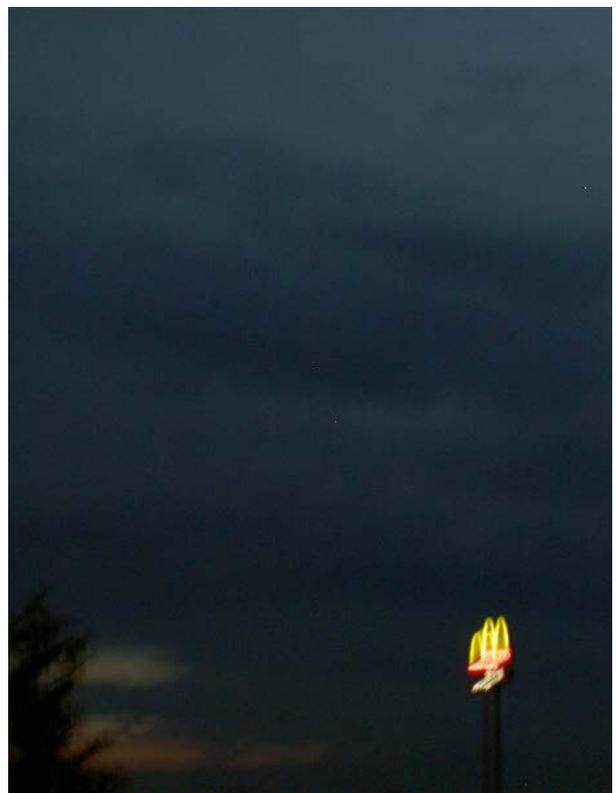
www.konkret-magazin.de

Aktionstag im Herbst 2012. Ich sehe kleine und auch pragmatische Ansätze in der IG Metall, gerade auf den unteren Ebenen. Ob sich daraus etwas Sinnvolles entwickelt, wage ich nicht einzuschätzen. Ich sehe, dass sich die Gewerkschaften in Deutschland in den letzten Jahren nach rechts bewegt haben. Ob der Internationalismus nur ein Lippenbekenntnis bleibt oder ist, wird sich auch an der Frage entscheiden: Werden die „Linken“ in den Gewerkschaften stärker?

Werden die Gewerkschaften in Zukunft überhaupt noch Handlungsrahmen linker Kräfte sein? Was müsste geschehen, um linke Handlungsmöglichkeiten auszuweiten?

Ich kann nicht eindeutig definieren was sind linke Kräfte – wo, wenn nicht auch in den Gewerkschaften können/müssen sich linke Kräfte engagieren? Meine These ist: Die Gewerkschaften sind schlicht notwendig (mir fällt auch keine Alternative ein!) .Was die Gewerkschaften brauchen sind kritische, nachdenkliche und streitbare Menschen. Leute, die das Ziel haben diese Gewerkschaften – hier ist auch der Apparat gemeint- und die Gesellschaft zu verändern. Was die Handlungsmöglichkeiten betrifft – wir müssen mehr werden! Damit stellen sich auch die Handlungsmöglichkeiten anders da. Kritische Positionen brauchen die Mehrheit der Menschen, auch in den Gewerkschaften.

Dass auch Linke – und damit ist hier erstmal gemeint: Menschen die Kapitalismus bekämpfen wollen - Interesse an höheren Löhnen haben, sofort zugestanden. Aber ganz abgesehen von den Widerständen auf die man trifft: Führt eine entsprechende Arbeit in DGB-Gewerkschaften nicht zu einer Art politischen Schizophrenie? Man müht sich redlich – und trägt doch dazu



bei, den Gedanken vom netteren Kapitalismus, von Sozialpartnerschaft und Volkswohlfahrt unter die Leute zu bringen?

Ich taumele Tag für Tag zwischen den beiden Polen – ist das Glas halbvoll oder halbleer – hin und her. Im Alltag erlebe ich beides, da gibt es die Ansage eines Betriebsrats "Wir haben noch nie die Einigungsstelle gebraucht!", was heißen soll: Wir verstehen uns super mit der Geschäftsführung und brauchen euch nicht. Und in einem anderen Unternehmen werden Menschen – BR Mitglieder – finanziell kaputt gemacht, weil sie nicht auf die Ansagen der Geschäftsführung hören, sondern auf gesetzliche Grundlagen bestehen und dafür kämpfen. Und die brauchen uns. Ich kann die Frage nicht eindeutig beantworten – was ich aber sagen kann: die Politik der Gewerkschaften muss sich ändern, will sie eine Perspektive haben!

Anmerkung:

[1] Name von der Redaktion geändert.

Interview mit einem Vertreter der IWW (Industrial Workers of the World)

IM INTERVIEW: HERBERT THOMSEN
(Bremen, 59 Jahre, gelernter Schiffbauer,
Seit 1995 Beratung zu Sozialhilfe und
Hartz IV, Mitglied der IWW seit 2011.)

*Wie arbeitet der IWW heute und
was ist deine Praxis darin?*

Die IWW im deutschsprachigen Raum arbeitet gegenwärtig noch am Aufbau handlungsfähiger Strukturen. Wir haben damit 2006 begonnen. Zahlreiche Wobblies (das ist die umgangssprachliche Bezeichnung für die in der IWW Organisierten) sind innerhalb ihrer Betriebe in Zusammenhängen aktiv, die sich neben den offiziellen Betriebsrats,- bzw den DGB Gewerkschaftsstrukturen gebildet haben.

Ich selbst arbeite in Bremen in einem selbstorganisierten Erwerbslosenprojekt mit zwei Beratungsstellen. Hieraus resultiert auch, dass der momentane Schwerpunkt der Bremer Wobblies das Thema „Leiharbeit“ ist. Zum einen beschäftigen wir uns mit diesem Thema analytisch, was sich im Wesentlichen in der Kritik der devoten Haltung der DGB Gewerkschaften gegenüber den Unternehmen bei den Leiharbeitsstarifen ausdrückt und zum anderen versuchen wir mit wechselndem Erfolg Leiharbeitende zu organisieren bzw. ihnen in der betrieblichen Auseinandersetzung Hilfestellungen zu geben. Die Hilfestellung orientiert vor allem auf den Aufbau widerständiger Strukturen in den Betrieben, umfasst aber auch im Einzelfall die Durchsetzung von Lohnansprüchen per Arbeitsgericht, in dem wir z. B. Schreibhilfe für Klagen erbringen.

*In den Zwanziger Jahren des letzten
Jahrhunderts waren die Industrial*

Workers of the World ein global agierendes Netzwerk mit proletarischer Massenbasis, die in ihren Kämpfen dem Kapital etwas abtrotzen konnte. Wieso ist das nicht mehr so? Wieso sind linksradikale Gewerkschaften offenbar so unattraktiv?

Dies zu beantworten ist sicherlich nicht einfach, da es zum Zerschmelzen der IWW, aber auch anderer Zusammenschlüsse etwa der IAA, unterschiedliche Erklärungsansätze gibt. Dieser Abschmelzprozess war m.E. zum einen der politischen „Großwetterlage“ geschuldet. Mit dem Entstehen der Sowjetunion und der Herausbildung der III. Internationale spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen der autoritär kommunistischen Strömung Moskauwiter Prägung und den westlichen, hochentwickelten Industriestaaten zu. In Folge orientierten sich auch die Auseinandersetzungen in der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung entlang dieser Pole. Die IWW in den USA wurde einseits Opfer der staatlichen Repression und andererseits zu einem wesentlichen Teil von der sich herausbildenden KP der USA ausgesaugt. Dieser Prozess des „Zerrieben werden“ betraf dabei weltweit nicht nur die unionistischen bzw. syndikalistischen Gewerkschaften, sondern alle rätekommunistischen bzw. libertärkommunistischen Organisationen. In Deutschland lässt sich dieser Prozess in den zwanziger Jahren an Hand dieser ganzen Strömung nachzeichnen. Die rätekommunistische, von Lenin als linkssektiererische „Kinderkrankheit“ polemisch denunzierte Strömung innerhalb der ArbeiterInnenbewegung ist von ihrem organisatorischen Höhepunkt an zu Beginn der zwanziger Jahre bis zu ihrem Ende in den 70er Jahren vollkommen marginalisiert worden.

Zum anderen zeichnete sie sich im Laufe der Zeit durch eine immer weitergehende inhaltliche dogmatische Erstarrung

aus und war so nicht mehr in der Lage überhaupt noch neue, passende Antworten und Konzepte für die sich jeweils verändernden gesellschaftlichen Umstände zu erarbeiten. Hierzu zählt zum Beispiel das Festhalten an der strikten Ablehnung jeglicher Kandidaturen zu Betriebsräten, was die Mobilisierungsmöglichkeiten dieser Strömung enorm eingengt hat.

Ob linksradikale Gewerkschaften in der heutigen Zeit grundsätzlich „unattraktiv“ sind, möchte ich bezweifeln. Dies mag für Nordeuropa im Moment noch zutreffend sein. In anderen Teilen der Welt erleben wir aber gerade einen enormen Aufschwung linker Basisgewerkschaften und syndikalistischer Organisationsansätze.

Die Ursache liegt vor allem in der global dominanten Verbreitung des Modells der Kooperation der traditionellen Gewerkschaften mit ihrem jeweiligen nationalen Kapital zu Gunsten des eigenen Standortes in der Weltmarktkonkurrenz. Dies hat diese Gewerkschaften, ob sozialdemokratisch oder postkommunistisch in einen offensichtlichen Gegensatz selbst zu den grundsätzlichsten Interessen (Lohn und Arbeitsbedingungen) ihrer Mitglieder gebracht. Von Argentinien bis Ägypten, von Bangladesh bis Südafrika, überall findet aktuell ein enormer Organisationsprozess statt. Dieser ist oftmals noch nicht darauf angelegt, explizit antikapitalistische Gewerkschaften zu bilden, weist jedoch in diese Richtung. Viele der „neuen“ Gewerkschaften lösen sich zunächst von der staatlichen Kooperation und setzen auf direkte Aktionen, Streiks, Generalstreiks, Betriebsbesetzungen und die Bildung von Kooperativen.

Auch in einigen Staaten Südeuropas ist dieser Prozess schon weiter fortgeschritten. Die großen Generalstreiks und landesweite Kampagnen wurden von diesen Gewerkschaften mindestens angestoßen und zu einem großen Teil

auch organisiert. Dabei ist die Struktur nicht die der Herausbildung einer einheitlichen Großorganisation, sondern die der Bildung von Netzen, die zum Teil betriebliche Basisgewerkschaften, regionale oder Branchengewerkschaften umfassen. In diesen Netzen finden sich auch die syndikalistischen Gewerkschaften wieder.

Ein sichtbares Beispiel für diese Entwicklung sind die USA. Hier hat sich die IWW in den letzten 15 Jahren von wenigen hundert auf zehntausende Mitglieder verbreitert.

Im März fand in Paris ein erster Versuch in Form einer gemeinsamen Konferenz dieser Basisgewerkschaften statt, sich weltweit zu vernetzen.

Dieser Prozess wird um die DGB Einheitsgewerkschaften keinen Bogen machen. Noch ist der Ablösungsprozess vieler AktivistInnen in den Betrieben in den Anfängen. Die von Traditionslinien fetischhaft vorgetragene Verteidigung der DGB Einheitsgewerkschaften führt zu Unterwerfung und zur objektiven Verteidigung von jedem Dreck, der aus den Gewerkschaftshäusern kommt. Diese Traditionsdenkrichtung ist im betrieblichen Bereich z. Z. noch hegemonial. Die Radikale Linke ist (leider) noch in betrieblichen und anderen sozialen Auseinandersetzungen kaum präsent.

Heut zu Tage sind fast alle Lebensbereiche dem Zweck Kapitalakkumulation unterworfen. Sind wir nicht auf Arbeit, konsumieren wir, optimieren wir uns für die Verwertung. Müsste eine radikale Strategie im postfordistischen Kapitalismus nicht auf Produktion und Reproduktion gehen, müsste sie nicht auf beiden Ebenen für die selbstbestimmte Organisation der Bedürfnisse kämpfen? Ist die Beschränkung auf den Kampf in der Produktion -wie sie Gewerkschaften

betreiben- im Zusammenhang einer Massenkonsumgesellschaft nicht anachronistisch geworden?

Wir müssen zunächst einmal feststellen, ohne die Produktion von Gütern und Dienstleistungen geht es nicht. Auch im Kommunismus ergibt sich die Notwendigkeit der Arbeit. Aber wir können nicht erst mit der Öffnung der Tür zum Kommunismus beginnen, die Sinnhaftigkeit dieser oder jener Produktion und der Weise ihrer Herstellung zu diskutieren. Deshalb kann nicht, wie in der heutigen Praxis der DGB-Gewerkschaften, Arbeit um jeden Preis das Ziel sein. Die selbst bürgerlichen Moral-Fans aufstoßende Befürwortung von Rüstungsproduktion (z.B. Leopard Panzer nach Katar, Saudi-Arabien und Indonesien) etwa durch die IG Metall, allein um den Erhalt von Jobs, ist nur die Spitze des großen Eisbergs der Unterwerfung des gewerkschaftlichen Handelns unter die Bedingungen der Kapitalverwertung. Allein es bleibt das Problem: Außer dem Verkauf unserer Arbeitskraft bleibt uns (meist) nur das sanktionsbewerte Hartz IV.

Antikapitalistische gewerkschaftliche Arbeit muss deswegen auch immer den Widersinn des gesellschaftlichen Verhältnisses von Kapital und Arbeit, die Ausbeutung durch Lohnarbeit, hier und jetzt ganz grundsätzlich in Frage stellen. Auch wenn dies vielleicht keine Steilvorlage für die Kandidatur zur nächsten Betriebsratswahl ist.

Der ausschließliche Rückzug auf die Reproduktion ist gleichbedeutend mit dem Verzicht auf den Anspruch die Produktion irgendwann selbst zu bestimmen.

Zum Zweiten ist festzustellen, dass noch Millionen Menschen, zumeist in Folge des Hartz IV Regimes, genötigt sind,

ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dennoch, als Folge der geringen Bezahlung, keinen Zugang zu den lebensnotwendigen Grundversorgungsgütern haben. Der Produktionsprozess ist so gestaltet, dass er die Abnutzung der Arbeitskraft mit einbezieht. Jeder Zweite erleidet in Folge der kapitalistisch organisierten Arbeitsbedingungen schwere Schäden an Körper und Psyche. Diese Auseinandersetzung kann nur im Betrieb selbst geführt werden. Als Anspruch auf ein besseres Leben und mit dem Ziel der Gewinnung von Organisierungs- und Kampferfahrungen. Dagegen ist es ziemlich unsinnig, gewerkschaftliche Organisation und Praxis mit dem Zweck der Steigerung des Massenkonsums zu betreiben.

Die grundsätzliche Kritik des Kapitalismus und der Kampf gegen seine konkrete Ausgestaltung, gegen die Arbeitsbedingungen und Lohnhöhen, gehören zusammen.

Um als Gewerkschaft dem Anspruch des Prädikats „revolutionär“ gerecht zu werden, bräuchte man eine Massenbasis um dem Kapital gefährlich zu werden. Diese hat momentan keine linksradikale Gewerkschaft. Wieso erscheint dir der Ansatz auch ohne diese Massenbasis sinnvoll und wie revolutionär kann eine Gewerkschaft überhaupt sein?

Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, Gewerkschaften müssten zuerst Millionen von Menschen organisieren und volle Streikkassen haben, um dann wirkungsvoll agieren zu können. Die DGB-Gewerkschaften sind der lebende Beweis dafür. Sie haben in Europa einen der höchsten Organisationsgrade und prall gefüllte Streikkassen. Und sie sind gleichzeitig die standortfreundlichsten Gewerkschaften mit einer der geringsten Anzahl an Streiktagen weltweit.

Das Prädikat „revolutionär“ ist nicht gebunden an Größe und Organisationsgrad sondern ausschließlich ein inhaltliches Kriterium. Beim gewerkschaftlichen Kampf müssen wir uns m. E. auch von den Vorstellungen eines mehrwöchigen Flächenstreiks mit Streikunterstützung aus der Gewerkschaftskasse lösen. Wenn wir uns auf diese Kampfform einengen, sind wir alternativlos zum DGB oder anderen anerkannten Massengewerkschaften.

Die Kampfformen werden bestimmt durch die konkreten Möglichkeiten in einem Betrieb bzw. in einer Branche. Dies kann von Überstundenverweigerung, Dienst

nach Vorschrift, verlängerten Betriebsversammlungen bis zu Demonstrationen vor Niederlassungen führen. Ein Blick nach Schweden auf die SAC zeigt eine Vielzahl solcher Möglichkeiten auf. Diese kleine unionistische Gewerkschaft führt mehr Streikkämpfe als die sozialdemokratische Einheitsgewerkschaft LO und meistens ist sie auch erfolgreicher. Das Mittel des langen Flächenstreiks mit Streikunterstützung hat sie dagegen noch nie gehabt.

Diese unkonventionellen Kampfformen sind auch die wesentliche Form der syndikalistischen und unionistischen Gewerkschaften: Selber machen! Kampfinhalte



und Kampfformen sollen von den Menschen im Betrieb bestimmt werden und nicht von zentralen Apparaten oder Tarifkommissionen. Dies ist ein wesentliches Element der potentiell revolutionären Befähigung zur Durchsetzung der eigenen Interessen gegen den Boss. Eine ArbeiterInnenklasse, die dies im „eigenen“ Betrieb nicht lernt und aneignet, wird kaum die Fähigkeit erlangen, den ganzen Laden irgendwann aus den Angeln zu heben.

Meine Kinder haben nicht Schlittschulauen gelernt, weil wir uns entsprechende Videos angeschaut und auf dem Küchentisch die Theorie des Schlittschulauens aus Büchern erlesen haben. Wir sind aufs Eis gegangen, haben immer wieder geübt und sind dabei oft auf die Nase gefallen. Nach vielen Versuchen und mehreren Wintern hat es dann geklappt.

Wer nicht lernt seinen Boss zu besiegen, durch das Üben des Organisierens und kollektiven Handelns und dabei auch mal verliert, der wird vor der Aufgabe, Unternehmen und Staat platt zu machen, Kapital und Lohnarbeit abzuschaffen, vor Angst erstarren oder kläglich scheitern. Klassenkampf will gelernt sein: Eine basisdemokratische Gewerkschaft mit dem Anspruch alles selber zu machen, verbunden mit dem Ziel der Abschaffung der Lohnarbeit, ist revolutionär.

Auf einer Veranstaltung mit einem griechischen Genossen in Bremen antwortete dieser auf die Frage nach der Rolle der beiden dortigen, großen Gewerkschaften: „Sie sind schon tot, aber sie wissen es noch nicht.“

Auch der DGB wird irgendwann zur Seite geschoben und als gelbe Gewerkschaft enden. Es ist nur eine Frage der Zeit. Dann werden sich auch hier neue

Formen der gewerkschaftlichen und betrieblichen Organisierung herausbilden – ob millionenfach organisiert sei dahin gestellt – aber wirkungsvoll.

Wie ist euer Verhältnis zu den großen Gewerkschaften, etwa DGB oder Verdi? Herrscht strikte Abgrenzung oder gibt es strategische Kooperationen?

Zunächst, es gibt kein offizielles Verhältnis. Für uns wird das Verhältnis durch die örtlichen Bedingungen bestimmt. Zum Einen gibt es in zahlreichen, zumeist größeren Betrieben eine Doppelmitgliedschaft der IWW Mitglieder. Dies ist nicht prinzipiell begründet, sondern unserer aktuellen relativen Schwäche geschuldet. In einem Großbetrieb kann ich als einzelner frei schwebender Wobbler nur begrenzt agieren. Die Gefahr des Abschlusses / Rauswurfs ist hoch. Hier ist angeraten, sowohl die eigenen Organisationsansätze zu entwickeln und auszubauen, als auch innerhalb bestehender Strukturen zu arbeiten. Ein ganz pragmatisches Herangehen.

Eine strategische Kooperation schließt dies aber aus. Ich möchte auch nicht das Gelächter der örtlichen DGB-Oberen hören, wenn wir sie zu einem Small Talk über z.B. eine 30 Stunden Woche Kampagne einladen würden.

Kampf für das Gemeinsame - Der (Post-)Operaismus als Interventionsstrategie für die radikale Linke

PHILIPP METZGER

(Der Autor ist Mitarbeiter des Instituts für kategoriale Analyse)

Seit der Veröffentlichung der Empire-Trilogie von Antonio Negri und Michael Hardt ist der (Post-)Operaismus die einflussreichste postmarxistische Bewegungstheorie. Im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen die antagonistischen Bewegungen gegen den Neoliberalismus.

Der Philosoph Slavoj Žižek sah in dieser gar das „Kommunistische Manifest des 21. Jahrhunderts.“ Von vielen Autor_innen wurde dem (Post-)Operaismus reflexartig vorgeworfen, nicht stringent und in Teilen sogar widersprüchlich zu sein. Auch wenn dies mitunter zutreffen mag, wird bei diesem Urteil von den Kritikern_innen meist der verhandelte Analysegegenstand des (Post-)Operaismus ignoriert. Denn im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen die antagonistischen Bewegungen gegen den Neoliberalismus. Diese sind mitunter in sich sehr plural bis gegensätzlich. Eine Theorie der Kämpfe kann aber in sich nur soweit stimmig sein, wie es die Kämpfe selber sind. Deshalb ist der (Post-)Operaismus bei der Beantwortung der Frage „Was Tun?“ auch vielen seiner Kritiker_innen überlegen, weil er die aktuellen Veränderungen der sozialen Auseinandersetzungen seismographisch erfasst und diese für eine emanzipative Theorie nutzbar macht. In dieser kann die radikale Linke Antworten und Werkzeuge für ihre gegenwärtige Praxis in der Krise finden. Wer dagegen eine in sich harmonische Revolutionsanleitung lesen möchte, kann im Anschluss immer noch zu Lenin greifen.

Interventionsstrategie des Operaismus

Wie der (Post-)Operaismus seine Strategie entwickelte, lässt sich am besten in einer Darstellung der ihm vorangegangenen Strategie des Operaismus nachvollziehen. Jede Interventionstheorie über Strategie und Taktik lässt sich nur ableiten aus einer Analyse des Gegenstandes, der verändert werden soll. Im ursprünglichen Operaismus stand der Klassenkampf im Zentrum der strategischen Überlegungen, dies erklärt sich aus der Einschätzung über die Dynamik des Kapitalismus, die der theoretische Begründer des Operaismus Mario Tronti in seinem Klassiker Arbeiter und Kapital auf den Punkt brachte: „Auch wir haben erst die kapitalistische Entwicklung gesehen und dann die Arbeiterkämpfe. Das ist ein Irrtum. Man muss das Problem umdrehen, das Vorzeichen ändern, wieder vom Prinzip ausgehen: und das Prinzip ist der proletarische Klassenkampf.“ [1] Diese zentrale Kernaussage des Operaismus - dass die Dynamik des Kapitals sich nur aus den Kämpfen gegen ihn erklärt - entstand aufgrund von Analysen zur spezifischen Klassenlage in Italien nach dem Zweiten Weltkrieg. Seit den 1950er Jahren setzte in Norditalien eine massive Industrialisierung ein, in deren Mittelpunkt die Automobilfabriken des FIAT-Konzerns standen, die viele junge Bauern aus Süditalien anlockte. Diese neue Arbeiterklasse, die nicht bereits in vorherigen Generationen durch das Kapital diszipliniert wurde und sich der Kommandogewalt der stumpfen, langweiligen und anstrengenden Massenproduktion unterordnen musste, rebellierte. Die Kommunistische Partei Italiens, sowie Gewerkschaften, die sich in ihrer Agitation an eine domestizierte Arbeiterklasse richteten, konnten mit den spontanen Widerstandsformen von Verweigerung wenig anfangen, die an die



syndikalistischen IWW-Methoden erinnern: Blaumachen, Sabotage, langsames Arbeiten usw. Aus dem Zusammentreffen von autonomen Marxisten (wie z.B. Mario Tronti, Romano Alquati, Raniero Panzieri und Antonio Negri), Studierenden und dem Massenarbeiter entwickelte sich die Operaistische Bewegung, welche den Kampf gegen die Arbeit propagierte; sowie gegen die Herrschaftsförmigkeit kapitalistischer Massenproduktion, die einerseits dazu dient, die Produzenten zu unterdrücken und andererseits das Potenzial für den Kommunismus bereit hält - indem durch zunehmende Automation sich die Lohnabhängigen aus dem Produktionsprozess befreien können und zum bloßen Dirigenten werden. [2] In dieser Phase ist die operaistische Strategie in drei Punkte zu kategorisieren:

1. Wichtiges Element der Strategie waren die Militanten Untersuchungen, diese Untersuchungen waren inspiriert von Marx' Fragebogen an die Arbeiter. Diese hatten zum einen die Aufgabe

die Klassenzusammensetzung zu analysieren, um somit die Klassenkämpfe wirkungsvoller zu machen (z.B. indem sie Forderungen, Probleme, Widerstandsformen etc. untersuchten, deren Ergebnisse wiederum bei der Agitation halfen) und zum anderen hatten die Militanten Untersuchungen die Absicht, während der Untersuchung bereits eine kritische Reflexion bei den Befragten auszulösen.

2. Der Versuch den Kapitalismus zu überfordern: Zentral war bei dieser Strategie der Lohn. Mit den extrem hohen Lohnforderungen sollte der Kapitalismus in die Krise getrieben werden.

3. Das Experimentieren mit neuen Organisationsformen, die weniger starr waren als traditionelle linke Organisationen wie Parteien oder Gewerkschaften. Das inspirierte auch in Deutschland Gruppen wie die Spontis oder den Arbeiterkampf in Frankfurt. Auch die in den 1970er Jahren aktive, sehr lose vernetzte, *Autonomia* kann als der Vorläufer der deutschen Autonomen gesehen werden.

Anfangs war dieses Vorgehen sehr erfolgreich; die Bewegung bekam massenhaft Zulauf, die Löhne stiegen, die politische Lage in Italien spitzte sich immer weiter zu.

Zwei Faktoren veränderten den Operaismus, die auch die Übergänge zum (Post-) Operaismus markieren:

1. Der Wendepunkt entwickelte sich im Zuge der weltweiten Krise Anfang der 1970er Jahre, die die Operaisten als Angriff auf ihre erfolgreichen Klassenkämpfe interpretierten. Die Strategie des Operaismus, das Kapitalverhältnis über den Lohn anzugreifen hat leider den Haken, dass eine Krise des Verwertungsprozesses eben auch zu einer Verwertungskrise der Ware Arbeitskraft führt. Das bedroht wiederum in einem zunehmenden Maße die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen. Weshalb ein Kampf auf einem solch hohen Niveau an eine Schranke stößt. Da die Kämpfe innerhalb der Fabrik in der Defensive waren - wurden in Italien die hohen Löhne für die steigende Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Auch der von Antonio Negri in dieser Situation gemachte Vorschlag, die Arbeitszeitverkürzung ins Zentrum des Kampfes zu stellen, konnte daran nichts ändern.

2. Trotz der Krise kam es 1974 in ganz Italien zu heftigen Kämpfen. Nicht nur in Fabriken wurde gestreikt. Sondern neue Konflikte und widerständige Subjekte z.B. Umwelt-, Frauen-, Jugendbewegungen tauchten auf. Diese neuen sozialen Auseinandersetzungen verteilten sich über die gesamte Gesellschaft. [3]

Einerseits war die ökonomische Krise auch eine Krise des Massenarbeiters, andererseits tauchten die sozialen Bewegungen auf. Negri wollte in dieser Situation die unterschiedlichen neuen Subjekte einigen, indem er sich vom Konzept des Massenarbeiters verabschiedet und die

neuen Bewegungen in seine These vom gesellschaftlichen Arbeiter integrierte. Er behauptete, weil Wissen tendenziell die wichtigste Produktivkraft geworden sei und dieses in der gesamten Gesellschaft produziert werde, dass sich die Fabrik über die ganze Gesellschaft ausgedehnt habe. Wenn die Fabrik die gesamte Gesellschaft ist, dann ist jeder Konflikt in derselben ein Klassenkampf. Der (Post-) Operaismus stellt eine Radikalisierung dieser Thesen dar: Aus dem gesellschaftlichen Arbeiter wird die Multitude und aus der Wichtigkeit des Wissens wird die Theorie der immateriellen Arbeit. [4]

Negris Theorie hat den Haken, dass sie einerseits jede Handlung für wertproduktiv hält und deshalb so ziemlich jede marx'sche Kategorie revidiert und andererseits überhaupt keine Differenzierungen sozialer Beziehungen zulässt und in letzter Instanz doch wieder klassenreduktionistisch ist. [5] Letztlich wurde die Revolte durch die Regierung des „historischen Kompromisses“ (einer Regierung aus kommunistischer und konservativer Partei) brutal niedergeschlagen - Zehntausende wurden eingesperrt, was sehr anschaulich in den Romanen von Nanni Balestrini verarbeitet wurde. Negri konnte aus dem Gefängnis fliehen, in Paris untertauchen und kam dort mit dem Poststrukturalismus in Berührung. Die Verbindung dieser Theorie mit seiner eigenen Analyse, bildete das Fundament des (Post-)Operaismus.

Wer oder was ist die Multitude?

Die Multitude selbst ist eine Neuinterpretation des ursprünglich vom Philosophen Baruch de Spinoza stammenden Begriffs, während die Kategorie im (Post-) Operaismus eine Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Arbeiters unter Zuhilfenahme der poststrukturalistischen

Philosophie ist. Großen Einfluss auf Antonio Negri und Michael Hardt, mit dem er zusammen die Empire-Reihe verfasste, hatten insbesondere die Poststrukturalisten Michael Foucault, Gilles Deleuze und Félix Guattari. Ohne näher auf die philosophische Herleitung einzugehen, sei zumindest kurz erwähnt, dass Hardt/Negri den Poststrukturalismus theoretisch zwar aufgreifen, ihn aber auch kritisieren, indem sie ihre Kategorie der Multitude als Klassenbegriff im Gegensatz zum neutralen poststrukturalistischen Begriff der Bevölkerung definieren. [6]

Inspiziert durch den Poststrukturalismus erweitert Negri zusammen mit Hardt seine ältere Analyse der gesellschaftlichen Fabrik. Nicht mehr nur die Fabrik als Institution der Disziplinargesellschaft, sondern alle ihre Institutionen wie z.B. Fabrik, Gefängnis, Klinik, Familie usw. hätten sich über die gesamte Gesellschaft ausgedehnt. [7]

Dies interpretieren Hardt/Negri klassisch operaistisch und genauso einseitig nur als Reaktion auf die erfolgreichen Kämpfe der Arbeiter-, Umwelt-, Frauen-, Jugendbewegungen etc. der 1970er Jahre. Demnach seien in dieser Situation völlig neue Subjektivitäten entstanden, da sich die Machttechniken der Disziplinargesellschaft in alle Winkel des Lebens netzwerkartig verteilt bzw. demokratisiert hätten. Sie würden damit den Übergang zur Kontrollgesellschaft markieren. Dies habe zwei Auswirkungen: Eine Negative und eine Positive, anhand derer man recht anschaulich die Machttechniken der Kontrollgesellschaft erklären könne.

1. Die Verinnerlichung von Herrschaft und Selbstregulierung: Internalisierung neoliberaler Anforderungen der Einzelnen auf allen gesellschaftlichen Ebenen – bei Strafe des eigenen Untergangs – egal, ob im Beruf, im Studium, in der Erziehung, in der Beziehung oder im alltäglichen

Konsum. Alle werden in zunehmenden Maße zum „Unternehmer ihrer selbst“. Der „Terror des Fließbandes“ wurde ersetzt durch den „Terror seiner selbst“ in Form der Selbstoptimierung: Schneller. Schöner. Gesünder. Kompetenter. Und natürlich sollten die Einzelnen immer die „Work life balance“ im Auge behalten. „Du bist allein für dein Glück verantwortlich“ lautet der Schlachtruf der neoliberalen Kontrollgesellschaft. Deshalb boomt die Industrie der Ratgeberliteratur und der Trainer, Berater und Coachs für „Schlüsselkompetenzen“: „Zeitmanagement“, „Team- und Konfliktfähigkeit“, „Bauch-Beine-Rücken-Po-Training“. Retalin, wenn sie nicht mehr lernen – Koks, wenn sie nicht mehr feiern können. Burnout. Bulimie. Betrübt. Selber schuld!

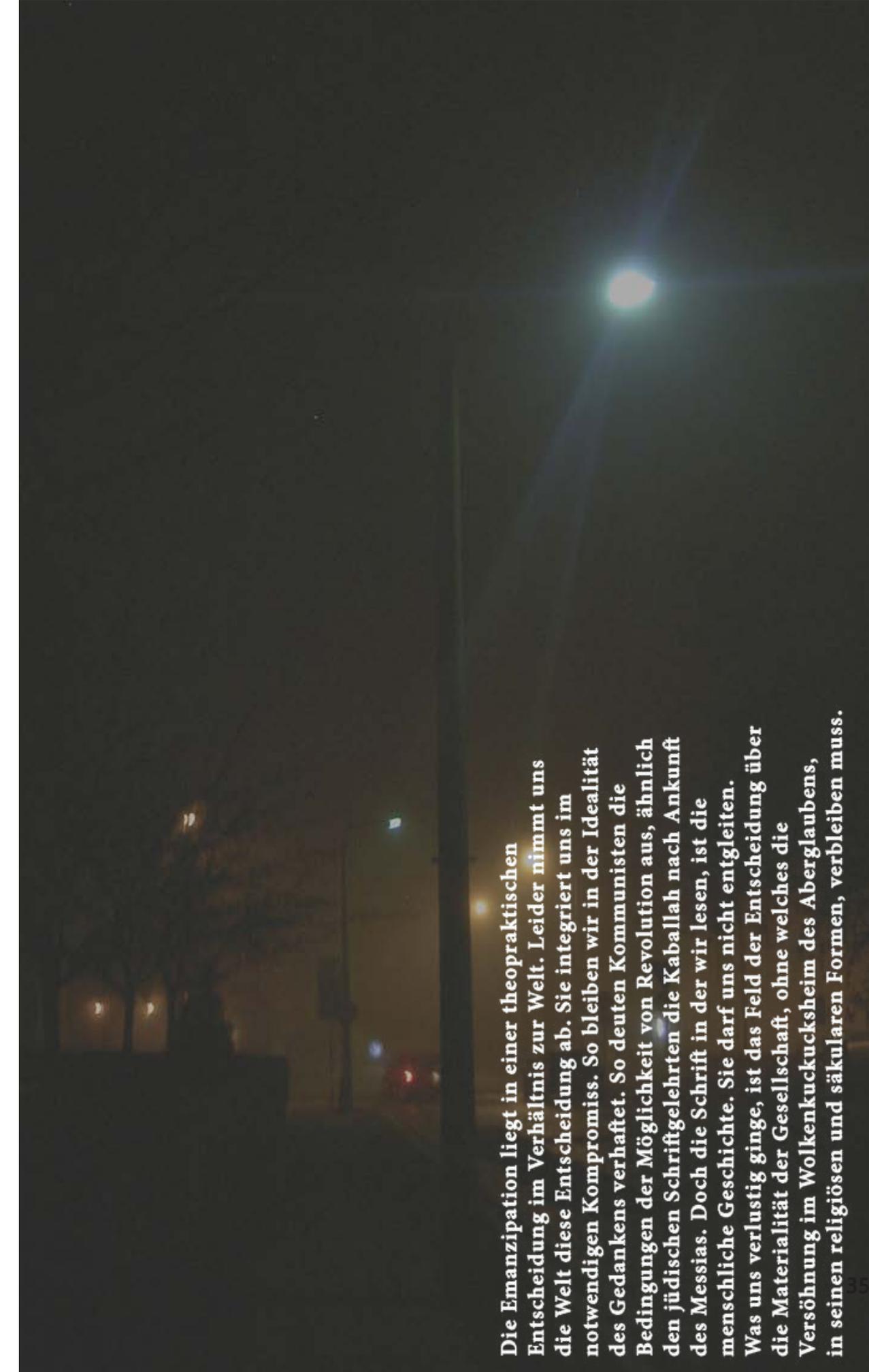
2. Die positive Seite der netzwerkartigen Verteilung von Machttechniken innerhalb der Kontrollgesellschaft ist das höhere Potential der Kämpfe, da durch die Demokratisierung von Herrschaft entstehende Konflikte immer weniger von den alten Institutionen der Disziplinargesellschaft vermittelt und eingegrenzt werden können. Dadurch können politische Konflikte schneller zu spontanen Ereignissen werden, die nicht mehr durch die üblichen Scharniere des Staates, wie z.B. Parteien, Gewerkschaften, Familie, Kirche usw. eingefangen werden können. Um es anschaulicher auszudrücken: Wir sind in einer Situation, in der der ehemalige fordistische Wohlfahrtsstaat immer weniger zu verteilen hat, es zunehmend kaum noch Festanstellungen gibt und stattdessen prekäre Beschäftigung normal wird, sofern die Einzelnen überhaupt noch Arbeit finden, der Einfluss der Gewerkschaften stetig sinkt, usw. Gleichzeitig ist die Multitude hochflexibel und vernetzt (auch mit Hilfe von neuen Kommunikationsmöglichkeiten (immaterielle Arbeit)). In einer solchen Situation können soziale

Konflikte, die jenseits alter Institutionen verlaufen, schnell eskalieren. Diese reichen von den Riots in Pariser Vorstädten, dem brennenden London, der Autonomie der Migration, dem arabischen Frühling bis hin zu der globalen Occupy Bewegung etc. Diesen Aspekt heben Hardt/Negri besonders hervor. Man könnte auch zu dem Schluss kommen, dass sie der Meinung sind, dass die Kontrollgesellschaft als Antwort auf die Kämpfe der 1970er Jahre letztlich ein Eigentor des Kapitalverhältnisses war. Denn die Machttechniken sind schon in der Hand der Multitude und können sich sehr schnell gegen die Kontrollgesellschaft wenden. Indem Macht individuell durch jeden Einzelnen vermittelt wird, kann genau diese Pluralität zurückschlagen. Die sich daraus entwickelnde Theorie der Multitude betont gerade diesen Gedanken: deren Kriterium nicht „das Gleiche“ ist (wie z.B. in den alten Arbeiterkämpfen), sondern das, was zwischen ihnen ist. Die Pluralität findet sich in den Kämpfen zusammen. Die Multitude ist also kein einheitliches Subjekt, sondern sie meint das, was zwischen den Subjektivitäten das Verbindende ist. Sie ist die Pluralität der Singularitäten. „Widerstände sind nicht länger marginal, sondern werden aktiv inmitten einer Gesellschaft, die sich Netzwerken öffnet; aus individuellen Orten werden Singularitäten auf Tausend Plateaus.“ [8]

Hier wird die Weiterentwicklung der Multitude gegenüber dem Massenarbeiter und dem gesellschaftlichen Arbeiter erkennbar. War der Massenarbeiter noch ein einheitliches Subjekt, der gesellschaftlicher Arbeiter noch eine Sammlung von Subjekten, ist die Multitude das gemeinsame Handeln der Singularitäten. Dies kann beispielhaft an der Globalisierungsbewegung veranschaulicht werden. Die Globalisierungsbewegung war kein einheitliches Subjekt. Sie bestand

vielmehr aus den unterschiedlichen Subjekten: Kleinbauern des Südens über Gewerkschafter des Nordens, von feministischen bis zu religiösen Gruppen, von Parteien bis zu Anarchisten, von Militanten bis zu friedlichen Aktivisten usw. Die Pluralität der Singularitäten drückt sich schon in dem vereinfachten Slogan: „Die Bewegung der Bewegungen“ aus. Noch in den 1970er Jahren hätte man nicht erwartet, dass sich die unterschiedlichen Akteure, die traditionell sogar gegeneinander standen (z.B. die Gewerkschaftsbewegung und die Umweltbewegung), in einer Bewegung temporär vereinigen. Auch wenn sich Hardt/Negri früher ambivalent ausgedrückt haben und es eher so schien, als ob „die alten“ Subjekte tendenziell verschwinden und es stattdessen nur noch Subjektivitäten geben würde, präzisierten sich Hardt/Negri in diesem Punkt. Sie betonten beispielsweise die Rolle der Arbeiterbewegung z.B. innerhalb der ägyptischen Revolution. [9]

An dem Konzept der Multitude wurde ebenfalls kritisiert, dass es auch reaktive Gruppen wie z.B. islamistische Gruppen wie Al Qaida (oder eben auch die Muslimbrüder) einschließt. Auch hier gibt es eine Erweiterung. Es wird anerkannt, dass es eine dunkle Seite der Multitude gibt, die es natürlich zu bekämpfen gilt. Das Konzept der Multitude wird permanent theoretisch erweitert und ist fast schon bei Multitude an sich und für sich angekommen. Die Frage, ob die Kategorie der Multitude Verwendung findet, scheint nicht allein eine rein theoretische, sondern auch eine politisch-strategische zu sein. Das Konzept der Multitude als philosophisches Konzept ist - wie auch die soziologische Figur des Massenarbeiters - eben nicht nur eine wissenschaftliche Theorie, sondern auch eine politische Intervention. Bereits bei Tronti findet sich eine Kritik gegen Theorien, die auf

The background of the slide is a dark, blurry night photograph of a street scene. In the upper right quadrant, there is a bright, out-of-focus light source, possibly a street lamp or a building light, which creates a lens flare effect. The rest of the image is dark and indistinct, showing faint outlines of buildings and streetlights.

Die Emanzipation liegt in einer theopraktischen Entscheidung im Verhältnis zur Welt. Leider nimmt uns die Welt diese Entscheidung ab. Sie integriert uns im notwendigen Kompromiss. So bleiben wir in der Idealität des Gedankens verhaftet. So deuten Kommunisten die Bedingungen der Möglichkeit von Revolution aus, ähnlich den jüdischen Schriftgelehrten die Kaballah nach Anknüpfung des Messias. Doch die Schrift in der wir lesen, ist die menschliche Geschichte. Sie darf uns nicht entgleiten. Was uns verlustig ginge, ist das Feld der Entscheidung über die Materialität der Gesellschaft, ohne welches die Versöhnung im Wolkenkuckucksheim des Aberglaubens, in seinen religiösen und säkularen Formen, verbleiben muss.

das Politische verzichten: „Die Theorie hält so jene Kräfte getrennt, obwohl sie selbst mehr zu ihrer Vereinigung und Vereinheitlichung beitragen könnte.“ [10] Dieser Punkt wird in Hardt/Negris Ansatz des Militanten Intellektuellen besonders deutlich. Dieser unterscheidet sich vom gramscianischen organischen Intellektuellen dadurch, dass er nicht die Kämpfe „begleitend“ analysiert, sondern aktiv an Kämpfen teilnimmt. „Sie [die Militanten Intellektuellen, An. P. M.] engagieren sich als Singularitäten unter anderen, sie beteiligen sich an Projekten militanter Untersuchung, in denen die Multitude sich zeigen soll.“ [11] Diese Strategie hat den Vorteil, dass sie die Wissenschaft repolitisiert. Sie stellt sich damit gegen die Neutralisierung ihres kritischen Gehalts, in Form einer zunehmenden positivistischen und vermeintlich objektiven Position, die nur noch aus „neutralen“ Erhebungen von empirischen Daten und „Fakten“ besteht. Andererseits hat das theorie-strategische Handeln des (Post-) Operaismus den Nachteil einer möglichen analytischen Verflachung, indem es Tendenz und Aktualität in eins setzt. Nur weil es die Möglichkeit von spontanen sozialen Konflikten gibt, müssen diese noch lange nicht eintreten. Somit läuft die Theorie Gefahr passend zu machen was vielleicht nicht passt. Indem sie sich in abstrakten Höhenflügen von den real gesellschaftlichen Prozessen entfernt, läuft sie in die strategische Falle, Niederlagen nicht rechtzeitig zu erkennen. Noch in den 1990er Jahren, dem Anfang der theoretischen Figur der Multitude, schien es, also ob sich Hardt/Negri in einer allzu optimistischen Hypothese verrannt haben. Aus heutiger Sicht - vor dem Hintergrund der Krise - scheint ihr Ansatz jedoch theoretisch und praktisch immer plausibler zu werden und erinnert an eine Aussage Trontis: „Vielleicht zeigt sich erst heute

die ganze Wahrheit der Lenin'schen These, dass es keine revolutionäre Bewegung ohne revolutionäre Theorie gibt [...] heute wie nie zuvor gilt auch das Gegenteil: dass die revolutionäre Theorie nicht ohne revolutionäre Bewegung möglich ist.“ [12]

Jenseits Linker Strategien des 20. Jahrhunderts - Die Multitude in Aktion.

Die Theorie der Multitude ist auch verbunden mit einer Kritik an einer Linken, die auch heute noch an den Strategien des 20. Jahrhunderts festhält, ohne zu realisieren, dass die politischen Koordinaten des 21. Jahrhunderts deren Erfolg verunmöglichen. Die linken Strategien des letzten Jahrhunderts sind nicht plural sondern singular, weil sie von einem einzigen revolutionären Subjekt ausgehen. Anfang des 20. Jahrhunderts war die Strategie der revolutionären Linken idealtypisch; die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt, das in der Partei organisiert werden musste und den Staat übernehmen sollte. Das Gleiche gilt im Prinzip für die reformistisch orientierte Linke; der Facharbeiter als reformistisches Subjekts in einem Bündnis aus starker sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaft, der einen Klassenkompromiss erkämpfen soll, der aus einem Wohlfahrtsstaat und sozialpartnerschaftlichen Betrieben besteht. Beides ist aus Sicht von Hardt/Negri weder möglich noch wünschenswert. Die Strategien des 20. Jahrhunderts hatten seinerzeit eine Berechtigung - die Wahrheit der richtigen Strategie hat aber einen Zeitkern. Das heißt nicht, dass Teile davon heute unwichtig sind, wie wenn z.B. Gewerkschaften für einen höheren Lohn kämpfen. Es bedeutet nur, dass kein Subjekt alleine die Hegemonie erringen kann und neue Subjektivitäten neue Strategien jenseits alter politischer Koordinaten ermöglichen. Klassisch operaistisch kann

ebenfalls der (Post-)Operaismus seine Strategie nur aus den konkreten Kämpfen entwickeln. Deshalb ist es erforderlich die Kämpfe der Multitude genauer zu analysieren. Ein herausragendes Beispiel ist u.a. der Metropolenstreik. Es wurde bereits erläutert, dass der (Post-)Operaismus davon ausgeht, dass sich die Fabrik über die gesamte Gesellschaft ausgedehnt hat. Was früher die Fabrik war, ist heute die Metropole. Dies wird auch in den neoliberalen Konzepten - von der „unternehmerischen Stadt“ bis zur „Global City“ - erkennbar, mit denen sich gerne auch die Stadt Frankfurt a. Main im Zentrum der Metropolregion Rhein-Main schmückt. Hier treffen unterschiedliche Subjektivitäten und Auseinandersetzungen zusammen. Konflikte z. Bsp. von prekär Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden, Wohnungslosen, Illegalisierten, Festangestellten, Alleinerziehenden usw., die sich durch alle Felder ziehen: Wohnen, Arbeiten, Leben...

Im Winter 1995/96 kam es in Paris zum großen Metropolenstreik. Dieser verhinderte das Vorhaben die öffentlichen Verkehrssysteme zu privatisieren. Negri bemerkte dazu: „Der große Übergang, die Verschiebung der Konfrontationslinie von der Fabrik in die Metropole, von der Klasse zur Multitude, wurde in zahlreichen Gruppen erlebt und organisiert, theoretisch wie praktisch. »Wir nehmen uns die Stadt.«“ [13]

Die zahlreichen „Wem gehört die Stadt“ – Bündnisse, aber auch Blockupy, ließen sich als Teil einer (post-) operais-tischen Strategie erklären: Sie sind die Chance unterschiedliche Subjektivitäten zusammenzuführen und gleichzeitig der Versuch aus den Erfahrungen des Metropolenstreiks in Paris anzuknüpfen, dies allerdings unter dem veränderten Vorzeichen der aktuellen Krise.

Grade in der Krise ist die Metropole das Zentrum von Konflikten der Multitude. Der Kampf gegen Zwangsräumungen von Häusern und Wohnungen über die „Demokratie der Plätze“ von Occupy New York bis zur Besetzung des Tahrir-Platz in Kairo. Wie weiter oben in dem Zitat schon deutlich wurde, kann eine Theorie der Kämpfe nur so gut sein wie die Kämpfe selbst. Kein Wunder also, dass das aktuelle Buch von Hardt/Negri ihr bestes ist: „Demokratie - Wofür wir Kämpfen“. In diesem präzisieren sie die Multitude in vier Metasubjektivitäten: Die Verschuldeten, die Vernetzten, die Verwahrten, die Vertretenen. Diese sind jene, welche in den zentralen Auseinandersetzungen, die im Kampf der Multitude um Demokratie und das Gemeinsame, auftauchen. Dies ist nicht zu verwechseln mit dem Kampf für eine repräsentative Demokratie. Bezogen wird sich auf die Demokratie wie sie in Ansätzen bereits in den Kämpfen entwickelt wurde und die über das gemeinsam Produzierte entscheiden soll. Bildung, Wasser und Banken sollen Gemeingut jenseits des Staatsbesitzes werden (so wie alle Staatsbetriebe Gemeingut werden sollen). Um es etwas anschaulicher zu erklären: z.B. soll Wasser kein Privatbesitz sein und es soll auch nicht von einer staatlichen Verwaltung kontrolliert werden, sondern die Versammlungen der Multitude sollen entscheiden. Bildung sollte Selbstverwaltet stattfinden - hier wäre das Institut für vergleichende Irrelevanz (IVI) aus Frankfurt ein Beispiel. Die besetzte Fabrik Vio.Me, sowie das Verteilen von Essen durch Aktive oder die Kollektivierungen eines Krankenhauses in Griechenland wären auch Beispiele für das Gemeinsame der Multitude. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Strategien der reformorientierten Linken angesichts von Staatsverschuldung und Austeritätspolitik als wenig realistisch erscheinen,

könnte eine demokratische Organisierung des Gemeinsamen jenseits des Staates eine erfolgreichere Strategie sein. Sie entwerfen eine symbolische Verfassung des Gemeinsamen. Das ist noch nicht die Revolution und erinnert eher an das, was Hardt/Negri mal als „revolutionären Realismus“ bezeichnet haben. [14]

Dieser umfasst sowohl den Kampf für das Gemeinsame, aber auch ganz operaistisch Strategien der Verweigerung wie z.B. „Verweigert die Schulden!“. [15]

Der „revolutionäre Realismus“ lässt sich nicht auf einen rein abstrakten, antistaatlichen Habitus beschränken, sondern beinhaltet ein strategisches Verhältnis zum Staat. Hardt/Negri führen dies beispielhaft am taktischen Bezug der Sozialen Bewegungen zu den „progressiven Regierungen“ (Hardt/Negri) Lateinamerikas aus. [16]

Einerseits kämpfen die sozialen Bewegungen und Regierung zusammen „gegen nationale Oligarchien, internationale Konzerne oder rassistische Eliten, doch selbst dann behalten sie [die sozialen Bewegungen, An. P. M.] ihre Autonomie.“ [17]

Andererseits kämpfen die sozialen Bewegungen gegen die Regierung z.B. wenn es sich um einen Mindestlohn dreht oder wenn Landlose Land besetzten, Lohnabhängige die Selbstverwaltung der Produktion fordern. Dass es sich bei den aktuellen Kämpfen noch nicht um das revolutionäre Ereignis handelt, geben sie zu und betonen, wie wichtig es momentan noch ist die Kämpfe zu verbinden: „Wir können nicht wissen, wann ein solches Ereignis eintritt. Aber das bedeutet nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen und warten sollten, bis es soweit ist...Die sozialen Bewegungen bereiten den Boden für das Ereignis, das sie noch gar nicht absehen können.“ [18]

Was Tun?

Die Strategie des (Post-)Operaismus ist in den Kontext einer aktuell geführten Theoriedebatte über neue linke Strategien zu stellen, deren Ausgangspunkt die Erkenntnis ist, dass die Gewissheiten des 20. Jahrhunderts nicht die des 21. Jahrhunderts sein können. In diese Diskussion gehört neben dem (Post-)Operaismus auch der neogramscianische Entwurf einer Mosaiklinien - Ansätze die sich produktiv ergänzen. Vom (Post-)Operaismus können wir lernen, dass sich die aktuellen Kämpfe aus der



Position eines einheitlichen Subjekts nur unzureichend verstehen lassen. In der Linken gibt es beispielsweise diejenigen, die davon ausgehen, dass die Revolution und Revolten in Ägypten im Wesentlichen ein Klassenkonflikt sei. Andere dagegen behaupten die Geschlechterdifferenz sei entscheidend. Weitere stellen den Generationskonflikt ins Zentrum. Alternativ gibt es noch diejenigen, die im Wesentlichen von einer laizistischen Auseinandersetzung ausgehen. Alle Ansätze erscheinen auf den ersten Blick

plausibel, weil diese Kämpfe tatsächlich zum Sturz von Muhammad Husni Mubarak beigetragen haben. Auf den zweiten Blick wird erkennbar, dass keiner dieser Kämpfe für sich allein genommen mächtig genug gewesen wäre den Sturz Mubaraks zu provozieren. Der Umsturz war erst in dem Moment möglich, als die unterschiedlichen Singularitäten - ohne ihre Unterschiede aufzugeben - sich in der Multitude vereinten. Es ist dabei völlig egal, ob sich der Gewerkschafter, die Frauenrechtlerin, der jugendliche



HipHopper, die Autonome des Black Blocks auf dem Tahrir-Platz als Teil der Multitude gefühlt hat oder nicht - sie waren die Multitude. Es ist auch unerheblich für die Antwort auf die Frage - Was Tun? -, ob man den Begriff der Multitude aus philosophie-theoretischen Gründen für stringent oder inkonsistent hält. Wichtig für die strategische Lektion ist nur, dass erkannt wird, dass jede Revolte nur in dem Zusammentreffen der unterschiedlichen Singularitäten gelingen kann. Das können wir von der Strategie des (Post-)Operatismus lernen. Ebenso, dass Blockupy vor diesem Hintergrund ein Versuch ist, die unterschiedlichen Singularitäten (Akteure) in der Pluralität gegen das hegemoniale deutsch-europäische Krisenprojekt zu sammeln. Das kann und soll nicht den kleinteiligen Aufbau von nachhaltigen Strukturen und Kämpfen ersetzen - ganz im Gegenteil - sie sind ein Teil davon. Auch dabei können wir von der (Post-)Operatistischen Strategie lernen, indem wir uns ihrer Werkzeuge bedienen: Militante Untersuchungen sind ein solches. Wenn das Bündnis „Wem gehört die Stadt“ in Frankfurt/Main auf dieses Werkzeug mit dem Ziel, die unterschiedlichen Konflikte innerhalb der Metropole zu untersuchen, zu verbinden und sie zuzuspitzen, zurückgreift, ist das ein gutes Beispiel für die Reintegration von Hilfsmitteln aus (post-)operaistischer Taktik in Alltagskämpfen.

Dass eine erfolgsversprechende Strategie nicht hinter die Pluralität der Singularitäten zurückfallen kann, impliziert auch, dass wir uns von Slogans der radikalen Linken aus dem letzten Jahrhundert wie „Klarheit statt Einheit“ verabschieden müssen. Diese Weisheiten sind aus doppelter Hinsicht falsch. Weder „Klarheit“ noch die „Einheit(sfront)“ sind Perspektiven. Gibt es deshalb keine Wahrheiten? Hardt/Negri drücken sich darum diese Frage zu beantworten. Vielleicht

können sie das auch nicht aufgrund ihres poststrukturalistischen Analyseapparats - während sich materialistisch diese Frage beantworten lässt: Es gibt Wahrheit - die Wahrheit der Pluralität der radikalen Kritik. Gerade die Neue Marx-Lektüre im Allgemeinen, wie die kategoriale Kritik im Speziellen führen uns zu einer undogmatischen Interpretation von Marx jenseits autoritärer Kaderparteien des 20. Jahrhunderts. Diese neuen heterodoxen Zugänge zu Marx analysieren den Kapitalismus als historisch spezifisches und formvermitteltes Herrschaftsverhältnis. Diese legen offen, dass gesellschaftliche Herrschaft über soziale Formen (Warenform, Fetischform, Rechtsform usw.) vermittelt ist, die dialektisch miteinander verbunden sind. Deshalb werden historische Prozesse auch nicht nur aus der Warte von sozialen Kämpfen erklärt, sondern sie werden in Beziehung gesetzt mit den sozialen Formen gesellschaftlicher Herrschaft. Aus dieser Perspektive geht hervor, dass der Kapitalismus keine undynamische Pingpongwand ist, die nur auf die sozialen Kämpfe reagiert - ebenfalls bläst er selbst zum Angriff. Es reicht also nicht aus nur die Kämpfe zu analysieren, es ist auch erforderlich dies mit dem Kapitalismus an sich zutun. Das hat zur Folge, dass es für eine Strategie nicht ausreicht einfach nur die bestehenden Kämpfe zusammenzubringen: Sie muss sie inhaltlich radikalieren. Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich was die Wahrheit der Pluralität der radikalen Kritik strategisch bedeutet: Nicht das agieren einer Avantgarde im Stil einer Kaderpartei, sondern als der Versuch das Verbindende zwischen den unterschiedlichen Subjektivitäten zu radikalieren. [19]

Teil dieser Strategie ist auch der konstruierende Prozess des Gemeinsamen als Vorbereitung auf das Ereignis als radikalen Bruch.

Anmerkungen:

[1] Tronti, 2002, siehe S. 87

[2] Vgl. Panzieri, 1985.

[3] Beispielsweise: Feministische Kämpfe forderten Lohn für Hausarbeit und später ein allgemeines, bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Es gab „politische Einkäufe“ bzw. „eigenmächtige Herabsetzungen“, die eine kollektive Aneignung von Waren ohne dafür zu bezahlen oder nur sehr wenig (z.B. 50%) ermöglichten. Massenhaft wurden Konzerte und Kinos von Jugendlichen gestürmt, die Fahrpreiserhöhung in öffentlichen Verkehrsmitteln wurden nicht bezahlt. Auch gab es Kampagnen gegen Strompreise, so wurden z.B. in Turin 140.000 Stromrechnungen nur zur Hälfte bezahlt. Wenn dann jemandem der Strom abgestellt wurde, stellten die Arbeiter der Bewegung, die in Fabriken arbeiteten, ihn wieder an.

[4] Produktion von Wissen, Ideen, Bildern, Codes, Musik und Informationen.

[5] Es gab und gibt marxistische Theorien, die die neuen sozialen Bewegungen integrieren konnten ohne zentrale Marx'sche Kategorien aufzugeben oder klassenreduktionistisch zu sein, was hier nicht weiter ausgeführt werden kann.

[6] Vgl. Hardt/Negri, 2004, S. 121.

[7] Es handelt sich dabei um eine Analyse von Regierungstechniken mit dem Ziel „die Bevölkerung“ zu regulieren z.B. durch die Geburten- und Sterblichkeitsrate, Gesundheitsniveau, Produktion und Zirkulation, Lebensdauer und Langlebigkeit, Strafe und Disziplinierung usw.

[8] Hardt/Negri, 2002, S. 40.

[9] Vgl. Hardt/Negri, 2013.

[10] Tronti, 1977, S. 15.

[11] Hardt/Negri, 2010, S. 130.

[12] Tronti, 1977, S. 15.

[13] <http://jungle-world.com/artikel/2003/23/10805.html>

[14] Vgl. Hardt/Negri, 2004, S. 392-393.

[15] Vgl. Hardt/Negri, 2013, S. 41-45.

[16] Vgl. Ebd. S. 92-94.

[17] Ebd. S. 93.

[18] Ebd. S. 115.

[19] Eine kleine Veranschaulichung wäre dafür z.B. die Inhaltliche Zuspitzung des Blockupy-Aufrufs von diesem zum letzten Jahr:

1. 2013: <http://blockupy-frankfurt.org/aufrufe/blockupy-frankfurt/>

2. 2012: <http://www.avanti-projekt.de/news/blockupy-frankfurt>

Über Kinderkrankheiten und roten Jakobinismus

AK SOCIÉTÉ DES ÉGAUX

„Der ´linke Radikalismus´ - die Kinderkrankheit des Kommunismus“ - das ist der Titel einer Schrift, die Lenin im Jahr 1921 veröffentlichte, und die sich gegen Positionen richtete, die man heute als „rätekommunistisch“ bezeichnet. Ist schon diese linkskommunistische Strömung in weiten Teilen in Vergessenheit geraten, so gilt das inzwischen auch für Lenins Kritik. Die darin enthaltene Argumentation lohnt sich dabei auch heute noch nachzuvollziehen. Es geht dabei nicht um die Revision bolschewistischer Verbrechen. Es geht darum, Lenins Position in einer marxistischen Theorietradition stehend begreifbar zu machen und sich nicht mit dem vorschnellen Argument gegen die vergangenen Grauen zu immunisieren, man müsse doch nur gegen den Staat sein, um moralisch und strategisch auf der richtigen Seite zu stehen.

1917 begann die Phase der russischen Revolution, welche die Bolschewiki mit der Eroberung der Staatsmacht, der endgültigen Zerschlagung des Zarismus und dem Vertreiben der Kerenski-Regierung zu ihren Gunsten entscheiden sollten. Im Folgenden wurde der Versuch unternommen alle Industrien des Landes unter das Kommando des roten Staates zu bringen. So wollte der Bolschewismus durch staatliche Planung, Verwaltung und Terror den Kommunismus verwirklichen. Ungeachtet dessen war die Forderung der Bauern - welche das Gros der russischen Bevölkerung ausmachten - nach Unabhängigkeit von den Landadeligen und Fürsten, nach Land und Freiheit, ihrem Wesen nach eine frühbürgerliche.

Früh erkannten einige vor allem deutsche und niederländische Kommunisten, dass diese repressive Verwaltung und Verstaatlichung der Individuen dem historischen Stand russischer Produktionsverhältnisse entspräche und eben durch das Wirken dieser Produktionsverhältnisse selbst nicht den Weg zur Assoziation der Freien und Gleichen beschreiten könne.

Lenin widmete dieser Position die Schrift „Der ´linke Radikalismus´ - die Kinderkrankheit des Kommunismus“ (1921). Die darin enthaltene Argumentation lohnt sich auch heute noch nachzuvollziehen. Es geht dabei nicht um die Revision bolschewistischer Verbrechen. Es geht darum, sie in einer marxistischen Theorietradition stehend begreifbar zu machen und nicht sich mit dem Argument gegen die vergangenen Grauen zu immunisieren, man sei ja gegen den Staat und der Bolschewismus sei Staatssozialismus gewesen.

1. Kinderkrankheit rising!

Wie definieren wir den „linken Radikalismus“, den Lenin angreift? Gemeint ist die rätekommunistische Strömung, welche sich zunächst aus der Einsicht heraus, der bürgerliche Staat sei kein neutrales Gremium, sondern Garant des bürgerlichen Privateigentums, in linke Opposition zur (offiziell noch marxistischen) SPD setzte. Nach dem ersten Weltkrieg formierte sich der Linkskommunismus dann in Opposition zur KPD sowohl in negativer Bewertung des strategischen Gebrauchs von konformen Gewerkschaften und dem Parlament, als auch im Streit über die Rolle der Partei.

1.1. Die linke Opposition in der kommunistischen Arbeiterbewegung

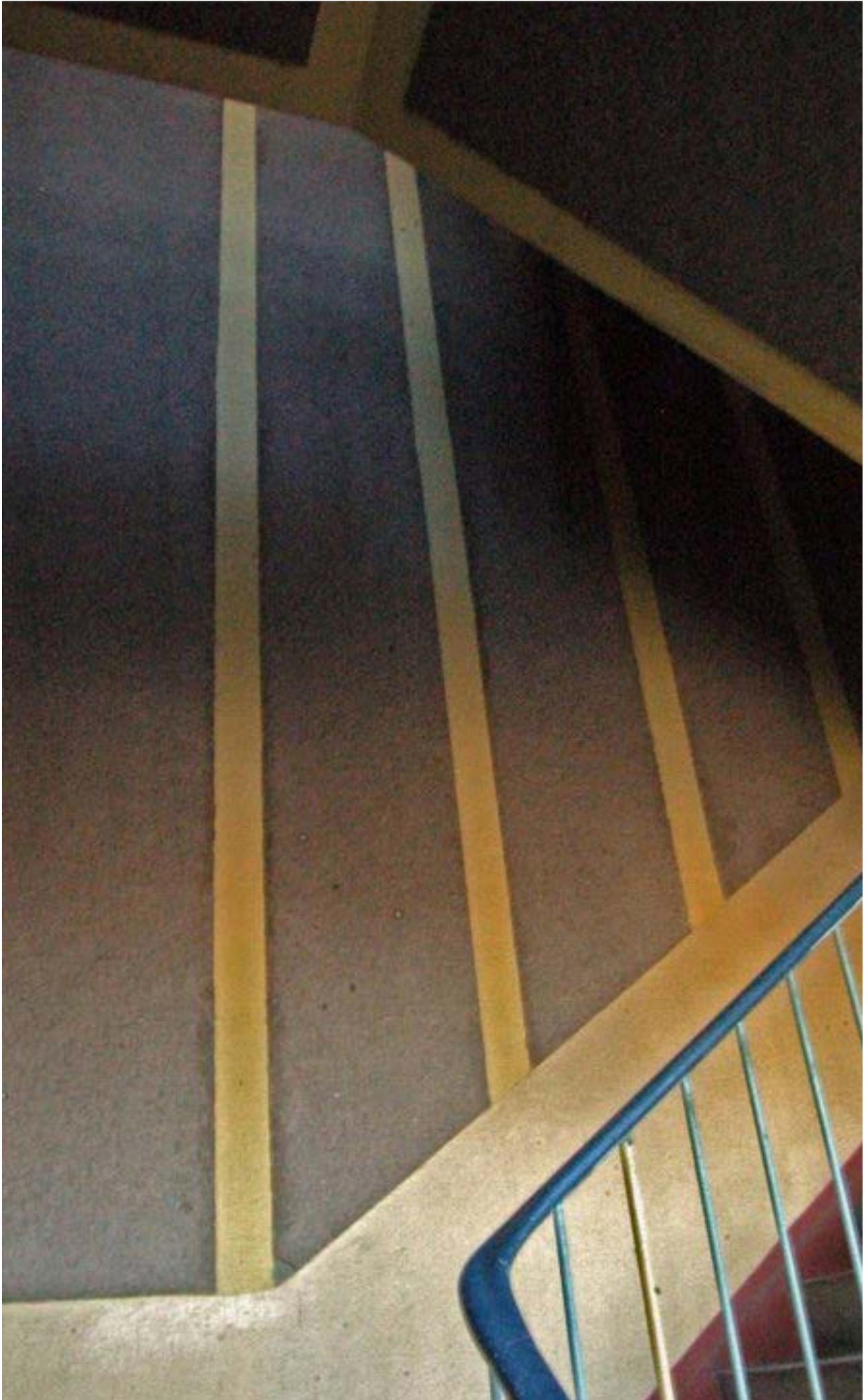
Rosa Luxemburg und der Niederländer Anton Pannekoek [1], waren schon vor 1917 Teil der linken Opposition in der SPD, welche eher den „Nurparlamentarismus“ kritisierte und die Gewerkschaftspolitik problematisierte, die nicht auf die sozialistische Umwälzung der Verhältnisse zielte, sondern nur deren Fortdauern begünstigte. Früh analysierte Pannekoek das Bürokratiephänomen, welches linkskommunistischer Kritik an der traditionellen Arbeiterbewegung wohl bis heute ein Gegenstand ist: Gewerkschaften und Partei seien durch ihre hierarchische Struktur und ihren Funktionärsapparat eingebunden in den kapitalistischen Normalvollzug. Die sozialistischen Parlamentarier würden durch ihre Stellung eine Anpassung an bürgerliche Politik erfahren und den revolutionären Elan der Arbeiterbewegung schon aus Eigeninteresse und ideologischer Zurichtung lahmlegen. Ähnlich verhalte es sich mit Gewerkschaftsfunktionären, welche schon zu ihren Gunsten im Zweifelsfall den Kompromiss im Lohnkampf eingingen.

Auf dem Heidelberger Parteitag 1920 wurden die Linksradikalen in der KP, die die Reichstagswahlen und die konformistischen Gewerkschaften boykottieren wollten, von der Lévi-Führung [2] in eine Minderheitenposition gedrängt und ausgeschlossen. Aus dieser Abspaltung ging die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) hervor. Ende 1920 vereinigten sich KPD und die Mehrheit der USPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei, welche vor allem eine kommunistische Massenbasis erlangen sowie Kontakt zu den Gewerkschaften halten wollte. Die vereinigten Kommunisten versuchten zunächst Rätegedanken und strategischen Parlamentarismus zu vereinen. Die organisatorische und agitative Einbindung in den Hamburger Aufstand 1923 brachte

die Illegalisierung der KP mit sich. Nach Ende der Illegalität 1924 fand unter Stalins Einfluss eine starke Anpassung an bolschewistische Organisationsmuster statt, an Zentralisation und weniger Demokratie. Bis 1927 wurde wiederum der linke Flügel, der nach dem Hamburger Aufstand zunächst dominierte, aus der Partei ausgeschlossen und Ernst Thälmann übernahm als Kandidat Stalins die Führung.

1.2. Rätewelt als Dominanz der kommunistischen Betriebe

Die Rätewelt wurde durch die KAPD als Diktatur des Proletariats gedacht. Diese räteweltliche Verfügung über die Produktion sollte eine politische Partizipation der anderen Klassen ausschließen, sodass die Arbeiter die Ökonomie selbstverwaltet transformieren könnten. Die Räte sollten in dieser Transformation als die basalen politischen Entscheidungsgremien aller gesellschaftlichen Belange fungieren. So wurde ein rein ökonomischer Kampf propagiert, welcher auf die Macht in den Betrieben zielte, weil der Kampf im Parlament zur Anpassung an bürgerliche Politikformen nötige. Als Organ dieses ökonomischen Kampfes diente die AAUD (Allgemeine Arbeiter Union Deutschlands), welche die betriebliche Organisation der KAPD darstellte, allerdings eine relativ große Autonomie genoss. Einen Einblick in strategisch-programmatische Positionen des AAU kann uns folgender Text eines Flugblattes vermitteln: „Das Endziel der AAU ist die herrschaftslose Gesellschaft, der Weg zu diesem Ziel ist die Diktatur des Proletariats als Klasse. Die Diktatur des Proletariats ist die ausschließliche Willensbestimmung der Arbeiter über die politisch wirtschaftliche Einrichtung der kommunistischen Gesellschaft vermöge der Räteorganisation.“



Die KAPD hatte zu ihrer Gründung 1920 etwa 80.000 Mitglieder und stand für eine radikale Opposition gegen den bürgerlichen Staat und Parlamentarismus. Bis 1921 war sie noch Mitglied in der III. Internationale, wo sie zunächst von den Bolschewiki als die radikalste Kraft in Deutschland unterstützt wurde. Anton Pannekoek und Hermann Groter gründeten, von der KAPD inspiriert, die Niederländische KAPN. Die Niederlande wurden Mitte der 20er Jahre Zentrum rätekommunistischer Theoriebildung. Inhaltlich lässt sich durchaus eine Nähe zur sowjetischen Arbeiteropposition ziehen, dem linksradikalen gewerkschaftlichen Flügel der Bolschewiki, die versuchte, sich der Bürokratisierung der Revolution zu widersetzen und die Autonomie der Räte zu bewahren.

Das Wirken in den traditionellen Gewerkschaften wurde abgelehnt, weil die Bürokratie den Kampf korrumpiere und letztendlich das Aushandeln des Kompromisses den Kern gewerkschaftlicher Arbeit darstelle. Der Partei kam hier lediglich die Rolle der Koordination der Kämpfe zu, sowie die einer Schulungsinstanz des proletarischen Bewusstseins. Die große Autonomie, welche die einzelnen Gruppen genossen, sowie ihre Erwartung einer baldigen Revolution, die unter anderem auf die „Todeskrisenthese“ [3] rekurrierte und die damit einhergehenden Maximalforderungen, trieben Partei und Union im Laufe der 20er Jahre immer mehr ins politische Abseits. Die politische Strategie war auf die Erwartung einer baldigen Revolution gemünzt. Diese Erwartung führte zum Beispiel während des Mitteldeutschen Aufstands zum blinden Aktionismus KAP naher Guerillagruppen. Auch antiintellektuelle Entgleisungen einzelner Gruppen führten zur Isolation der Partei. Die erstarkende Tendenz zu einer föderalistischen Struktur sowie eine Ideologie des

Misstrauens gegen jede Autorität, sei es auch eine wissenschaftliche, sachgebundene, führte zu enormen Spaltungstendenzen. Resultat war eine Fülle von Politsekten, teils mit marxistischem, teils mit anarchistischem Grundverständnis.

1.3. Ausweitung des Rätegedankens

1926 wurde die Gruppe internationaler Kommunisten Hollands gegründet, die das Zentrum rätekommunistischer Theoriebildung wurde. Hier waren die federführenden Personen Pannekoek, Jan Appel und Henk Canne Meijer. Sie unterhielt enge Kontakte zur Berliner Kommunistischen Arbeiter Union - Sammelbecken für Überbleibsel der KAPD - und zu den Industrial Workers of the World (IWW). Das Proletariat müsse sich seiner historischen Rolle als Aufhebungssubjekt und Überwinder der Klassenherrschaft bewusst werden. Die objektiven Bedingungen zur proletarischen Revolution schienen vielen westeuropäischen Rätekommunisten gegeben. Problem sei das Bewusstsein der Klasse. Aus dem Programm der KAPD von 1920: „Die subjektiven Momente spielen in der deutschen Revolution eine entscheidende Rolle. Das Problem der deutschen Revolution ist das Problem der Selbstbewusstseinsentwicklung des Proletariats“. So schien die Taktik der selbstständigen Praxis mit so wenig Eingriff der Führenden als möglich zum Schaffen eines praktischen Selbstbewusstseins des Proletariats plausibel und notwendig.

Autoren wie der 1886 geborene Karl Korsch („Was ist Sozialisierung?“, Berlin 1919) entwickelten den Rätegedanken über das Betriebsrätemodell hinaus weiter. Die Verbindung von Produzenten- mit Konsumentenräten sollte die Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (z. B. Rentner) an der Steuerung des

gesellschaftlichen Produktionsprozesses sicherstellen. Verstaatlichung wurde nur als eine - und nicht die wichtigste - Form der Sozialisierung betrachtet.

Pannekoek skizzierte die Trennlinien zwischen Rätekommunismus und dem leninistischen oder lévischen Pragmatismus folgendermaßen: „Die eine Richtung will durch Wort und Tat die Köpfe revolutionieren, aufklären und sucht dazu die neuen Prinzipien möglichst scharf den alten überlieferten Anschauungen gegenüber zu stellen. Die andere Richtung versucht die Massen, die noch abseits stehen für praktische Tätigkeit zu gewinnen, will dazu möglichst vermeiden, was sie abstoßen könnte und hebt statt des Gegensatzes vor allem das verbindende hervor.“ Sehen wir uns den zweiten, leninschen Standpunkt genauer an:

2. Kritik des Rätekommunismus: Lenins Kinderkrankheitsschrift

2.1. Die leninsche Staatsinterpretation.

Hatte Lenin sich 1916 noch für eine linksradikale Partei ausgesprochen, die sich von der zentristischen Linken (etwa USPD in Deutschland) abzugrenzen habe, so standen die Zeichen 1920 anders, als er den linken Radikalismus Westeuropas auf's Korn nahm. Dieser Kurswechsel erklärt sich, wenn man Lenin als Revolutionsstrategen versteht. Seine Marx-Interpretation ist bestimmt von einem revolutionären Pragmatismus, vor allem auf die Kämpfe und Konflikte der bolschewistischen Partei zugeschnitten. Die weitere Entwicklung der Sowjet-Union hing stark vom Gelingen der Revolution in Westeuropa ab. Lenins Hoffnungen lagen vor allem auf der deutschen Arbeiterbewegung. Er sah die Strategie, welche in Russland - wenn auch unter anderen

Voraussetzungen - zur Eroberung der Macht gezeichnet hatte, in Deutschland durch Zielvorstellungen und Taktik der linken Kommunisten gefährdet. So ist die Kinderkrankheitsschrift (1920) als eine Art Intervention zu verstehen.

Was zunächst von den Vorstellungen des Linkskommunismus divergiert, ist Lenins Vorstellung, der zentralisierte Parteiapparat des demokratische Zentralismus habe nach Zerschlagung des alten Staatsapparates die Diktatur des Proletariats nicht als Herrschaft der Räte, sondern als Staatsdiktatur der Partei des Proletariats zu ersetzen. Die Produktionsmittel werden also verstaatlicht - bei Integration der Räte in den Staatsapparat, was den faktischen Tod der Räte bedeutete. Durch diese Aufhebung im Volksstaat soll dessen eigenes Absterben in ihm selbst angelegt sein. Der Staat fungiert hier wie schon bei Engels überhistorisch vor allem als Gewaltinstrument zur Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen. Wenn das Proletariat die Klassenherrschaft abschaffe, werde der Staat nach der Niederringung der Bourgeoisie überflüssig.

2.2. Die Überlegenheit der Partei.

Das Problem liege nicht in der Partei, so Lenin, sondern in der Disziplin der Partei und in ihrer Taktik. Die straff organisierte Kaderpartei sei fähig, den Parlamentarismus von innen auszuhöhlen ohne ihm anheim zu fallen und gleichzeitig mehr befähigt, die zum Reformismus neigenden Massen zu erreichen. Die Spontaneität des proletarischen Bewusstseins, auf dessen revolutionäres Potential Rosa Luxemburg noch gesetzt hatte, würde nicht die Systemfrage stellen, sondern eher dem Sozialkompromiss zugeneigt sein. Deshalb könne nur die Partei die Massen radikalieren und diese an sich binden.

In der Kinderkrankheitsschrift schreibt er: „Die Kritik - und zwar die schärfste, schonungsloseste, unversöhnlichste Kritik - ist nicht gegen den Parlamentarismus oder gegen die parlamentarische Tätigkeit zu richten, sondern gegen jene Führer, die es nicht verstehen, die Parlamentswahlen und die Parlamentstribüne auf revolutionäre, auf kommunistische Art auszunutzen, und noch mehr gegen diejenigen, die das nicht wollen. Nur eine solche Kritik, natürlich verbunden damit, daß man die untauglichen Führer fortjagt und durch taugliche ersetzt,[...]“. Um das Proletariat überhaupt zu erreichen, so Lenin, sei es ebenfalls notwendig in den Organisationen der Werktätigen, also auch in den Gewerkschaften, zu agitieren. Beide Foren nicht zu nutzen - Gewerkschaften und Parlament - sei gleichbedeutend mit dem Verlust des Einflusses auf die Massen.

3. Kritik der Kritik.

Lenin verfällt mit seiner Vorstellung vom proletarischen Staat ohne es zu merken in eine idealistische Geschichtsauffassung. Er geht davon aus, dass dieser sich zwangsläufig selbst aufheben müsse. Somit setzt er das Proletariat als das die Freiheit verwirklichende Subjekt. Er betrachtet keine wirklichen Verhältnisse und Möglichkeiten. Er reflektiert nicht, dass mit dieser Staatlichkeit neue Eliten mit materiellen Interessen entstehen müssen, was in Form einer kleinbürgerlichen Nomenklatura tatsächlich geschehen ist. Somit geht auch sein Appell an den individuellen Willen der Parteiführer, die in den parlamentarischen Strukturen oder in den Gewerkschaften auf Kurs bleiben müssen, fehl. Er tut den Einwand, dass die objektive Macht dieser bürgerlichen Institutionen eher die Revolutionäre verschlucken könnte als Gewäsch ab. Ein wenig dialektisches Urteil.

4. Kritik des roten Jakobinismus und seiner Voraussetzungen.

Während von 1917 bis in die frühen 20er Jahre auch in rätekommunistischen Kreisen auf die russische Revolution große Hoffnungen gesetzt wurden, brachten Ereignisse wie etwa die Ablehnung linkskommunistischer Strategie durch den zweiten Kominternkongress 1920 und die Niederschlagung des Matrosenaufstandes von Kronstadt,

Im März 1921 kam es im russischen Kronstadt zu einem Marineaufstand, welcher sich gegen die Integration der Sowjets (Räte) in die Partei richtete. Trotzki's rote Armee schlug diesen erbarmungslos nieder. Etwa zeitgleich lief die Neue Ökonomische Politik der Bolschewiki an, welche in der zentralisierten Wirtschaft wieder marktwirtschaftliche Formen zuließ. Mit dieser Politik wurde bezweckt, die bürgerkriegsgeschüttelte Wirtschaft wieder anzukurbeln. In diesem Kontext lässt sich Lenins Kinderkrankheitsschrift als ein Zurück zur Realpolitik verstehen.

aber auch der Kompromiss mit den Bauern (Landverteilung statt Kollektivierung) die Rätekommunisten in eine grundsätzliche Oppositionshaltung zum Bolschewismus. Was folgte, war eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Leninismus und seinen Grundlagen.

Während zunächst die Zugeständnisse an die Bauern, die massive Verstaatlichung, die Bürokratisierung - damit das Schaffen einer neuen kleinbürgerlichen Schicht von Beamten, die die Herrschaft ausübte, sowie Kommandowirtschaft und Kriegskommunismus skandalisiert wurden, machte sich bald die Einsicht breit, dass dieses Vorgehen den objektiven Bedingungen russischer Produktionsverhältnisse

geschuldet sei, in denen sich die bürgerliche Gesellschaft noch nicht entfaltet habe.

4.1. Nachholende Revolution?

Die Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands kritisiert in ihren 1934 veröffentlichten Thesen über den Bolschewismus die russische Revolution als ein Klassenbündnis des Proletariats und der Kleinbauern, welches die Bolschewiki als „Jakobinische Intelligenz“ geschmiedet hatten. Das Proletariat, von welchem nach Marx die kommunistische Revolution ausgehen müsse, die alle Klassen aufhebt, habe sich in Russland noch nicht genügend ausgebildet. Bestimmend wären die Bauern, welche ökonomisch und ideologisch noch nicht einmal in der bürgerlichen Gesellschaft angekommen seien. Der Revolution der Bolschewiki sei so die Rolle der nachholenden bürgerlichen Umwälzung zugefallen, welche die Bourgeoisie nicht einnehmen konnte, weil sie zu sehr in den Machtapparat der feudalen Aristokratie und des Zarismus verquickt gewesen sei. „[...] Der Bolschewismus hat die historische Aufgabe der bürgerlichen Revolution im feudalistisch-kapitalistischen Rußland mit Hilfe der aktiven Kampfzweck Proletariat gelöst. Er hat sich zugleich die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse angeeignet und seinen Zwecken entsprechend umgeformt. Der „Marxismus-Leninismus“ ist nicht Marxismus, sondern Füllung der den Zwecken der bürgerlichen Revolution in Rußland angepaßten marxistischen Terminologie mit dem sozialen Inhalt der russischen Revolution.“, so die 33. These. Ähnlich wie in der französischen Revolution habe sich das Kleinbürgertum, hier organisiert in der Avantgarde der Kommunistischen Partei, an die Spitze der revolutionären Bewegung gesetzt und die Macht im Staat als Bürokratie übernommen. Die nachholende Modernisierung

hat der rote Staat mit den Mitteln der Zwangskollektivierung und Zwangsarbeit durchgesetzt. Die Revolution der Bolschewiki musste bürgerliche Produktionsverhältnisse durchsetzen und wollte gleichzeitig über sie hinaus. Als Quintessenz der Debatte lässt sich somit die richtige Feststellung linker Kommunisten markieren, dass die russischen Bedingungen für eine kommunistische Revolution nicht reif waren, wodurch diese in der sozialen Katastrophe enden musste, in der sie endete. Andererseits war diese Revolution eben auch auf Grund dieser Bedingungen unvermeidbar, sie war nur nie fähig den frühen Kommunismus wie Marx ihn in der „Kritik des Gothaer Programms“ (1875) andeutet, einzuläuten. Historisch sind beide Ansätze gescheitert. Was lässt sich für uns aus dieser Einsicht gewinnen?

5. What about today?!

Natürlich verlaufen die Trennlinien einer Debatte um den Staat und die Institutionen im Kommunismus heute anders als in den 20er Jahren, so wie die Voraussetzungen für kommunistische Praxis heute völlig andere sind. Die Erfahrung, dass die Bewegung der Klasse in Krisen und Todeskrisen, in die Judenvernichtung führte und immer wieder eher in rassistisches und antisemitisches Menschenschlachten, statt in eine progressive Bewegung mündete, die das Privateigentum aufhebt, ist evident. Dennoch kann die Praxisverweigerung dem Verein freier Menschen nicht zuträglicher sein, als eine Praxis, die noch bereit ist sich eigenen Widersprüchen zu stellen und diese zu reflektieren.

Was sind die Voraussetzungen unter denen eine radikale Linke heute agiert und wo sollte sie agieren?



Das Parlament ist ein politisches Forum, das es ermöglicht emanzipatorische Inhalte zumindest publik zu machen und welches es gegenwärtig unterlegenen Gruppen bis zu einem gewissen Grad möglich macht, sich zu artikulieren. Dass die Inhalte nur zum Teil - wie etwa Schwulen- und Lesben-Emanzipation - durchgesetzt werden können, liegt in der Natur des bürgerlichen Staates: Die

Vergesellschaftung der Produktionsmittel und ihres Gesamtproduktes wird über das Parlament nicht zu erkämpfen sein. Auf dieses Forum zu verzichten allerdings, würde bedeuten, einen wichtigen Vorposten zur Erringung der gesellschaftlichen Hegemonie zu verlieren. So wäre der Kontakt und die partielle Kooperation mit linksreformistischen Parteien wie die Linke nicht kategorisch auszuschließen.



Ähnlich verhält es sich mit den Gewerkschaften. Ihrer Funktion nach sind sie als Mittler zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit integraler Bestandteil des kapitalistischen Normalvollzuges. Doch sind sie Organisationen von anpolitisierten Lohnarbeitenden, welche gerade bei Zuspitzung der sozialen Kämpfe im Rahmen autoritärer Krisenverwaltung radikalisiert werden könnten. Die Generalstreiks in Spanien, Portugal und Griechenland 2012 weisen möglicherweise auf eine solche Radikalisierung hin oder brechen zumindest aus sozialpartnerschaftlichen Strategieförmern aus. In diesem Zusammenhang Gewerkschaften grundsätzlich als Gesprächspartner auszuschließen, kommt nicht ernsthaft in Frage. Es wäre also zu plädieren für eine revolutionäre Doppelstrategie die bestehende Strukturen nutzt, Widersprüche in sie hineinträgt und gleichzeitig neue Strukturen schafft und stützt, die tendenziell dazu geeignet sind oder dazu ausgebaut werden könnten eine durch Wert und Staat vermittelte menschliche Praxis zu ersetzen. Ich bin nicht geneigt aktuell aus der Krise

hervorgehende Protestforen oder Formen der Selbstverwaltung zum Vorschein des Kommunismus zu verklären. Was uns bevorsteht ist ein steiniger Weg der Aneignung unserer gesellschaftlichen Natur und die ist ohne bewusste (Selbst-) Verwaltung bisher von Tausch vermittelter und vom Staat verwalteter Lebenstätigkeit nicht zu haben. Der Rätegedanke war ideeller Vorschein der Aneignung der Produktion durch die Produzenten, welche der Staatssozialismus wiederum enteignete. Das Verhältnis linksradikaler Praxis zum Staat muss immer auf dessen Abschaffung zielen, sich aber nicht durch seine Dämonisierung ins Abseits manövrieren. Der Widerspruch zwischen der Gefahr gesellschaftlicher Marginalität und dem an sich bürgerlichen Charakter der Institutionen, der eine Bewegung zu verändern droht, bleibt weiterhin erhalten und muss immer wieder theoretisch aktualisiert und reflektiert werden. Die Praxis muss sich zu diesem Widerspruch ins Verhältnis setzen.

Literatur:

Hans Manfred Bock: Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt/Main 1976.

W.I. Lenin, Werke, Bd.31.

Anton Pannekoek, Dietmar Behrens und Paul Mattick: Marxistischer Anti-Leninismus . - Freiburg: ça-ira Verl., 1990.

Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft (2012), H. 168.

Anmerkungen:

[1] Anton Pannekoek (1873- 1960); niederländischer Astronom und Astrophysiker; Rätekommunistischer Theoretiker; war in der deutschen und niederländischen Arbeiterbewegung aktiv; früher Kritiker Lenins.

[2] Paul Lévi (1883- 1930); erst SPD Mitglied, dann KPD Mitbegründer; sorgte mit seiner Forcierung zur Vereinigung mit der USPD zur VKPD für die Linksabspaltung der KAPD.

[3] Das schließt an Luxemburgs Imperialismusthese an: Nach der imperialistischen Einnahme und Verteilung aller Absatzmärkte müsse die Überproduktion in eine Überakkumulationskrise münden, welche die soziale Revolution forcieren.





It's just the beginning... Perspektiven antinationaler Vernetzung

AG „INTERNATIONAL AFFAIRS“
des Antifa AK Köln (www.antifa-ak.org)

Vier Jahre ist der „legendäre“ Tag mittlerweile her, an dem Griechenlands Ex-Premierminister Papandreou aus seiner Yacht heraus annoncierte, dass Griechenland die finanzielle Situation nicht alleine meistern wird. Die Nachricht raste um die Welt. Das Vertrauen in den Euro verschwand spätestens an diesem Zeitpunkt und die Staatsschuldenkrise war nicht mehr zu leugnen.

Es folgte, was angeblich „folgen musste“, um die Lage Europas unter Kontrolle zu bekommen. Austerität, soziale Zertrümmerung und nationale Rollbacks mithin bis faschistische Szenarien. Wir widersetzen uns all diesen Krisenlösungsansätzen und fordern nichts weiter als den revolutionären Bruch, den unversöhnlichen Akt der Negation mit einem System, das auch in seinem Normalvollzug krisenhaft genug ist. Ein elementarer Schritt dorthin ist die europäische Vernetzung antinationaler Kräfte, den wir mit einer Webplattform in die Tat umsetzen möchten.

Crisis? Systemcrisis!

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse basieren grundsätzlich auf der Ausbeutung von Menschen in und durch Lohnarbeit. Sie sind deshalb auch bereits im Normalbetrieb ursächlich für Ausbeutung und in Folge Elend. Krisen sind nicht Schuld an dieser Misere, sondern ihre notwendige Folge. Sie sind Ausdruck dieser Verhältnisse und nicht zuletzt dazu geeignet, den menschenfeindlichen Charakter dieser Gesellschaft zu veranschaulichen. Kapitalistische Zwänge bestimmen

aber nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen, die Sphäre der Produktion. Die derzeitige Staatsschuldenkrise offenbart auch eine Krise der Reproduktion – all jener Tätigkeiten und sozialen Bereiche, die vermeintlich abseits kapitalistischer Ausbeutung tatsächlich doch deren Grundlagen sichern und erneuern. Der Kapitalismus und seine Staaten versuchen sich durch eine brutale innere Landnahme zu sanieren. Sie zerschlagen dabei soziale Garantien am laufenden Band. Abgeschafft gehört der Kapitalismus also nicht nur wegen, sondern auch jenseits von Krisen.

Es ist für sozialrevolutionäre Linksradi-kale unbedingt notwendig, gängige ideologische Verdrehungen dieser Tatsache anzugreifen: nicht faule Volksgruppen bzw. Minderheiten sind an der Misere schuld, auch nicht Banken und gierige Politiker_innen. Die Finanzialisierung hat die Krise nur herausgezögert und war des Kapitals letzte Zuflucht. Im Konkurrenzkampf abgeschlagene Nationalstaaten des Euro-Raums – z.B. Griechenland – können ihre Währung nicht abwerten und die Krise „wie immer“ lösen; somit ist im und durch das Projekt Euro die Kacke wie noch nie zuvor am dampfen. Irgendwie sitzen alle – ob sie wollen oder nicht – im gleichen Boot. Für Griechenland dreht sich die Scheinwahl zwischen Euro „Ja/Nein“ nur um die Frage nach Pest oder Cholera. Umgekehrt hieße die vermeintliche Lösung für das „lästige“ Griechenland-Problem mit dem Ausschluss aus der Zone u.a. eine Menge nicht bezahlter Schulden, vor allem an Deutschland.

Deutsche Federführung in
der „Nation Europa“

Fährt man gegen die Wand, fragt man sich immer: wie ist es eigentlich so

weit gekommen? Auch wir fragen das und halten einen kleinen Abriss der Geschichte des Euro-Raums und der Weltmachtansprüche der BRD dafür geeignet. Dabei stellen wir fest: ein Szenario wie dieses kommt nicht völlig überraschend.

Klare Nutznießerin des Projekts EU und der dazugehörigen Einheitswährung ist Deutschland. Die junge BRD und ihre ganze westeuropäische Umgebung wurde mithilfe der USA gegen den Ostblock in Stellung gebracht. Die vor allem von den europäischen Nachbar_innen geäußerten, vor allem nach dem Nationalsozialismus begründeten Ängste vor einem neuem Großdeutschland wurden mittels ökonomischen Gemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Atomgemeinschaft etc.) in Zaum gehalten. Als Reaktion auf den Nationalsozialismus erhielt das Europa anno 1945 dadurch eine frühe gemeinsame Identität, indem bestimmte ökonomische Sektoren und Ressourcen zusammengelegt und transnationalisiert wurden. Die liberale Utopie des „ewigen Friedens“ fand sogar im EKSG-Vertrag ihren Ausdruck, als die Überwindung „jahrhundertelanger Rivalitäten“ durch diesen Schritt gefeiert wurde.

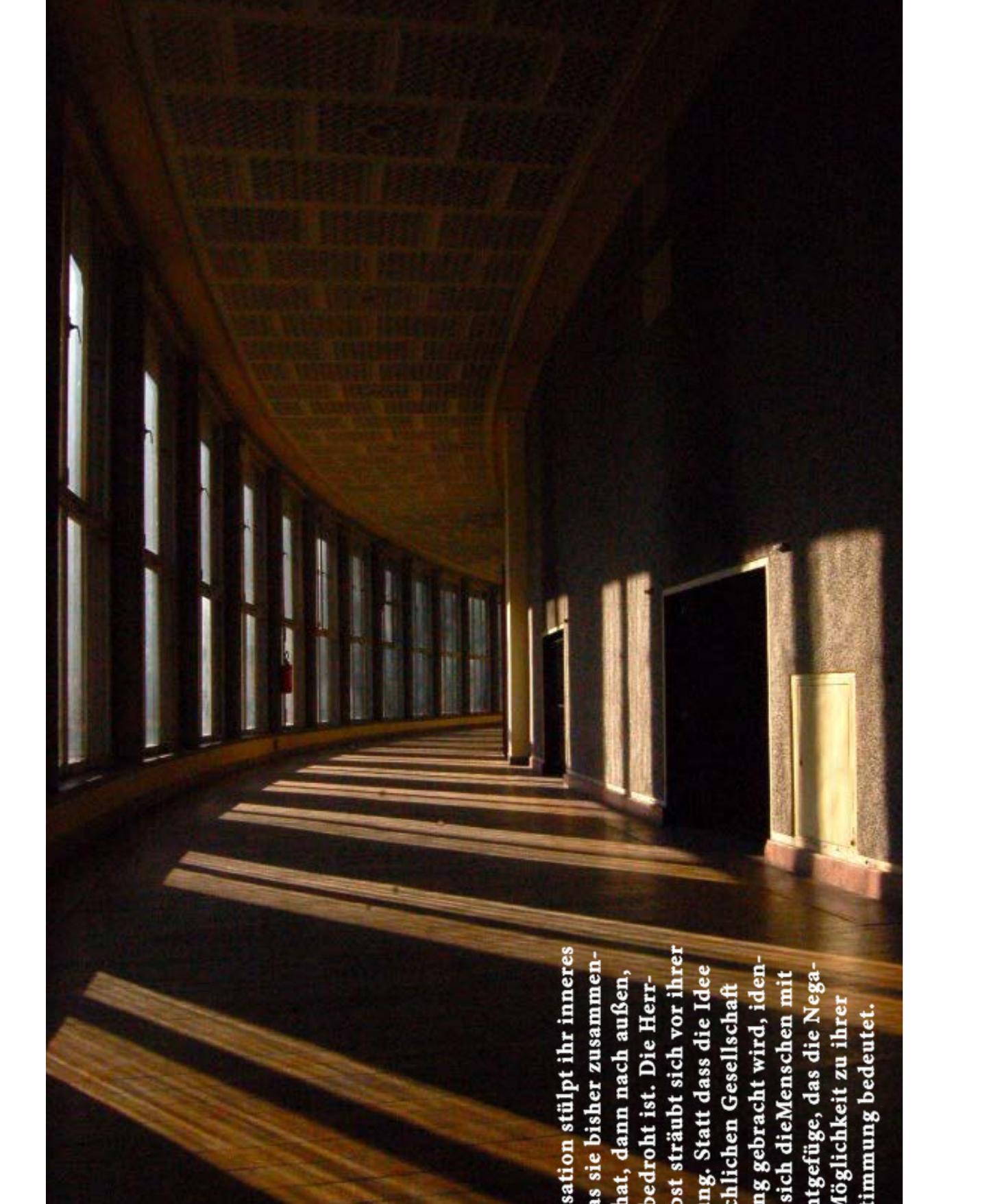
Der Vormarsch Deutschlands durch das Europa der Nationen – wie noch zu Beginn und Mitte des Jahrhunderts durch zwei Weltkriegen versucht – wurde somit eingedämmt. Doch das begrub nicht die Weltmachtansprüche der BRD, die auch innerhalb dieser Gemeinschaften nach wie vor den Titel „Wirtschaftslokomotive“ anstrebte. Der neue Plan lautete, die vermeintliche „Nation Europa“ unter deutscher Federführung als Spitzenreiter auf die vordersten Ränge des kapitalistischen Weltmarktes zu führen und sich mit den großen Playern wie den USA um die ganz

großen Kuchenstücke des Kapitalismus zu streiten. Um das zu gewährleisten, werden auch mal nationale Opfer geduldet, wie die Verlagerung von gewissen politischen Kompetenzen nach Brüssel oder aktuell die Abgabe von Krediten an Südeuropa gegen den Totalkollaps – unter strengen Bedingungen, versteht sich.

Die Grundsteinlegung der ökonomischen „Nation Europa“ begann Mitte/Ende der 70er Jahre, als der Plan des Keynesianismus kollabierte und die Zeit des Neoliberalismus mit dem Zweck der Deregulierung anbrach. Die Auswirkungen dessen drücken sich zum einen im Rückzug des Staates aus dem Marktgeschehen sowie zum anderen in der totalen Ökonomisierung der Gesellschaft aus. Alles wird so zur Funktion der Kapitalverwertung, alles ist – vor jeder anderen sachlichen Erwägung und Entscheidung – den Kriterien der Betriebswirtschaft zu unterwerfen. Alles, von der Familie bis zu den Universitäten und teilweise bis zum Staat, ist zunächst: Betrieb. In dieser Zeit begannen konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung einer europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion, die letztendlich im Euro endete und zunächst die innereuropäischen Schranken für Deutschlands Exportdrang öffnete.

Self fulfilling prophecy?

Durch den Euro sind Deutschlands Weltmachtansprüche über den Umweg Europa als größter Binnenmarkt-Exporteur durchaus realistisch geworden, wie der hart umkämpfte (mittlerweile unter Zähneknirschen abgegebene) Titel „Exportweltmeister“ verrät. Problematisch aus Sicht der BRD an dieser Konstellation ist lediglich, dass dieser Weg nicht lange Bestand hatte und das absehbar war. Einfach ausgedrückt kann man sagen: Wo es



Die Zivilisation stülpt ihr inneres Wesen, was sie bisher zusammengehalten hat, dann nach außen, wenn sie bedroht ist. Die Herrschaft selbst sträubt sich vor ihrer Abschaffung. Statt dass die Idee der menschlichen Gesellschaft zur Geltung gebracht wird, identifizieren sich die Menschen mit dem Machtgefüge, das die Negation der Möglichkeit zu ihrer Selbstbestimmung bedeutet.

Gewinner_innen gibt, sind Verlier_innen nicht fern. Dass der Exportdrang Deutschlands – der Garant des Erfolgs – vor allem auf die Binnenindustrien der innereuropäischen Abnehmerstaaten schlagen und dort schwerwiegende ökonomische und politische Krisen auslösen würde, ist eine Sache des kleinen Einmaleins. Neben ihrem materiellen Elend bekommen die strukturell vorausgesetzten Verlierer_innen dieses Hauen-und-Stechens noch die ideologische Keule von „Pleitegriechen“ bis „faule Südländer“ umsonst oben drauf.

Bei formaler Analyse der Währungsunion lässt sich die These einer self fulfilling prophecy des Scheiterns in den Raum werfen. Die „Nation Europa“ war nämlich über gewisse ökonomische und finanzpolitische Aspekte hinaus nie eine Nation im Sinne einer zentralen politischen Verwaltung, wie etwa das häufig als Vorbild diskutierte Modell der Vereinigten Staaten von Amerika. Das wird dem Projekt Europa derzeit zum Verhängnis. Gewisse Deregulierungsmaßnahmen sind zweifelsohne nationalstaatliche Angelegenheiten und wurden auch als solche ausgeführt. Aber das Ziel eines funktionierenden und abgesicherten transnationalen Marktes samt einer transnationalen Währung und einer transnationalen politischen Ökonomie erfordert – das zeigt nicht zuletzt die Ratlosigkeit um die aktuellen Lösungsversuche des bisherigen Modells – eine transnationale politische Administration: eine neoliberale verfasste Europäische Union, die die Nationalstaaten vollkommen in sich aufgehoben hätte. Eine solche Administration ist weder vorhanden noch absehbar.

Ein elementarer Grund für das Manöver in solch eine Lage ist das Defizit der neoliberalen Ordnung, nicht systemisch denken zu können und zu wollen. So proklamiert 1960 einer der „Gründerväter“

des Neoliberalismus, Friedrich August von Hayek: nach der „communis opinio“ gelte, „daß die Einzelnen sowohl für den Erfolg als auch für den Misserfolg ihrer Bemühungen verantwortlich gemacht werden.“ Ihr Misserfolg besteht in einer mangelnden „Anpassung“ an die Logik der „spontanen Ordnung“ – also muss diese Anpassung, bei „Misserfolg“, erzwungen werden. Dahingehend verwundert es nicht, dass sich diese Grundannahme im Vertrag über die Europäische Union (AEVU) ausdrückt und sämtliche Krisenpotentiale innerhalb der Währungsunion als Resultat individueller Fehler oder äußerer Ursachen relativiert werden.

„Sanierung“ des Euro und nationaler Rollback – Alles scheisse

Diese neoliberale Losung der Anpassung diktiert Deutschland ganz aktuell mit seinem heißesten Exporteisen im Feuer: Austerität und Sozialkahlschlag. Die Generalprobe auf eigener Bühne dazu lieferte Rot-Grün mit der Einführung von Agenda 2010 und Hartz IV. Arbeitnehmer_innen haben so wenig von ihrem hergestellten Produkt wie keine_r ihrer europäischen Kolleg_innen (Lohnstückkosten) – und das bei einem realen Lohnverfall, der europaweit ebenfalls seinesgleichen sucht. Die großen Gewerkschaften, von Merkel regelmäßig gelobt, scheinen den Klassenkompromiss endgültig geschluckt zu haben und verkommen immer mehr zum verlängerten Arm des Kapitalinteresses, sowie der Standortlogik. Diese auf Rücken von Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Prekarisierten brutal zusammengezimmerten Zustände werden als Argumente für das faktisch gute Abschneiden Deutschlands in der Krise hervorgebracht und sollen nun im Zuge der „Regulierung“ den europäischen Nachbarn aufgezwungen werden.

Die verheerenden Ausmaße allen voran in der sogenannten europäischen „Peripherie“ sind bekannt. Gegen diesen Angriff auf soziale Standards richtet sich – auch das ist kein Geheimnis – allerlei Protest. Ein vor allem von rechtspopulistischer bis faschistischer Seite vertretener Ansatz ist der der Europaskepsis, also die Abkehr von der einst humanistisch beklatschten „Idee Europa“ hin zum alten Kontinent der Nationen – „jeder für sich“ lautet das Motto. Die angebliche Unverträglichkeit der Kulturen bzw. Völker wird heraufbeschworen, das transnationale Projekt des Standorts Europa soll aufgegeben werden. Alle Macht dem eigenen starken Staat. Sowohl Rechtspopulisti_innen wie Pro Deutschland und die „unabhängigen Griechen“ als auch faschistische Parteien wie die NPD und die Goldene Morgendämmerung sind sich darin einig. Hand in Hand geht dieser Rollback mit sämtlichen alten und neuen Separatist_innenbewegungen von Schottland bis zum Baskenland.

Rechte Eurokritik und die Anhänger_innen der großen „Nation Europa“ – so gegensätzlich sie medial ausgespielt werden – sind im gesellschaftlichen Diskurs zwei Seiten einer Medaille. Euroskeptiker_innen und Nazis orientieren sich zwar mehr auf die Herkunft, die EU-Technokrat_innen hingegen mehr auf die Leistungsbereitschaft – doch beide geben herzlich wenig für eine menschliche Einrichtung der Gesellschaft und fördern sich im Ergebnis gegenseitig. Zum Beispiel kann die angebliche Unmöglichkeit kleinster sozialer Zugeständnisse in Europa auf die national agitierenden Euroskeptiker_innen in den jeweiligen Ländern abgeschoben werden. Vor allem die BRD muss allerdings dabei aufpassen, dass das für die Weltmarktansprüche so wichtige Projekt „Nation Europa“ aufgrund nationaler Zugeständnisse nicht unter die Räder gerät. Balance ist gefragt. Nichtsdestotrotz: Schwarzrotgeile „Weltmeister der Herzen“ und rechtsradikale



Angstbeißer_innen liegen im rauen Wind der Standortkonkurrenz nah beieinander. Ob nun neoliberale „Sanierung“ Europas durch Austerität, ob keynesianistische und sozialverträglichere Variante für eine Nation „Europa von unten“ oder gar der totale Rollback in kulturalistische oder völkische Nationenkämpfe: wir fühlen uns durch alle Varianten nur in unserer alten Keule nur bestätigt, der Ablehnung jeder Schickalsgemeinschaft, die Kritik der Nation, und das mehr denn je grenzübergreifend. Die Konsequenz lautet: für einen internationalen Antinationalismus.

Unser Plan C – In die Offensive

Die einzige Lösung des derzeitigen Elends ist und bleibt der revolutionäre Bruch. Gewiss gilt es weiterhin, den sozialrevolutionären Standard zu pflegen, also mit Menschen außerhalb unseres Milieus in Kontakt zu kommen, den Diskurs nach links zu verschieben und den hiesigen Protesten unseren Stempel aufzusetzen. Doch darüber hinaus möchten wir über den nationalen Tellerrand hinausschauen und mit Menschen, die in ähnlichen Analysen und Prozessen verwickelt sind, in Verbindung treten. Wir wollen die Diskussion forcieren, warum neben dem Plan A (Krisenlösung durch brutales Kürzen und Sparen) der auch in der Linken ersehnte aber ausgediente Plan B (Defizitkonjunktur und Staatsinterventionismus) wirklich nicht das Heil aller Mittel ist und nur den ganzen Misthaufen hinausschiebt. Mehr denn je brauchen wir einen Plan C, die soziale Revolution und „die wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt“ (Marx). In krisenhaften Zeiten wie diesen, wo sich die auch im Normalvollzug vorhanden kapitalistischen Widersprüche noch schärfer ausdrücken, gibt es keinen Grund, eine radikale Idee der Umwälzung der Gesellschaft einem

weichgespülten Diskurs zugunsten der großen Klammer unterzuordnen.

Die Dialektik Hegels lehrt uns, gewisse Dinge von dem, was es zu überwinden gilt, aufzubewahren und mitzunehmen. So z.B. die internationale Mobilität des Kapitals. Heute, wo das Kapital die für ihn sehr fluide gewordenen Staatsgrenzen innerhalb Europas nahezu problemlos überquert, sollten auch wir im Protest gegen ihn nicht in solchen Kategorien verharren. Internationale Vernetzung ist somit für jeden ernsthaften Antikapitalismus auf Höhe der Zeit von fundamentaler Bedeutung, denn nur so können kraftvolle (symbolische) Zeichen gesetzt werden – und auch mehr als bloß das

A new spirit?

Aktuell entstehen weltweit viele diffuse Bewegungen, die an die gescheiterte Antiglob-Bewegung anknüpfen und zumindest einige erste wichtige Akzente setzen: Occupy, die Empörten und der noch nicht beendete arabische Frühling widerlegten das Dogma des Neoliberalismus, es gebe kein Politisches. Andauernde Initiativen gegen Zwangsräumungen in Spanien oder Kämpfe gegen existentielle Kürzungen in England bewahren dieses Moment. Tradierte Protestformen hingegen wie „symbolische“ Generalstreiks oder Großdemonstrationen erleben bisweilen ihre eigene Krise; die Durchsetzung neuer Gesetze in Griechenland durch die Troika lässt sich nicht – wie einst – mit Hunderttausenden Menschen auf der Straße kippen. Über die Sinnhaftigkeit von doch meist symbolisch bleibenden Generalstreiks wird sich mehr und mehr gestritten.

Dies zeigt: die neue Protestdynamik muss ernst genommen werden. Dazu gehören

ein Neuentdecken von grenzübergreifendem Austausch und Koordination. Abgestimmte Aktionen wie M31 oder N14 stellen Versuche dar, die nationale Isolation zu durchbrechen. Aber auch die „neuen“ Aktionsformen wie Dauerstreiks und konkrete Vergesellschaftungsprozesse können nur vernetzt überleben. Vio.Me bei Thessaloniki – eine selbstverwaltete Fabrik wie es der Traum von vielen Antiautoritären ist – wird vorerst vom Staat geduldet, aber was, wenn es sie in mehreren Ländern auf einmal gibt und die kapitalistische Produktions- und Reproduktionsweise ernsthaft um ihre Hegemonie bangen müsste?

In Kontakt treten und Handeln

Kämpfe und Analysen gehören aufeinander bezogen. Das ist nicht die Lösung aller Probleme, vor allem auch keine neue, bahnbrechende Erkenntnis. Aber sollte diese Banalität als unbedingt notwendige Basis von revolutionärer Organisation nicht unterschätzt werden. Als einen ersten Schritt dazu sehen wir den konkreten Austausch mit Genoss_innen in einigen europäischen Ländern. Parallel zur Teilnahme an europaweit geführten Diskussionen unter verschiedenen Protestinitiativen, wie sie jetzt im Nachgang der Occupy- oder Empörten-Bewegung in jeglichen Ecken und Formationen entstehen, erachten wir den Aufbau eigener Strukturen als enorm wichtig. Dabei ist die Vision keine, die auf den alten Hut namens zentrale Internationale oder europäische Massenpartei abzielt. Und doch verbindet uns ein alter Anspruch: Spezifisch-lokales Handeln soll in einen überregionalen Kontext gesetzt werden und daran wachsen.

Auf einer von antiautoritären und antikapitalistischen Initiativen zunächst aus Griechenland, England und

Deutschland betriebenen Internetplattform wollen wir diesen ersten Schritt gehen. Im Vordergrund stehen zunächst die drei Säulen Informationsaustausch, inhaltliche/strategische Diskussion und im Idealfall koordinierte Aktionen.

Diese ersten Vernetzungsansätze sehen wir als einen Anfang, der schon längst fällig war. Nicht viel kann sich verändern, wenn Kämpfe national bezogen bleiben; ganz anders sieht es aus, wenn wir die Transformation der Gesellschaft als gemeinsames Projekt, als international-antinationale Aktion begreifen und vorantreiben.

From A to C: Regroupment an International Antinationalism in the UK: The Creation of Plan C and the International Perspective

Mit den großen Studentenprotesten im Frühjahr 2011 begannen auch die ersten Diskussionen, die letztendlich zum Entstehen von Plan C führten. Schüler_innen und Student_innen demonstrierten, besetzten und randalierten als Antwort auf die Anhebung der Studiengebühren, die zunehmende Anpassung des Studiums an Marktprinzipien und die Abschaffung der (marginalen) Förderungsgelder für Student_innen aus weniger wohlhabenden Familien. Zugleich begannen Diskussionen, wie eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative zu denken sei: Plan C.

PLAN C MANCHESTER

Neben der breiten Militanz fand sich bereits eine vergleichsweise große Minderheit zusammen, um radikale Inhalte frei zu diskutieren. Und obwohl sich die Debatte in Opposition zur Regierung und der Nation Union of Students (NUS) bewegte, ließ sie sich nicht von bestehenden sozialistischen und anarchistischen Gruppierungen vereinnahmen. Zwar kann man nicht alle beteiligten Student_innen dieser Gruppe zurechnen, doch solche die dieser kleinen Minderheit angehörten, begannen kommunistische Ideen zu entdecken, entledigten sich ihrer Wortführer und leisteten gewaltsamen Widerstand gegen polizeiliches Vorgehen (sowie die Autokolonne von Prince Charles). Wenn auch alltägliche Widersprüche in solchem Engagement nicht gänzlich ausbleiben, so blieb die Studentenbewegung doch ein großes Vorbild für jene, die unter den Umstrukturierungen der britischen Regierung direkt zu leiden hatten und haben. Letztendlich stellen die Proteste

den ersten deutlichen Widerstand gegen die britische Austeritätspolitik dar, welche zwar im Dezember 2011 verabschiedet wurde, jedoch Nährboden für weiteren Aktivismus lieferte.

Beim großen Zusammentreffen der anarchistischen Bewegung Englands im folgenden Januar - „Network X“ - wurde dann deutlich, dass die Anarchisten den protestierenden Studenten einerseits wenig zu bieten und andererseits nur wenig Verständnis für ihre Situation hatten. Ein Teil der Anarchisten versäumte die Chance, zu erkennen, wie wenig Bedeutung die anarchistisch-subkulturelle Szene für die Studentenbewegung hatte und versuchte an ihrem bisherigen Kurs festzuhalten. Es folgte die Spaltung zwischen jenen, die am Gewohnen festhalten wollten und solchen, die das Potential der Student_innen und des Themenbereiches (Austerität und die Krise des Neoliberalismus) erkannten und für eine Neuordnung außerparlamentarischer Politik plädierten.

So kam es, dass einige von uns, als Konsequenz dieses Treffens, drei Diskussionsgruppen bildeten (Leeds, London und Manchester) um folgende Fragen weiter zu verfolgen: Was genau geschah im vergangenen Winter? Welche Chancen, aber auch Probleme, sehen wir darin? Und wie müsste die Linke agieren, um bei zukünftigen Protesten der Mitte von größerer Bedeutung zu sein? So entstand nach einem Jahr voll Diskussionen und Experimenten Plan C im Frühjahr 2012 (während sich im Nahen Osten, sowie in Europa Proteste und darüber hinaus #Occupy und die Krawalle in England beobachten ließen). Wir begannen, wenn auch langsam, eigene politische Ideen zu entwickeln. Stets im Versuch neue Zugänge zu Organisation und Aktivismus zu finden,

abseits der etablierten anarchistischen und sozialistischen Strukturen, mit einem Fokus auf direkter autonomer Organisation. Unsere Mitglieder kamen dabei aus verschiedensten Bereichen und Generationen mit unterschiedlichen Erfahrungen. Unter ihnen Befürworter von „alter-globalisation“, Umweltaktivisten und solche, die mit der Austeritätspolitik politisiert wurden. Nun setzt sich Plan C aus vier Gruppen zusammen (eine weitere Londoner Gruppe ist dazugekommen) und engagiert sich in Bereichen wie Bildung und sozialstaatlichen Reformen.

Gerne wollen wir den Dialog mit dem

...ums Ganze-Bündnis(l) fortsetzen und hoffen, mit diesem Artikel unser Entstehen und die Situation in Großbritannien verständlich machen zu können. Der Artikel wird mit einigen anfänglichen Antworten auf den offenen Aufruf von der Gruppe Antifa AK Köln für eine internationale antinationale Bewegung und die Frage nach länderübergreifender Solidarität schließen.

Plan A for Austerity

Die politischen und ökonomischen Bedingungen, die Ausgangspunkt für die weltweiten Proteste in den Jahren 2010



und 2011 waren, haben sich nicht groß verändert. Die Ursachen der Krise, welche 2009 begann, (jedoch in den 70ern bereits ihren Anfang nahm,) sind unterschiedlich, komplex und teils verwirrend. Doch sollte im Blick behalten werden, dass sie in einer Zeit bestehen, in der die Möglichkeit flächendeckenden Wohlstands höher denn je ist. Anders als häufig behauptet, ist es keineswegs notwendig für uns „die Gürtel enger zu schnallen“. Allein in Großbritannien hat sich innerhalb der letzten vier Jahrzehnte die stündliche Produktivität, sowie das Nationaleinkommen (Geld, das der Staat einnimmt, nicht wir) effektiv mehr als verdoppelt. Doch die

Löhne blieben hinter dieser Entwicklung weit zurück. Menschen erhielten ihren gewohnten Lebensstandard hauptsächlich durch günstige Kredite und Billigwaren aus den Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Ausweitung des Kreditwesens und die Finanzialisierung von Kapital (das Übertragen von Kapital in das sogenannte FIRE - Finance, Insurance and Real Estate), als Folge von fallenden Profitraten in anderen Sektoren, führte letztendlich zur Krise 2008. Die führenden Staaten des Weltmarktes reagierten auf die Krise mit Rettungspaketen für insolvente Banken und Sozialabbau. Doch das Kapital kann die ihm immanente Tendenz zur Krise nicht lösen. So wird die Krise einzig verschoben und hinausgezögert. Was als Bankenkrise begann entwickelte sich zu einer ernstzunehmenden Schuldenkrise der europäischen Staaten, welche nun durch Kürzungen und Umstrukturierungen versuchen die Situation zu beruhigen.

Doch dieser Plan erzielte nicht den gewünschten Erfolg das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre wieder herzustellen. Während die oben genannten Maßnahmen von staatlicher Seite als „ökonomische Notwendigkeit“ propagiert werden, wird mit der Zeit deutlich, wie sehr eben dieser „Plan A“ eine grundlegend politische Entscheidung ist. Ziel ist offensichtlich, ganz im Sinne Margaret Thatchers, einen rein am freien Markt orientierten Regierungskurs zu etablieren. Unter dem Slogan „The Big Society“ wird versucht die Kosten der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse zu verlagern. So erwartet man von uns nicht bloß für weniger Geld deutlich mehr zu arbeiten, wir sind auch dazu angehalten staatlich gestützte Einrichtungen wie Schwimmbäder und Bibliotheken nun in unserer Freizeit selbst zu organisieren. Die nun unterrichteten unternehmerischen Fähigkeiten



sollen in sogenannten „Social Enterprises“, also nichtstaatlichen sozialen Akteuren, eingebracht und verwertet werden.[2]

Selbst wenn das Wirtschaftswachstum wieder auf das gewünschte Level anwachsen würde, ist deutlich, dass die Arbeiterklasse, ähnlich wie in den 50er und 60er Jahren nur gering daran teilhaben wird. Jedwede „positive“ Entwicklung bedeutet für uns Arbeitslosigkeit und das Weiterbestehen des Neoliberalismus. „Plan A“ ist also alles andere als eine emanzipatorische Reaktion auf die aktuelle Krise und in Großbritannien offensichtlich dafür verantwortlich, dass sich die Alltagssituation der Lohnabhängigen noch deutlich verschlechtert hat.

Sieht man einmal über die britischen Grenzen hinaus, wird deutlich, dass „Plan A“ anderenorts durchaus unterschiedlich funktioniert. Die Eurozone umfasst geographisch und ökonomisch durchaus verschiedene Staaten, die jeweils von unterschiedlichen Nischen und Branchen abhängen. Die führende Position Deutschlands, aber auch die Frankreichs und Großbritanniens, basiert auf der prekären Situation stärker von der Krise betroffener Staaten – die häufig so genannten PIIGS (Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien), aber nun auch Zypern. „Plan A“ wird hier nicht dieselben Auswirkungen haben wie in England. Deswegen ist es notwendig, dass die verschiedenen Gruppen und Bewegungen in Europa mit der Analyse ihrer jeweils eigenen Krisensituation beginnen, um letztendlich eine länderübergreifendere Analyse möglich zu machen. Wir dürfen die Auswirkungen von der, aber auch die Reaktionen auf die Krise nicht vorschnell verallgemeinern und müssen uns über regionale Unterschiede bewusst werden.

Auf den ersten Blick möge man nun annehmen, dass das Ausbleiben des Erfolgs von „Plan A“ dazu geführt habe, dass man sich gänzlich von diesem abwende. Doch ohne ernstzunehmende Alternativen wird der Widerstand auch in Zukunft marginal bleiben und entweder als kriminell verfolgt oder als utopisch verlacht werden. Zu sehr erscheint es vielen, als seien wir auf ewig verdammt zur nie endenden Krise – genannt Kapitalismus.

Plan B for Nostalgia?

Der beschriebene „Plan A“ ist allerdings nicht die einzige Option, die man uns bietet. Bereits im Jahr 2011 veröffentlichte „The New Statesman“ Krisenlösungsansätze führender Ökonomen, als Reaktion auf das Scheitern von „Plan A“. Die einzelnen Vorschläge variierten jeweils in ihrer Zielstrebigkeit, sowie der sozialpolitischen Ausrichtung. Auch über diese Veröffentlichung hinaus ließen sich Ansätze beobachten, die sich soweit von „Plan A“ unterscheiden, dass wir sie unter dem Namen „Plan B“ diskutieren können. Während die jeweiligen Vorschläge von einfachen Veränderungen wie einer Herabsetzung der Konsumsteuer bis zur Forderung nach einem „Green New Deal“ reichen, lassen sich deutliche Gemeinsamkeiten finden.

So ziemlich alles, was in Rahmen eines „Plan B“ diskutiert wurde weist einen nahezu nostalgischen Blick auf das vergangene „Goldene Zeitalter“ des Kapitalismus auf, was wir für höchst problematisch erachten. Zu sehr werden hier die Augen davor verschlossen, was eben diese Hochphase des Kapitalismus und der Sozialdemokratie ermöglicht hat. Verweilt man bei einer solchen Perspektive, verschließt man sich vor der Erkenntnis, dass die ökonomischen und

geopolitischen Bedingungen für den Aufschwung der 50er, 60er und 70er Jahre in der Form nicht mehr bestehen. Einerseits befinden wir uns heute in Europa nicht am Ende des verheerendsten Krieges seit Menschengedenken, also vor einem möglichen Wiederaufbau. Und andererseits haben innere, wie äußere Landnahme, sowie die weltweiten Produktivkräfte ein Niveau erreicht, sodass alsbald natürliche Grenzen erreicht werden dürften. Hinzu kommt, dass nüchtern betrachtet die glorreichen Tage des Keynesianismus nicht annähernd so positiv zu bewerten sind, wie häufig dargestellt. Basierten sie doch auf enormer Mehrarbeit, Zahlungsverweigerungen für Leistungen, sowie auf Imperialismus und überdurchschnittlicher Ausbeutung der Lohnabhängigen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte machen die Umkehr zu „besseren“ Zeiten unmöglich, selbst wenn wir es wollten. Sinnvolle Ansätze können einzig vorwärts-, nicht rückwärts gerichtet sein.

Zumindest in Großbritannien stößt „Plan B“ nicht gerade auf großflächige Unterstützung. Das sollte den Fürsprechern dieser Strategien zu denken geben, die ernsthaft versuchen Ziele, die den kurzfristigen Interessen des Kapitals diametral entgegenstehen, durch einfache Lobbyarbeit zu erreichen. An dieser Stelle zitieren wir einen britischen Regierungssprecher, der die geringen Chancen sozialer Veränderungen durch Lobbypolitik wunderbar verdeutlicht:

“It is quite normal for government officials to be thinking about alternative scenarios [but] ministers haven’t asked for advice on ‘plan B’ because they are very clear that the plan we have is the right plan.” (15.12.2010)

Möchte man über „Plan A“ hinaus Veränderung herbeiführen, bedarf es einem Mindestmaß an gesellschaftlicher Energie, um bloße Ideen in die Tat umzusetzen. Solche Gruppierungen, die zwar innerhalb der Denkmuster von „Plan B“ verweilen, jedoch außerhalb parlamentarischer Strukturen aktiv werden wollen (wir denken da an unterschiedliche sozialistische Gruppen und Gewerkschaften), erkennen den Mangel an Unterstützung durch die lohnabhängige Klasse bereits als ernstzunehmendes Problem an. Wie auch die erwähnten ökonomischen „Errungenschaften“ der 60er und 70er Jahre, so lassen sich auch die sozialen Bewegungen dieser Zeit nicht einfach dadurch wiederbeleben, dass man sich ihrer Argumentations- und Mobilisierungsmuster bedient. Wenigstens ein Teil der jungen Aktivisten von 2010 und 2011 hat bereits erkannt, dass ihre Forderungen über die eines „Plan B“ weit hinausgehen und die Sprache vergangener Bewegungen diese nicht zu artikulieren vermögen.

„Plan B“ ist also nichts als Nostalgie für jene, die bereits aufgehört haben zu träumen. Wir sind sicher, dass es da noch etwas Besseres geben muss!

Plan(ning) C(s)

Wenn „Plan A“ die Krise nur auf die Schultern der Lohnabhängigen verlagert, sie also bloß fortsetzt und „Plan B“ nichts als eine nostalgische Illusion ist, bedarf es neuer Ideen. Wir glauben, dass die Basis für einen solchen „Plan C“ bereits besteht. In unseren Augen ist „Plan C“ gleichwertig Perspektive und Prozess, wobei es bereits ein Teil dieses Prozesses ist, dass wir uns organisieren.

Perspektive: Die Perspektive eines „Plan C“ muss nicht nur über „Plan A“ und „Plan

B“ hinausreichen. Ein mögliches Ziel liegt notwendig außerhalb von Staat und Kapital. Außerhalb von einer Gesellschaft geprägt durch Sexismen, Rassismen und andere Formen sozialer Unterdrückung. Wir sind überzeugt davon, dass das Potential und somit der erste Schritt für einen „Plan C“ im Denken und Handeln Einzelner, sowie der Ganzheit der Menschen, bereits besteht. Die Ideen, Wünsche und Träume, weit abseits von „Plan A“ und „B“ sind verbreiteter, als es uns die Marginalität der Linken heute vermuten lässt. Mal mehr, mal weniger entwickelt, besteht die Perspektive eines „Plan C“ immer wieder in individuellen und kollektiven Prozessen und Projekten (soweit es uns die Welt, in der wir leben möglich, macht). Wenn auch die Ideen oft anders sein mögen, so ist die Tendenz doch gegeben (man denke nur, an die Grundintention der Befürworter eines „Plan B“).

Am deutlichsten erkennen wir die Perspektive eines „Plan C“ in Organisationen und Projekten, die nach Auswegen aus der aktuellen Krise suchen. Diese finden sich ebenso in der Linken, wie in der gesellschaftlichen Mitte. Wenn wir sehen, wie sich auch andere Gruppen in Großbritannien neu formieren (z.B. Die „Anti-Capitalist Initiative“^[3]), freuen wir uns schon auf zukünftige Projekte, auch international. Das Vergangene lehrt uns, dass Dogmatismus und Sektierertum nirgendwohin führen. Deswegen hat es für uns oberste Priorität mit anderen Gruppen und Initiativen zusammenzuarbeiten, die uns in unserem Streben nach etwas Besserem gleichen. Es ist an der Zeit neue Netzwerke zu bilden, die die Linke endlich aus ihrer Krise bewegen und sie wieder konstruktiv teilhaben lassen an den sozialen Kämpfen und Bewegungen von heute.

Die Vielfalt derer, bei denen die

Perspektive eines „Plan C“ immer wieder auftaucht, zeigt uns, dass es nicht einen, sondern viele verschiedene mögliche „Plan C’s“ gibt. Was sie zusammenhält, ist jedoch die Ablehnung dessen, was uns in „Plan A“ und „B“ aufoktroziert werden soll. So bleibt ein „Plan C“ vielfältig und experimentell, mit offenem Ziel, anstatt wie ein 5-Jahresplan niedergeschrieben und strikt befolgt zu werden.

Organisation: Während ein großer Teil der Perspektive „Plan C“ rein ideell ist, wollen wir nun beginnen, Strategien zu entwickeln, um all das wirklich werden zu lassen. Es reicht nicht aus bei Debatten um bloße Ideen innerhalb linker Zirkel zu verweilen. Wir müssen uns zusammenfinden, um konkrete Kritiken des Bestehenden zu verfassen und aktive Subjekte in der Verwirklichung von „Plan C“ zu werden. Auch wir wissen nicht, was die Zukunft bringt - wie letztendlich ein ausgestalteter „Plan C“ aussieht -, aber wir wollen uns daran versuchen es herauszufinden. Wir blicken zurück auf eine lange Geschichte von sozialen Kämpfen. Eine Geschichte vom Scheitern, ebenso wie von Erfolgen. Nutzen wir die Kenntnisse, die wir aus ihr gewinnen können, um unsere Kämpfe erfolgreich zu gestalten.

Zu experimentieren ist für uns fester Bestandteil dieses Versuches. Die Möglichkeit dessen sehen wir durch vieles eingeschränkt, was die „gespaltene“ Linke von heute ausmacht. Auch wir haben, wie bereits betont, keine fertigen Antworten, doch wir glauben fest daran, dass diese klarer werden, je mehr wir „Plan C“ als ein reales Experiment betrachten, an dessen Verwirklichung wir uns beteiligen. Dass wir uns organisieren, ist Teil dieses Herausfindens, was über „Plan A“ und „B“ hinaus möglich ist und basiert auf den real existierenden Kämpfen, die

wir in der Welt beobachten können.

Die zwei größten unter den „Experimenten“, an denen wir uns aktuell beteiligen, sind:

Bildung: Einige Mitglieder unseres Zusammenschlusses haben bei einer Bildungs-Kommission mitgewirkt, die zwei größere Berichte veröffentlicht hat. Der erste mit einem Fokus auf Privatisierung und der zweite (vor kurzem erschienen) zu Migrations-Quoten an britischen Universitäten.

Sozialstaatsreformen: Einige Mitglieder unserer Gruppen in Leeds und Manchester sind aktiv im Zusammenhang mit einigen Sozialstaatsreformen, die gerade verabschiedet wurden. Genauer beteiligen sie sich, unter anderem, am Widerstand gegen die sogenannte „bedroom tax“, eine Steuer auf „unbelegte“ Schlafplätze in Sozialwohnungen. Dabei versuchen wir den Kontakt zwischen Vertretern der Vermieter und der Bewohner herzustellen, um eine gemeinsame Front gegen diese Steuer zu bilden und darüber hinaus Möglichkeiten zu finden, die über eine defensive Strategie hinausgehen. „Plan C“-Mitglieder erfahren so gerade einiges über die direkten Auswirkungen solcher Reformen, ebenso wie über die Möglichkeiten von Widerstand.

On Inter-National Anti-Nationalism

Im Gegensatz zu den vergangenen Protesten, die unter dem Banner von „alter-globalisation“ mobilisierten, sucht man bei den aktuellen Bewegungen seit 2008 vergeblich nach einem bewussten internationalen Dialog und folgender Organisation. Ein Großteil jener Strukturen, die in dieser Zeit entstanden sind, haben sich entweder aufgelöst oder sind ein Treffpunkt für etablierte NGO's und Lobbygruppen geworden. M31 hingegen sehen wir als einen Versuch, den

Dialog zwischen politischen Menschen zu ermöglichen, die bereits begonnen haben ähnliche Fragen zu stellen. Unsere Kämpfe können und dürfen sich nicht auf regionale oder nationale Strukturen beschränken, sollen sie erfolgreich sein. In diesem Sinne kommen uns die Verknüpfung mit dem „...ums Ganze“-Bündnis und die geplante Internetplattform sehr entgegen. Sie sind uns ein Lichtblick, in dem Wunsch nach einer aktiven Linken, die unterschiedliche Perspektiven und Ideen bietet, die zwar nicht einheitlich, aber doch von allen verstanden sind. Es ist an der Zeit realistische Pläne zu machen und wir stimmen mit „...ums Ganze“ darin überein, dass diese nicht einfach aus dem Nichts kommen, sondern in einem politischen Prozess gemeinsam entstehen [4]. Auch wenn die Zukunft ungewiss ist, sind wir überzeugt davon, dass wir im Hier und Jetzt beginnen müssen zusammenzuarbeiten, über Grenzen, Klassen, Geschlechter und Herkunft hinaus. In direkter Auseinandersetzung mit einer gespaltenen und fragmentierten Linken.[5] Das heißt, dass wir beginnen müssen – wo wir stehen – mit anfänglichen Diskussionen untereinander, statt vorschnell über das Ziel hinaus zu schießen. Die Geschichte revolutionärer Bewegungen mahnt uns zur Vorsicht davor, in welche Richtung sich ein internationales Netzwerk entwickeln kann. Doch kann als Konsequenz dessen einzig ein kritischer Standpunkt, nicht endgültiges Zurückschrecken vor Zusammenarbeit sinnvoll sein, möchte man handlungsfähig bleiben. Dieser Artikel bietet nicht den Rahmen für eine tief gehende Analyse alternativer internationaler Vernetzungsmöglichkeiten, wenn diese auch notwendig ist. Doch wollen wir deutlich machen, dass es uns einerseits fern liegt eine weitere „Internationale“ zu errichten, andererseits einzelne medienwirksame

Großevents keine Option darstellen.

Der Artikel der Gruppe AK Antifa Köln „International Antinationalism!“ ist für uns ein gutes Beispiel dafür, wie sich ein internationaler Dialog konstruktiv gestalten lässt^[6]. Die organisierte Linke Großbritanniens ist klein und das Niveau an gruppenübergreifenden Diskussionen gering. Unsicher ist, in welchem Maße dieser Artikel in der britischen Linken rezipiert wird und wie sich die einzelnen Gruppen zu dem Gesagten verhalten. Doch wollen wir diesen Rahmen nutzen, um ein weiteres Mal darauf hinzuweisen, wie sehr es ihr an einer ernstzunehmenden Analyse von Nation und Nationalismus fehlt. Zu sehr werden hier die Augen verschlossen, vor Entwicklungen mit faschistischen Tendenzen, vor populistischen Agitationen und „Bewegungen“. Während die Krise weiter vor sich hin vegetiert, beobachten wir weiter blindes Vertrauen in die Nation. Hier in Großbritannien führt dies zu einer zunehmenden Ablehnung der EU (folglich einem Austritt aus dieser um britische Arbeiter wieder konkurrenzfähig zu machen), zum Ruf danach, dass wir alle unserer Gürtel enger schnallen müssten (natürlich einige mehr als andere) und nach stärkeren Einwanderungskontrollen. In Deutschland, wenn wir das richtig sehen, zeigt sich in erhöhtem Maße öffentlich geäußertes Sozialchauvinismus. Unter anderem in dem Vorwurf gegenüber den „Pleitegriechen“, sie würden nicht hart genug arbeiten. Etwas anderes als „Plan A“ heißt leider für viele immer wieder die Teilhabe an nationalistischen und teilweise faschistischen Strukturen. Es ist zwingend notwendig dies stets im Kopf zu behalten und öffentlich zu kritisieren. Hoffen wir, dass dieser und weitere Texte, die Vorsicht vor solchen Tendenzen nicht verebben lassen.





Die aktuelle Krise führt ebenso zur Frage nach EU und Europa, wie zu der nach Nation und Nationalismus. Das Konzept EU ist heute einer der Garanten der europäischen Wirtschaftsordnung. All die verschiedenen Debatten um die EU und Nationalismus sind komplex und häufig problematisch. Vor allem die europäische Linke steht der EU verwirrt und unwissend gegenüber: Einige sehen Europa als einen wichtigen Block gegen den US-Imperialismus (Negri), als eine Idee für die es sich zu kämpfen lohnt (Ulrich Beck) und/oder als ein wirksames Mittel gegen Nationalismus (in diesem Fall stimmen wir mit AK Antifa Köln überein, dass eine Art gesamteuropäischer Nationalismus zusätzlich zum vorherigen bestehen kann). Andere Linke (!!!) erachten den Rückzug in die Nationen als einzig möglichen Weg vorwärts. Hier in Großbritannien ließen sich Gewerkschaften beobachten, die während der letzten Wahlen des europäischen Parlaments unter dem Slogan „NO2EU“ nach einer linksgerichteten Alternative zur „europäischen Supermacht“ suchten. Dass sie in diesem Punkt mit nationalistischen Parteien wie der BNP und der UKIP übereinstimmten, blieb unerwähnt. Hier dürfte deutlich werden, dass eine linke Perspektive auf Europa notwendig wird, die nicht nationalistischen oder „supra-nationalistischen“ Ideen das Wort redet. Nicht bloß als intellektuelle Disziplin, sondern als wichtiger Teil des Engagements innerhalb der Proteste und Bewegungen, die seit 2008 entstehen.

Um es noch einmal zu betonen: die Arbeit an einer antinationalen Perspektive auf Europa und die EU ist unerlässlich. Viel mehr als eine große Kampagne, als eine feste Strategie, bedarf es einem reflektierten Blickwinkel. Praktisch gesehen sind wir noch weit entfernt von Kräften, die zu positiven Veränderungen führen können.

Und wir haben einen langen Weg vor uns, bis wir überhaupt mit Sicherheit sagen können, was wir wollen. So bleibt uns gerade vor allem die negative Perspektive, die Risiken des Rückfalls auf Nationalismen und des Missverstehens von Europa als ein rein fortschrittliches Phänomen, immer wieder ins Bewusstsein zu rufen. Wir begrüßen die „Intervention“ des AK Antifa Köln und freuen uns bereits auf die kommenden Diskussionen um Antinationalismus und die Bedeutung der EU.

Zum Abschluss noch einmal: Wir stimmen dem AK Antifa Köln über die Wichtigkeit internationaler Solidarität im Rahmen einer experimentierfreudigen und offenen Linken zu. Der Weg von rein symbolischen inner-linken Debatten zu einer aktiven und fortschrittlichen Bewegung ist steinig. Doch wir sind gerne Teil eines solchen Prozesses. Bereits in naher Zukunft werden wir an dem „...ums Ganze“-Kongress in Berlin teilnehmen und laden bereits jetzt herzlich zu unserem Kongress im August ein (mehr Infos in Kürze).

Anmerkungen:

[1] Einige unserer Autoren waren ursprünglich beim Magazin „Shift“ aktiv, in dem die UG-Gruppen TOP Berlin und AK Antifa Köln Artikel veröffentlichten. Außerdem ist ein Mitglied von Plan C bei den Blockupy-Aktionstagen 2012 direkt mit AK Antifa Köln in Kontakt getreten.

[2] Siehe Dowling, E. (2012): ‘...Some Complications and their Political Economy’, verfügbar auf <http://www.minorcompositions.info>

[3] Die „Anti-Capitalist Initiative“ ist eine weitere Neugründung, die aus einem etwas stärker sozialistischen Hintergrund kommt. Für mehr Infos

siehe: <http://anticapitalists.org>

[4] Vgl. ums... Ganze (2012) „We Haven’t Even Started Yet“. <http://libcom.org/library/we-haven%E2%80%99t-even-started-yet-state-anti-capitalist-protest-germany-summer-2012>

[5] Vgl. Ebd.

[6] Dabei sollte ebenfalls der Artikel „Why Anti-national?“ der Gruppe „Wine and Cheese Appreciation Society of Greater London’s“ nicht unerwähnt bleiben. Die Gruppe, die unter anderem mit der dt. „Gruppe gegen Kapital und Nation“ zusammenarbeitet, führt hier das englischsprachige Publikum in eine antinationale Perspektive ein. Außerdem veröffentlichte „The Anarchist Federation in the UK“ bereits 2009 den Artikel „against nationalism“.

Den Artikel verfasste die AG zu internationaler Vernetzung von „Plan C Manchester“. Für Fragen und Anregungen erreicht ihr die Gruppe unter manchester@weareplanc.org. Weitere Infos über „Plan C“ finden sich auf ihrer Homepage www.weareplanc.org.

(Übersetzt durch „the future is unwritten - Leipzig“. Das Original findet ihr auf der Homepage des Magazins.)

Greece must die (so we can survive)

Ein Artikel über den Aufstieg des Nationalismus in Griechenland, unsere Erfahrungen und politische Praxis dagegen.

ANTIFA NEGATIVE

In griechischen und internationalen Medien hat eine Debatte über den Aufstieg des Nationalismus im geographischen Raum, genannt Griechenland, stattgefunden. Zugegebenermaßen hat es einen Anstieg des Nationalismus in dem geographischen Gebiet des südlichen Balkans gegeben, aber was uns besorgt, ist, dass die Analysen und Teilnehmer_innen der relevanten Debatten sich erst vor wenigen Monaten auf das Phänomen bezogen haben. Nichtsdestotrotz machen wir das Phänomen des Aufstiegs des Nationalismus in Griechenland irgendwo zwischen den 1820er und 1830er Jahren aus. Übertreibung ist ein schlechter Ratgeber, um also etwas Ruhm für unsere Position zu ernten, müssen wir euch daran erinnern, dass die griechische Nationalhymne ein Gedicht ist, das die erste Massenabschlachtung von Ausländern feiert (30 000 Muslime und Juden türksicher Herkunft in der Eroberung der Stadt Tripolis). Während der Jahre der "Befreiung" von den Türken fand diese im griechischen geographischen Gelände statt. Wir könnten an dieser Stelle auf weitere Vorfälle eingehen, bei denen sogenannte "Griechen" im Namen des brandneuen Nationalstaates gemordet haben um ihre Grenzen zu erweitern und/oder nur aus Spaß. Doch werden wir uns auf entscheidende Elemente des griechischen Nationalismus in Beziehung zu Anderen beschränken, um euch ein konkreteres Bild liefern zu können.

A) Die Opferrolle der Griechen: ein neustes Beispiel von den 2000er Jahren ist, dass sich die Griechen in den meisten Umfragen als Inhaber_innen der Gastfreundschaft ansehen. Filoxenia ist letztlich ein weiterer nationaler Mythos, den sie nur zu gern glauben würden und meint wörtlich übersetzt „Ausländer zu lieben“. Gleichzeitig argumentieren die Griechen in sehr kleinen Umfragen, dass alle Ausländer Griechenland verlassen sollten, da Ausländer- darunter hauptsächlich Migrant_Innen- die angesprochene Gastfreundschaft ausnutzen würden und darüber hinaus die Griechen in ihrem eigenen Land in die Opferrolle drängen. Natürlich ist die selbst auferlegte Opferrolle ein sehr viel entscheidenderes Element im griechischen Nationalismus und weist gewissermaßen eine historische Kontinuität auf. Griechenland wird bei der Vorstellung angegriffen zu werden zunehmend aggressiver, entweder von Staaten mit weniger Macht (bsp. Türkei, Bulgarien) oder Super-Mächte (v.a. USA). Auf diese Weise zeigen sich Verschwörungstheorien neben nationalistischen Erzählweisen in der täglichen Anwendung nationaler Rhetorik.

B) Auf Homogenität beharren: Griechenland besteht vermutlich zu 97% aus Christlich-Orthodoxen und eine der größten Sorgen des Staates ist die Erhaltung der national-religiösen Integrität und Homogenität. Offensichtlich werden griechische Juden, aber auch die wenigen griechischen Katholiken oder Muslime, nicht als 100% griechisch angesehen oder überhaupt nicht als Griechen betrachtet. Ein weiteres Beispiel zeigt Folgendes: obwohl Tausende Immigrant_Innen heutzutage in Griechenland leben, gibt

BRITZ - SÜD

der Staat zusammen mit den orthodoxen Kirchen sein Bestes, um den Bau einer Moschee in Athen zu verzögern. Darüber hinaus wird die nationale Erzählung des Bevölkerungsproblem Griechenlands "dimografiko" regelmäßig in den Parlamenten und Massenmedien verbreitet. Das Problem besteht darin, dass Griechen eine sehr viel niedrigere Geburtenrate als die Migrant_Innen oder Türken haben!

C) Die 3000 jährige Kontinuität der griechischen Zivilisation: Griechen glauben – das ist die offizielle nationalstaatliche Erzählung – dass von 1821 an, also die frühen Jahre des griechischen Staates nichts anderes als die dritte Periode der Gegenwart des historischen "Volkes" der Griechen und ihrem Staat ist. Die erste Periode kann vermutlich bis zum antiken Athen zurückverfolgt werden, während die zweite Periode in der byzantinischen Zivilisation liegt, was offensichtlich die Fortsetzung des römischen Reiches ist. So erklärt sich eine große Sorge der Griechen, die in dem Beweis liegt, dass Alexander der Große durch griechisches Sperma gezeugt wurde (und nicht slawisches!). Somit wird ersichtlich, warum die griechische Bevölkerung so viel Wert darauf legt, ihre Abstammung zu belegen: durch einen seit 2000 Jahren toten Mann.

Wir glauben schon eine bestimmte Art und Weise unserer politischen Sichtweise enthüllt zu haben. So wollen wir die Geschichte in unseren politischen Einschätzungen, Analysen und Aktivitäten erfassen. Wir legen viel Wert darauf, weil es in dem geographischen Raum, in dem wir leben, nicht üblich ist. Ein gewisser Gedächtnisverlust oder selektive Amnesie sind nötige nationale Charakteristika in diesem Land, ganz gleich ob man sich mit den Massenmedien oder alternativen/

subversiven Medien auseinandersetzt.

Dies ist der Hauptgrund, warum man heutzutage von dem Aufstieg des Nationalismus in Griechenland reden kann. Eine Person, die dieses Diskussionsthema heute "entdeckt", scheint zu vergessen, sei es unbewusst oder eine bewusste Entscheidung, dass Nationalismus (und Faschismus und Rassismus) und Griechenland seit Jahren eine abenteuerliche Affäre haben. In dieser langen und abenteuerlichen Geschichte sollten wir uns auf die letzten zwanzig Jahre dieser glücklich verbrachten griechischen Existenz konzentrieren, um euch ein genaueres Bild davon zu geben, wie die Griechen ihre nationale Gemeinschaft genießen. Unser Schwerpunkt der letzten 20 Jahre ist mit großen Verschiebungen in der griechischen Gesellschaft verbunden. Eine davon ist der massive Zustrom von Migrant_Innen aus Osteuropa während der frühen 90er Jahre. In dieser Zeit und bis in die jüngste Vergangenheit hinein lautete die Hauptdevisen im griechischen öffentlichen Diskurs "Griechen sind keine Rassisten" und eine ähnliche Version "Griechen waren keine Rassisten bis die Ausländer gekommen sind!". Tatsächlich ist Griechenland ein Land, in dem ethnische und religiöse Minderheiten entweder gewalttätig "hellenisiert", unterdrückt, wenn möglich ausgewiesen, oder im Falle der Juden vernichtet (86% der griechischen Juden sind im Holocaust gestorben) werden.

Als Albaner, Bulgaren und Andere nach Griechenland gekommen sind, hatten die Griechen schon Erfahrungen im Umgang mit den "Anderen", wie sich in den anti-albanischen Pogromen gezeigt hat. Diese fanden 2004 in ganz Griechenland statt (ein Toter, 300 Verletzte Albanen in der Nacht des 4. September). Einmal mehr wurden Rassismus und Griechenland ihrer jahrelangen Beziehung gerecht.

Nichtsdestotrotz hat es seit 2006 einen Wandel gegeben, aber dieser Wandel sollte nicht "Aufstieg des Nationalismus" genannt werden, da dies impliziert, dass der Nationalismus die vergangenen Jahre geruht hätte. Die Jahre nach den Dezember Aufständen können als anhaltende Aufstandsbekämpfung bezeichnet werden. Mit der Kathimerini-Zeitung in Zusammenhang gebrachte rechte Professoren versuchten die Dezember-Aufstände als letzten Ausdruck einer dominanten Kultur der Anomie und Gewalt zu verklären, welche man mit der nicht vorhandenen Hegemonie der Linken oder im extremeren Fall der Demenz einer Ottoman-Orientalen Natur der griechischen Gesellschaft und seiner Verweigerung der Modernisierung zugeschrieben hat. Umgehend nach dem "Skandal" der

Dezember-Aufstände kämpften Schüler_Innen zusammen mit Sans-Papier-Migranten und Fußball-Hooligans, eine zweite Welle von Protesten und Aufständen der muslimischen Migranten folgte, nachdem ein griechischer Polizist den Koran zerrissen hatte. Die Agenda des rechten Flügels wurde daher mit anti-islamischer Rhetorik verstärkt, was seine eigenen tiefen Wurzeln in der griechischen Gesellschaft findet.

Gegen diese gänzlich vergiftete Atmosphäre begannen im März 2011 300 Migrant_Innen aus Maghreb einen Hungerstreik und verlangten die Legalisierung nicht nur für sich selbst, sondern für alle Migranten. Nicht lange nach dem Ende des Hungerstreiks demonstrierten die Griechen ihre Macht durch einen blutigen Pogrom gegen Migranten im



Zentrum von Athen (ein Toter, hunderte Verletzte). Während dieser Tage im Mai 2011, begannen die Faschisten mehr und mehr Menschen des rassistischen Mobs, der im Zentrum von Athen lebt, zu rekrutieren. Der Pogrom war wieder einmal prinzipiell gegen Muslime und dann gegen afrikanische Migrant_Innen gerichtet. Der Druck auf die Migrant_Innen wurde erhöht, die Polizei machte gemeinsame Sache mit dem Mob. Im Stadtzentrum nahmen Durchsuchungen und Kontrollen – basierend auf der Hautfarbe der Migrant_Innen – zu. Es soll erwähnt sein, dass die gewalttätigen Angriffe, von denen dutzende eigentlich Messerstechereien waren, zur gleichen Zeit stattfanden, zu der sich die "glorreiche Bewegung" der Empörten auf dem Syntagma Platz formiert hat. In die Quere sind sie sich nicht gekommen, obwohl die Attacken nur einen Kilometer entfernt waren.

Mit der Bewegung der Empörten, ging die griechische Politik einen Schritt auf die goldene Morgenröte zu. Nicht in der Weise, dass die goldene Morgenröte eine bestimmte extreme politische Fraktion repräsentiert, die einige Menschen beeinflusst, eine Mehrheit etc. Wir glauben, dass Populismus, Verschwörungen, die Übertragung von individuellen Gedanken und Verantwortlichkeiten auf die "Gurus" (Ökonomen) der Bewegung, die Misgunst für die griechische Krise, die sich auf die "Ausländer" überträgt (IMF, Europäer, Deutsche, etc) die generell ausschließende Einstellung gegenüber Migrant_Innen, die Ansicht, dass die Krise national gedeutet und begriffen werde sollte, die Abwehrhaltung bis zur Ablehnung von Privilegien, kleinbürgerlich oder nicht, existierte bereits lange Zeit vor dem Auftreten der Krise. All diese Grundbestandteile stinken nach griechischem Faschismus, auf einer sozialen und molekularen Ebene.

Populismus ist ein Meer von Deutungen, in dem Faschisten leichter schwimmen. Dieses Spiel wurde in sehr schmutzigem Wasser gespielt, nicht in offiziellen Programmen der einen oder anderen Partei oder Organisation. Parteiprogramme, so wie Parteien an sich, waren bei den Empörten nicht gerade hoch im Kurs. Politik im formalen Sinne wurde abgelehnt, wenigstens bis zur nächsten Wahl. Anarchist_Innen, zumindest die miserabelsten unter ihnen, die sogenannten "sozialen" Anarchist_Innen fielen auf diese "direkte Demokratie"-Art des sozialen Faschismus herein, in dem sie der Syntagma "Wäsche" noch etwas rot-schwarze Farbe hinzufügten. Es war also in dieser Zeit schwierig in den Programmen von Teilnehmer_Innen der Bewegung etwas buchstäblich Rassistisches auszumachen.

Die Empörten selbst hatten kein Gesamtprogramm. Ein Jahr später, als die Wahlen bevorstanden, beteiligten sich die lokalen Stars des Syntagma Platzes an den Wahlen, wie der hoch geschätzte Dimitris Kazakis, ein weiterer Ökonomie-Guru der Bewegung und machten das Ganze konkreter: Herr Kazakis machte für die Wahlen gemeinsame Sache mit einem rechten Politiker und unterbreitete in dem Pamphlet der Vorwahlen, dass die Juden in Griechenland endlich besteuert werden müssten, sodass die Griechen das Memorandum des IWF vermeiden könnten. Natürlich sind die griechischen Juden bereits besteuert, aber ihr müsstet mittlerweile wissen, dass kein Antisemit mit rationalen Argumenten bekämpft werden kann, besonders wenn dieser von Tausendenden bejubelt wird. Bei den Wahlen konnten Herr Kazakis und seine Partei 60.000 Stimmen gewinnen, eigentlich nicht viele, aber dies ist auch ein Ergebnis der Mehrfachteilung der Stimmen des rechten Flügels in bestimmte

Wahlen (das andere Bündnis bestand aus unabhängigen Griechen: 670.000 Stimmen, Neonazis: 440.000 Stimmen, orthodoxer Volksalarm 90.000 Stimmen, während ein Großteil der Griechen des rechten Flügels traditionell die konservative Nea Dimokratia Partei wählte (1.800.000), welche am Ende die Führung der gegenwärtigen Regierung übernommen hat.

Man kann den Griechen vieles vorwerfen, aber nicht, dass sie nicht großzügig mit ihren Idolen und ihrer Avantgarde umzugehen wissen... Wir glauben das ist der Grund, warum wir jetzt die Neonazis der Goldenen Morgenröte mit einer Belohnung (für ihre Beteiligung am Pogrom) von 7% in den nationalen Wahlen vom Mai/Juni 2012 sehen und einem stabilem Platz im nationalen Parlament.

Die Idee ist also, dass die Goldene Morgenröte nur ihr aktivistisches Potential und ihre Handlungen der letzten fünf Jahre ausnutzt. Allerdings lässt sich der Rassismus und Nationalismus entsprechend der Goldenen Morgenröte nicht verstehen, da nur ein sehr geringer Teil von Rassisten in der griechischen Gesellschaft der Swastika folgt (nur 7%). Der Rest findet Glaube und Zuneigung in der warmen nationalistischen Umarmung sogenannter traditioneller Parteien. Lasst uns nicht vergessen, dass natürlich abgesehen von der halben Million Griechen, die für die Neonazis gestimmt haben, in Wahlen vom Mai/Juni 2012 eine weitere offen rechte Partei aufgetaucht ist (zum ersten Mal!) und ebenfalls eine halbe Million Wählerstimmen erhalten hat! Es war die Partei der "Unabhängigen Griechen", welche Probleme der nationalen Unabhängigkeit und Sicherheit thematisiert (das schließt die anti-immigrantische Agenda mit ein).

Es ist wohl aus dem Vorangegangenen ersichtlich, dass die griechische Erfahrung eine einmalige ist. Also wenn jemand den täglichen Höllenritt wagen

möchte, sollte Exarcheia bei einem Besuch Griechenlands vermieden werden. Stattdessen besser das große Gebiet des Zentrums zwischen der Liosion Straße und der Patision Straße entlang gehen und dann vom Omonoia Platz in Richtung Ano Patisia. In diesem Gebiet leben viele Immigrant_Innen und dort kann ein_e Besucher_In regelmäßig unzählige Polizeistreifen sehen (in der Acharnon Straße haben wir im Frühling 2011 einen Polizeiwagen beobachtet, der alle paar Sekunden aufgetaucht ist). Tausende Immigrant_Innen sind gezwungen, unter den demütigsten Bedingungen zu leben, in einem Zustand enormer Angst vor den Polizei und manchmal auch dem griechischen Mob. Dieser "Kriegszustand" wird auch Besucher von Auswärts betreffen – sollte er oder sie etwas Griechisch beherrschen und im Zentrum in einen Bus steigen. Dort kann eine moderne Apartheid beobachtet werden, bei der die "Nicht-Griechen" instinktiv die hinteren Reihen des Busses besetzen. Wir würden soweit gehen und sagen, dass es unmöglich ist irgendeine Form der öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen, besonders die sogenannten "Busse des Hasses", ohne dass man Gespräche zwischen Griechen mitverfolgen muss, in denen sich über die Notwendigkeit unterhalten wird "die [Migranten] dahin zu schicken, wo sie hergekommen sind". Manchmal werden Besucher sogar in Exarcheia miterleben, wie Ausländer gejagt werden, einige sind afrikanischer Herkunft oder üblicherweise Albanen (um die Jagd mit anarchistischen Kriterien zu vereinbaren, nennen diese Anarchist_Innen die Albanen "Drogenmafia"- in Unterhaltungen mit griechischen Anarchist_Innen werden sie auch als "albanische Mafia" bezeichnet.

Als Gegenmittel zu diesen vergifteten Erfahrungen scheinen unsere wenigen praktischen Antworten auf die

griechische Gewalt kaum erfolgsversprechend zu sein. In einer Umgebung, in der die radikale Szene auch mit rassistischen Stereotypen oder sogar Angriffen auf Ausländern kompatibel ist, sind die Möglichkeiten potentieller politischer Bündnisse immer beschränkter. Nicht weil wir unseren Standard geändert hätten, sondern weil sogar selbsternannte Antifaschist_Innen Gründe entdecken, den armen Griechen zu bemitleiden, der sich an der Theke keinen zweiten Drink bestellen kann und so weiter und so fort.

Wähle Nazis oder greif Migrant_Innen an. Ihr könnt euch vorstellen, dass es nicht einfach ist, ein Bündnis mit jemandem einzugehen, der Mitleid für die soziale Schicht empfindet, die ihre Wähler_Innen aus Neonazis rekrutiert und dich danach abstechen will. Solche Bündnisse können nur von Griechen eingegangen werden, die sich keine Sorgen um das Überleben in Griechenland machen müssen. "Deutsche Solidarität mit Griechen" wie die M 31-Proteste sind der konsequente Versuch einer folkloristischen Idealisierung des Mobs mit patriotischen Molotov Cocktails und antisemitischem Gedankengut und das sind faktisch die Empörten und ihre anti-autoritären Freunde. Welcher Raum bleibt also übrig unter diesen entmutigenden Umständen? Bezieht man die wachsende politische Einsamkeit mit ein, so bleiben nicht viele Möglichkeiten für politische Interventionen. Wir konzentrieren uns auf die Schaffung eines Bewusstseins für den wachsenden Rassismus und Antisemitismus. Aus diesem Grund haben wir eine Reihe von vier Publikationen zu diesen Themen veröffentlicht. Vom letzten Jahr bis heute wurden tausende Plakate im Stadtzentrum und weiteren Nachbarschaften verteilt. Wir versuchen mit unserem Antifaschismus hauptsächlich Immigranten der zweiten Generation zu erreichen,

weil wir das Gefühl haben, mit ihnen mehr teilen zu können, und wir wissen, dass unser "Antifaschismus" echter ist, weil er aus einer Notwendigkeit entspringt und nicht aus einem politischen Antagonismus mit den griechischen Faschisten, was auch immer dieses Wort bedeuten mag. Mit unserer politischen Agenda versuchen wir darüber hinaus, feministische und anti-homophobe Politik zu unterstützen, besonders wenn diese anschlussfähig an den gegenwärtigen Antikapitalismus und Antinationalismus ist.

Zum Beispiel fördern wir eine feministische Perspektive gegen die dominierende "Macho-Antifa" Einstellung, sei es durch das Publizieren von Texten oder durch die Entwicklung politischer Projekte, die eine konkretere Artikulation von den Problemfeldern Geschlechterverhältnisse und Nation anbieten.

Wie ihr vielleicht bereits festgestellt konntet, haben wir schon lange damit aufgehört, unsere Zeit mit der "Veränderung von Herzen und Gedanken" von denen zu verschwenden, die sich griechisch fühlen, entweder innerhalb der Szene oder außerhalb. Das ist der Grund, warum ihr neben unserem Gruppenlogo einen unserer neusten Slogans findet: "Strengstens für Nicht-Griechen"!

Black Metal ist Braun?!

Jacques Blum zeichnet die Geschichte dieser Musik sowie ihre ideologischen Grundmotive nach und stellt den Film vor dem Hintergrund der realen Entwicklungen, welche dieser beleuchten will, auf den Prüfstand.

JACQUES BLUM

Über Black Metal, Nazis und den Film „Until the Light takes us“.

Black Metal scheint heute schick, intellektuell, ja manchmal sogar linksradikal oder Antifa. T-Shirts der preisgekrönten US-amerikanischen Band Liturgy, die Misanthropie und Satanismus aus ihrem inhaltlichen Sortiment verbannt haben, zieren die Körper junger Menschen mit kulturellem Kapital. Sänger Hunter Hunt-Hendrix bekennt sich zu seiner Lebensbejahung, Musik und Inhalt der Band basieren auf einer romantischen Konzeption. Post Black Metal Bands wie Deafheaven stürzen sich musikalisch und textlich innovativ in philosophische Tiefen. Andere Gruppen aus den USA, der Strömung des sogenannten Cascadian Black Metal zugehörig, traten in den frühen 2000ern mit hippiesk anmutenden Schlagworten wie Liebe und Ökologie ihr musikalisches Wirken an. Auch der Crust Punk, traditionell eher anarchistisch, bezieht sich heute oft und gern auch auf älteren Black Metal. Zum Konzertrepertoire linker Räume in Deutschland gehört er auch schon längst. Was ist los mit dem Black Metal? Kannte man ihn doch in Europa, wenn nicht als misanthropische, satanistische, dann als rechtsradikale und gewaltaffine Subkultur. Hat der Black Metal den Turn zum Guten und Linken vollzogen? Nein. Denn diese Beschreibung umfasst nur einen kleinen Teil dessen,

was von der Bewegung noch übrig ist.

Tödliche Avantgarde.

Der weitaus größere Teil vermag es kaum sich von den Ursprungsnarrativen wie Mutter Natur und/oder Rasse zu lösen, mit denen vor allem die sogenannte „zweite Welle“ (ab den späten 80er in Norwegen) des Black Metal aufgewartet hatte. blieb dessen „erste Welle“ (etwa frühe 80er) mit Bands wie Venom oder Celtic Frost noch im satanistisch obskuren Metalgeblödel verhaftet und damit recht harmlos, weist sie doch mit der schwedischen Band Bathory schon die ersten Anleihen aus Vikererkult und Heldenverehrung auf. Die Zuspitzung dieser Elemente kamen dann in der „zweiten Welle“ fatal zur Geltung. Diese „zweite Welle“ formierte sich im Norwegen der späten 80er als radikale Jugendkultur. Bands wie Mayhem, Darkthrone und Burzum kreierte – vor allem aus dem Death Metal kommend, aber auch inspiriert von der „ersten Welle“ – neuen Sound, welcher durch schlichte Riffstruktur, fesselnde Repetitivität und einen rohe, übersteuernde Verzerrung der Gitarren von seinen musikalischen Ursprüngen sich abzugrenzen versuchte. Sie nannten die neue Musik Black Metal. Der Death Metal war global auf dem besten Weg in den musikalischen Mainstream, schrieb hohe Verkaufszahlen, hatte für diese jungen Norweger als kommerziell und zu wenig extrem ausgeht. Die Plattenbooklets wurden nun in schwarz-weiß und möglichst minimalistisch gehalten, die Bühnenshows – vor allem von Mayhem – grenzten sich durch autoaggressive Einlagen ihres todessehnsüchtigen Sängers „Dead“ vom verhausschweinten Metal-Mainstream ab. Auch das so genannte „Corpse Paint“ (weisse Gesichtsfarbe, die auf Konzerten an Leichenfäule erinnern soll) entstammt,

wenn man von diversen Vorformen abstrahiert, dem Repertoire der norwegischen Black Metaler. Inhaltlich spitzten sie im Black Metal – die Bezeichnung wurde dem gleichnamigen Album der Thrash Metal Band Venom entlehnt – einige Aspekte ihres musikalischen Ursprungs zu, wie etwa Misanthropie, Satanismus und Antichristianismus. So entstand eine Gemeinschaft um den Osloer Plattenladen „Helvete“ (Norwegisch für Hölle), die sich als eine Art okkulte Elite inszenierte und in den späteren Gründungsmythen dieser Szene als „Inner Circle“ benannt wurde. Eine neuere Komponente, die auch vorher schon von Metalmusikern thematisiert wurde, gewann ebenfalls an Gewicht: Die Anknüpfung an das altnordische Heidentum in Verbindung mit Naturmystizismus. Etwa „Varg“ Christian Vikernes, krächzte in seinem Ein-Mann-Projekt Burzum über Sagen und Mythen der Wikinger. Andere Bands folgten ihm. Was den Black Metal in seiner Entstehung von rein musikalischen Subgenres des Metal unterschied, ist, dass er mit seinen Ideologien praktisch Ernst machte und das über einen Männlichkeitskult, den man vom Metal gewöhnt ist, oder das nietzscheanisch anmutende Elitegetue hinaus. Als Zeichen für Widerständigkeit gegen eine vermeintliche Zersetzung der alten europäischen Kulturen durch jüdisch-christliche Theologie und westlich-liberalen Kapitalismus, brannten junge Metaller 1992, als erste unter vielen, die Stabkirche von Fantoft bei Bergen ab. Die Norwegische Zeitung „Aftenposten“ rechnete von 1992 bis 1995 44 Übergriffe auf Kirchen. Die Polizei gab an, dass alle aufgeklärten Fälle auf die Black Metal Szene zurückgeführt werden konnten. [1] Zwar sprachen die Medien damals von satanistisch motivierten Taten und es kokettierten Teile des Umfelds der Brandstifter mit okkultistischen Ideen, doch kann man, wenn man Aussagen und Taten

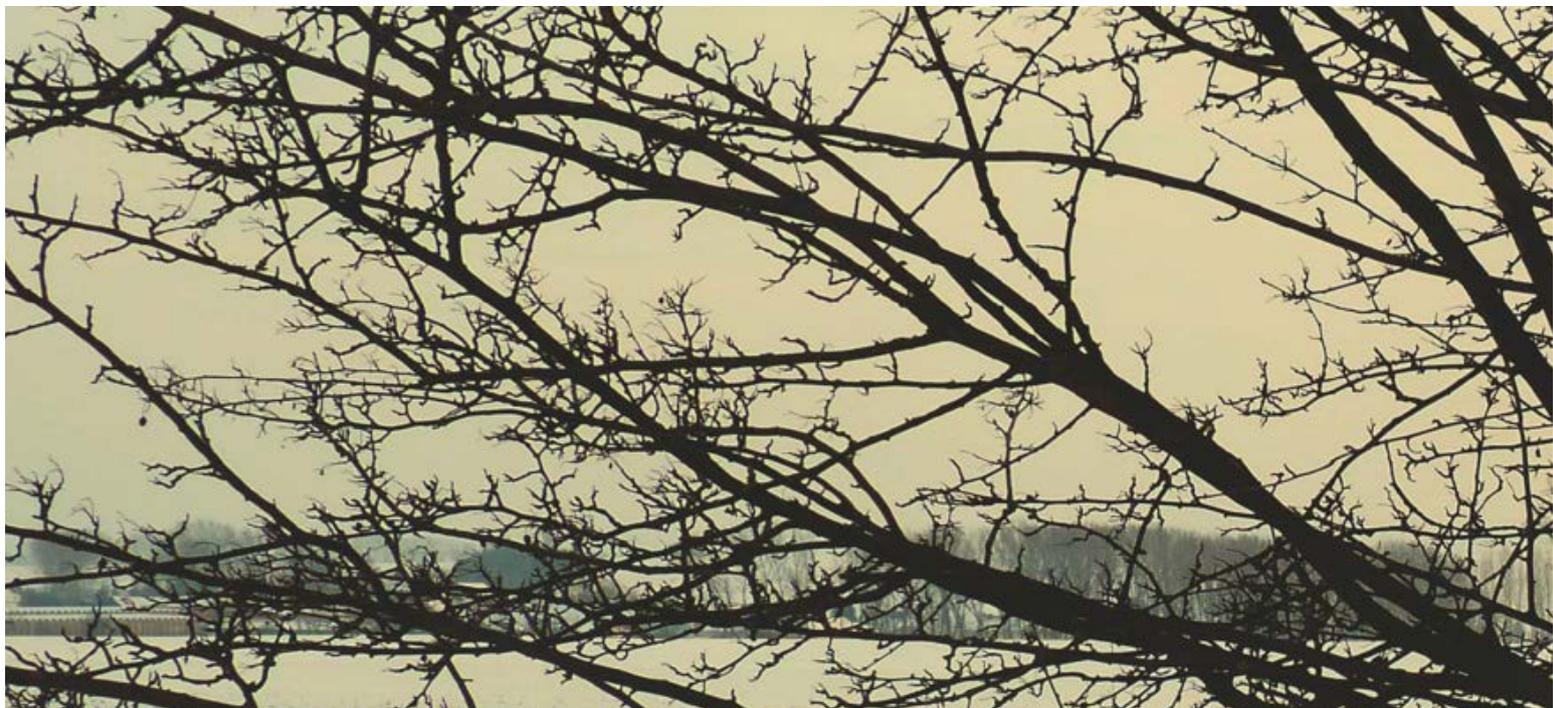
der Szenegrößen von damals ernst nimmt, völkische Ideologie als nicht unwesentliches Moment der Black Metal Szene dieser Zeit ausmachen. Völkische Ideologie als antimoderne, rassistische und antisemitische Militanz. Inwieweit man die 44 Kirchbrände als völkisch motivierte Aktionen, oder pubertäres Zündeln deuten kann, muss hier leider relativ offen bleiben. Tatsache ist die Affinität des harten Kerns und seiner Entourage zu nordischer Übermenschelei. Dieser Aspekt wird von den damaligen Protagonisten gerne allein dem besagten Varg Vikernes zugeschoben, welcher sich sehr früh und dezidiert zur angestrebten Herstellung einer homogenen Volksgemeinschaft bekannte. Aussagen aus Interviews mit den Musikern sprechen jedoch eine andere Sprache: blood, soil, heritage, wo man horcht und nachliest. Selbst Gylve Fenris Nargell, der als einer der unpolitischen Rock'n'Roller der frühen Black Metal Szene gilt, gerne Punk-Rock hört und dessen Bandlogo (Darkthrone) die Jacken vieler Crustpunker ziert, versteigt sich in einem Interview für den Film „Until the light takes us“ (2008) zu Aussagen über die Zersetzung der alten Kulturen durch das Christentum und reiht sich somit, bewusst oder nicht, in einen völkischen Kanon ein, der die Rückkehr zur authentischen Nationalkultur fordert – oder zumindest deren Verlust bedauert: „It's always stigmatizing to talk about heritage. I mean, for most of the European countries christianity erased original cultures anyway.“ Ganz zu schweigen von dem Schriftzug „Norsk Arisk Black Metal“ (Nordischer arischer Black Metal), welcher auf dem Album „Transylvanian Hunger“ (1994) der Band Darkthrone zu lesen war. Von diesem hatten sich Darkthrone später zwar distanziert, doch zeigen diese Exzesse, dass selbst, was heute als unpolitisch gilt, Träger dieser Ideologien zumindest war

[2] und offenbar immer noch zum Teil ist.

Es blieb auch nicht bei Gewalt gegen Sachen. 1991 schon hatte sich der Sänger der Band Mayhem Per Yngve „Dead“ Ohlin mit einer Schrotflinte selbst in den Kopf geschossen, worauf hin sein Bandkollege Euronymous es sich nicht nehmen ließ, Ohlin zu fotografieren – er hatte vor das Bild auf zukünftige Alben pressen zu lassen, dieser Plan kam allerdings nicht zur Realisierung – bevor er die Polizei rief. Am 27. August 1992 ermordete Bard G. „Faust“ Eithun (Emperor) in Lillehammer den schwulen Mange Andreassen, der ihn betrunken angegraben hatte. Eithun bestreitet heute zwar jemals homophob gewesen zu sein [3], ich vermute jedoch, dass er eine Frau, hätte sie ihn nach Sex gefragt, kaum durch 37 Messerstiche quasi geschlachtet hätte. Andreassen musste sterben weil er schwul und zur falschen Zeit am falschen Ort war. Der nächste Mord ließ nicht lange auf sich warten. Der neuheidnisch und offen nationalistisch auftretende Varg Vikernes (Burzum), welcher im Kirchenanzünden eine Art nationalen Befreiungskampf sah und wohl immer noch sieht, tötete am 10. August 1993 das obskure Szeneidol Oestein Euronymous Aarseth (Mayhem). Zu seiner Motivation finden sich von Vikernes sehr verschiedene

Aussagen. Nach seiner jüngsten Version hätte Aarseth selber Pläne gehegt ihn zu ermorden und er hätte aus Notwehr gehandelt. [4] Sicherlich ging es hier um szeneeinterne Konkurrenz, beiderseits um die blutige Selbstbestätigung des eigenen Herrenmenschentums. Doch hat der Mord, folgt man Vargs rassentheoretischen Ergüssen möglicherweise auch eine rassistische Schlagseite: „Even the people who criticize me for killing a fellow Norwegian are wrong. Euronymous was actually Lappish, as can be clearly seen from the pictures of him. His Lappish (Mongolian) facial features are very visible, his hair was typical Lappish (thin and straight) and his stature was revealing too (like most Laps he was very short).“ [5]

Jedenfalls avancierte Vikernes während seines Knastaufenthaltes zur Szeneikone des sogenannten National Socialist Black Metal, derjenigen Strömung des extremen Metals, die sich offen zur Bejahung der Vernichtung der europäischen Juden bekennt. Etwa im sozialdarwinistisch motivierten Mord der NSBM Ikoneband Absurd an ihrem Mitschüler Sandro Beyer in Sondershausen 1993, wollten diese ihre Volksgemeinschaft wirklich werden lassen. [6] Der NSBM trat mit Gewalt sein Erbe an. Heute ist er längst in den musikalischen



Mainstream rechtsradikaler Strukturen Europas und der USA eingegangen und die Übergänge von der „traditionellen“ Szene zur NSBM-Szene sind fließend.

Fiat Lux!

Der 2008 erschienene Film „Until the light takes us“ trägt, obwohl dies sein Thema ist, nicht unbedingt dazu bei, dass uns im Bezug auf den frühen norwegischen Black Metal ein Licht aufgeht. Doch er lässt implizit viel erkennen. Schon der Titel bezieht sich auf das Albumtitel „Hvis lyset tar oss“ der Band Burzum. Das heißt übersetzt so viel wie „Wenn das Licht uns nimmt“. Diese Benennung fügt sich sehr gut ein in die affirmative Haltung, die dieser Film ausdrückt. Er will Einführung in die Mythen des norwegischen Black Metal und die Macher können in ihrem Machwerk ihre Faszination kaum verbergen. Deswegen ist es nicht erforderlich den Handlungsablauf des Films im Einzelnen wiederzugeben. Es ist wichtig die interessantesten Informationen, die der Film für diejenigen Menschen enthält, die nicht umstandslos an diesem Spektakel teilhaben wollen, hier darzustellen.

Das Problem ist nicht einmal, dass etwa, wie es bereits an „Until the light takes us“

kritisiert wurde [7], der verwirrte Rassist Varg minutenlang und kommentarlos über die führer- und orientierungslose Jugend und die jude-christianisch-amerikanische Weltverschwörung schwadronieren darf. Im Gegenteil, gerade das zügellose Gerede der Musiker bringt es mit sich, dass man den Laden am Ende doch durchschaut. Es bringt sie wieder zusammen: Kristoffer Rygg von Ulver – eine Band die nicht als rechts gilt – sinniert am Ufer eines Fjords über schöne alte Kulturen, die von nicht so schönen Kulturen kontaminiert (!) werden und von einem Zurück zu den Ursprüngen. Jan Axel Blomberg alias Hellhammer, der auch für quasi Mainstream-Bands wie Dimmu Borgir drummt, lobt Eithuns Mut, den er für seinen Mord an Andreassen aufgebracht habe. Varg Vikernes betont, jeder in Norwegen könne sich instinktiv auf Thor und Odin beziehen. Gylves (Drummer von Darkthrone) Blut und Boden-Allüren haben wir oben schon zu schmecken bekommen. Bei allem, was die Interviewten voneinander unterscheidet – zugegeben, Gylve schneidet mit seiner erklärten Leidenschaft für Techno, House und Frida Kahlo noch ganz gut ab –, bei all den verschiedenen Entwicklungen, die sie über die Jahre gemacht haben, der beklagte Verlust einer alten verlorenen



Identität eint sie. Und darin liegt zumindest der ideologisch-ästhetische Kern, den all die norwegischen Bands dieser Zeit gemeinsam haben. Damit will ich nicht zum Ausdruck bringen, dass Gylve und Varg gleichsam Nazis sind – ersterer hat sich seit Mitte der 90er weder rassistisch noch antisemitisch geäußert und sich von den damaligen „Provokationen“ distanziert – aber sie hatten in dieser Revolte und haben immer noch ideologisch große Schnittmengen. Ihre Praxis, auch ihre politische – wenn es denn eine gibt – ist sicher sehr verschieden, doch bleibt die Ideologie einer verlorenen völkischen Identität.

Zudem überrascht der an vielen Stellen nicht völlig unreflektiert wirkende Gylve durch klare Sympathiebekundungen in Richtung Vikernes: „Varg wird immer ein cooler Typ bleiben. Auch wenn seine Vision eine Art von norwegischer Verachtung ist.“ Wenn hier Gylves Ignoranz nicht im Dunkeln verbleibt, dann verschweigt der Film dennoch den Schriftzug „Norsk Arisk Black Metal“ auf dem Transylvanian Hunger Album und frisiert somit die Rolle Gylves. Im Film erinnert sich der Darkthrone-Drummer seiner damaligen Situation im Bezug auf den ermordeten Euronymous, dem er das „A Blaze in the northern Sky“ Album gewidmet hatte. Wen solle er nach dessen Tod musikalisch unterstützen? Seine Wahl fiel völlig indifferent auf sein Racketmitglied Vikernes, auf den Mörder, der sich noch auf dem 1994 erschienenen „Transylvanian Hunger“ Album austoben durfte. [8]

Ein Nachtrauern dieser Zeit scheint ihnen fast allen gemein zu sein. Der Black Metal sei durch die Morde erst bekannt geworden und habe sich so zum Mainstream geöffnet, das sei im Wesentlichen das Problem. Wer sich bedeckt hält – verborgene Gesichtszüge und verzerrte

Stimme – und nicht in den Kanon einstimmt, ist Bard G. „Faust“ Eithun. Er berichtet nüchtern, nicht zynisch, nicht schwärmend, über die damaligen Ereignisse. Wer seinen weiteren Weg durch Interviews versucht nachzuvollziehen, bekommt den Eindruck, dass sich durchaus etwas bei ihm geändert hat. [9]

Kjetil-Vidar „Frost“ Haraldstads (Satyricon) mehr als peinliche und infantile Ausführungen über die „Grimness“ und „Darkness“, die der Black Metal ausdrücken soll, scheinen zunächst eher in seiner okkulten Verwirrung aufzugehen. Das Lied „Mother North“ seiner Band Satyricon ergänzt den Plot allerdings um eine heimattreue Note: „Mother north – how can they sleep while their beds are burning? Mother north – your fields are bleeding“. Und wieder wird die verlorene Mutter des nordischen Germanentums betrauert. Will der Film eher eine Heterogenität der Ideologien und Lebensstile der Musiker zum Ausdruck bringen, kristallisiert sich eher ein gemeinsames Element heraus, das über Musik hinaus geht. Die nationalistische Revolte, als die Varg Vikernes die Umtriebe der frühen 90er verstanden wissen will, ist nur zum Teil Illusion. Es handelte sich tatsächlich um eine konformistische Rebellion junger Männer aus dem Kleinbürgertum, gegen den falschen Humanismus des sozial befriedeten Norwegens. Allerdings ging diese als Konformismus eben nicht auf die Realisierung des Glücks, welches in sozialer Enge und in der allgemeinen Normierung durch Arbeit, Konsumgesellschaft und Familie keinen Platz hatte. Sie ging auf die völlige Zuspitzung der kapitalistischen Konkurrenz in der Gemeinschaft, als Kampf der selbsternannten Herrenmenschen gegeneinander und die Wiederherstellung des Mythos eines alten, nicht von judeo-christlicher Nächstenliebe verweichteten Norwegens. Es sollte in



Mord und Brandstiftung eine Umwertung der Werte stattfinden, die sich allerdings eben nicht in einem nietzscheanischen Radikalindividualismus erschöpft – wie es dem Genre gern unterstellt wird – sondern die durch Fremdeinflüsse gekappte Verbindung zwischen Blut und Boden wieder herzustellen sich erträumte. Die Analogien dieser wahnhaften Projektion zum Nationalsozialismus sind kaum zu verkennen. Auch sein anti-kommerzieller Zug, welcher sich nicht vom Abstrakten, „Uneigentlichen“ korrumpieren lassen will, Wille und Authentizität statt Geld einfordert, erinnert an antisemitischen Antikapitalismus. Auf der Grundlage von Wertvergesellschaftung soll Profitstreben als Abfall von Natürlichkeit und Boden aufgehoben werden.

Bei all den Gruseligkeiten, die aufgeführt werden, die unkommentiert aber auch unzensiert einem um Augen und Ohren fliegen, bei all dem zugegebenermaßen beeindruckenden Bildmaterial um die Ereignisse der frühen 90er, bleibt der Film in seiner ästhetischen Konzeption affirmativ. Ungeschönt geschilderte Gewalttaten, deren Deutungshoheit problematischerweise tatsächlich hauptsächlich Vikernes überlassen wird, werden von lauschiger Ambientemusik oder dem rauen Black Metal der Künstler selbst begleitet. Eisige Wald- und Naturszenen, sowohl Bildnisse nordischer Architektur, als auch mythische Plätze der Bewegung, begleiten die

Szenerie. Selbst die eingespielten Bilder der Opfer sind musikalisch unterlegt. So wirkt das Ganze wie eine Gruselmischung zwischen Docutainment und Gesamtkunstwerk. Es endet tatsächlich in der geforderten Einfühlung oder Identifikation mit dem Geschehen und den Protagonisten. So stehen die Opfer schicksalhaft abstrakt im Raum, weil es eigentlich nicht um sie geht. Sie sind nur Teil eines wiederum nur auf Kontemplation beruhenden Kunstwerks mit Attraktionsfaktor.

Wo das Licht uns hinbringt.....

Black Metal ist vor allem auch eines: Radikale Negativität. Wenn man von banalisierten Verkaufsschlagern wie etwa Cradle of Filth oder Dimmu Borgir, die auf Konzerten mit ganzen Orchestern aufwarten, absieht, ist der Black Metal in seinen rohen Formen kaum integrierbar und massentauglich, er ist extrem oder spielt mit den Extremen. Im Grunde genommen hört sich das erst mal nach einem Potential radikaler kritischer Kunst an, welche den schönen Schein der Kunst als einen mit Herrschaft affizierten denunzieren könnte. Denunziation auch als ästhetische Überspitzung von Herrschaft oder Leiden. Doch ist seine Entstehung so sehr mit dem True Norwegian Black Metal behaftet, dass er schwerlich sein völkisches Element abstreifen lernt.

Auch ist er zutiefst romantisch und

mystisch. Die oft dem Green-Anarchism, also eher dem linken Spektrum zugeordneten amerikanischen Bands des sogenannten Cascadian Black Metals (wie etwa Wolves in the Throne Room) positionieren sich zum Beispiel eindeutig antifaschistisch [10], doch bleiben sie völlig in Naturmystik und einer Forderung nach dem Zurück zur Natur verhaftet. Es wird also nicht die schlechte Aufhebung von Natur, auch der menschlichen Triebnatur in der Leistungsgesellschaft, kritisiert, sondern eine Zerstörung einer abstrakten und unberührten Natur, welche doch eigentlich ohne Kultur – also den produzierenden Menschen – gar nicht mehr zu denken ist. Auch die progressiveren Formen des Black Metal kommen also zumeist ohne den Mythos nicht aus und können so ihre reaktionären Züge kaum abstreifen. In seiner Widerständigkeit brachte er mit blutiger Konsequenz Stereotype wie völkische Natur vs. Usurpatoren und harmonische Natur vs. Zivilisation gegeneinander in Stellung. Beide sind Gegensätze, die zu Gunsten eines mythischen Ursprungs aufgehoben werden sollen, in deren Widerstreit ich äußerst ungern eine Lanze brechen wollte. Etwa „Until the light takes us“ betreibt hier die ästhetische Ehrenrettung der hässlicheren Seite des Black Metals. Aus einem richtigen Begriff von Kultur, Natur und Gesellschaft und derer Spannungsverhältnisse, könnte allerdings die widerständige Konzeption einer Ästhetik des Hässlichen, durchaus in Verbindung mit Black Metal Musik entwickelt werden. Sie könnte die im Kapitalismus nicht zu bewältigenden Leiden der Zivilisation, die schlechte Aufhebung des Menschen als Naturwesen, seine Reduktion auf die Verwertung und die daraus resultierenden Grauen in all ihrer Schwärze spiegeln. Dies nicht als platte Agitation und Propaganda, sondern als Gegenpart

zu künstlerischen Konzeptionen des Schönen, welche über ihre Grundlage, die Herrschaft des Menschen über andere und sich selbst, schweigen.

Nachweise:

[1] Michael Moynihan, Didrik Söderlind: Lords of Chaos: Satanischer Metal: Der blutige Aufstieg aus dem Untergrund, books.google.de, S. 124.

[2]<http://www.musicmight.com/artist/norway/kolbotn/darkthrone>

[3] <http://www.ox-fanzine.de/web/itv/4370/interviews.212.html>

[4]http://www.burzum.org/eng/library/a_burzum_story02.shtml

[5]http://www.burzum.org/eng/library/a_burzum_story02.shtml

[6]<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/rechtsextremismus/rechtsrock/geschichte-und-entwicklung/stile>

[7]<http://www.dasmanifest.com/01/untilthelighttakesus.php>

[8]<http://www.revolvermag.com/uncategorized/web-exclusive-interview-darkthrones-fenriz-part-2-his-thoughts-on-transilva.html>

[9]<http://www.ox-fanzine.de/web/itv/4370/interviews.212.html>

[10]http://videos.arte.tv/de/videos/tracks_bonus_blackmetal_2_0--4202962.html

Born to die.

Unter Linken sind die Ultras wegen der teils antifaschistischen Einstellung beliebt. Aber der antiautoritäre Gestus der erlebnisorientierten Fußballfans zieht auch Nazis und rechte Durchschnittsjugendliche an. Doch nicht nur die jeweiligen politischen Positionen sollten Objekt linksradikaler Kritik sein, sondern die Form, in der sich die konformistische Revolte von Banden wie den Ultras abspielt. Denn die Flucht in den Ausnahmezustand und das Hineinwerfen in den selbst gewählten Gang-War befriedigt ein tiefes Bedürfnis des krisengeschüttelten, bürgerlichen Subjekts.

DONALD RUBIN

Über die Ultras als besserer Leviathan und das Bandenwesen des Spätkapitalismus.

I

Der Film *Hooligans* pointiert unfreiwillig die Funktionsweise der Ultras – bei aller Bekümmerung es handle sich bei diesen nicht um jene abgestumpften Schläger. Der junge Protagonist Matt Buckner wird von der Harvard University wegen eines Drogendelikt geschmissen, das ihm sein Mitbewohner untergeschoben hat. Armer Matt, der noch nicht begriffen hat, dass der Survival of the Fittest der spätkapitalistischen Gesellschaft nicht gleich und gerecht ist, sondern Härte verlangt gegen sich selbst und andere. Doch auch diese Soft Skills können – das richtige Training und Peer-Assessment vorausgesetzt – dem frischgebackenen Verlierer des Konkurrenzkampfes um die gesellschaftliche Beute vermittelt werden. Der von Leben und Menschen im US-amerikanischen Normalvollzug enttäuschte und gelangweilte Fast-Akademiker flieht ins europäische London zu seiner Schwester, deren Schwager ihn fortan in das raue Leben



seiner Gang von fanatischen Fußballfans, der Green Street Elite, einführt. Und nachdem das ausgestoßene Männchen die ersten Initiationsriten und damit auch den anfänglichen, noch von der verschmähten Zivilisation herrührenden Ekel überwunden hat, meint er das ihm so überflüssig erschienene Leben wieder zu spüren. Der Schmalz von Kameradschaftspathos beim Fußballspiel von West Ham United und der Geschmack des eigenen Blutes beim Kampf danach geben ihm die Versicherung: Ja, das ist das wirkliche Leben. Nach dieser Frischzellenkur – die Kosten bezahlt die Firma, namentlich der Green Street Anführer Pete mit seinem Leben – kehrt der zum spätkapitalistisch-männlichen Subjekt mutierte nach Amerika zurück. Und weil er nun weiß wie diese Gesellschaft funktioniert, erpresst er durch Faustrecht und Taschenspielertricks jenen Mitbewohner, der ihn um seinen Universitätsplatz geschnitten hat. Die Härte, die die Welt ihm antat, weiß er gegen sich selbst und als verhärtetes Subjekt gegen die Welt zu wenden. Jedes Assessment Center hätte wohl seine Freude an der Evaluation dieser Schulung.

II

Dabei ist es egal, dass Ultras mehr sein

wollen als Matt mit seinen ordinären Hooligans. Genau in diesem „mehr-als“ besteht der sinnstiftende Nimbus dieser (post)-modernen Banden. Die Mentalität Ultra' soll eben mehr sein als das belanglose Dasein eines Fußballfans, soll auch mehr sein als der schnöde Mammon der Fußballindustrie, sie soll keine Freizeitbeschäftigung, sondern Lebensgefühl sein. „Es ist wichtig eine starke Gruppe zu schaffen, die aus ähnlich denkenden und fühlenden Menschen besteht, die gegen alle äußeren Einflüsse zusammenhält[...], während in der heutigen Gesellschaft Schlagwörter wie Freundschaft, Treue und Ehrlichkeit von Wörtern wie Gewinnoptimierung und Effizienz verdrängt werden“ [1], schreiben die Ultras Frankfurt im Jahr 2007. Der Gesellschaft wird das bürgerliche Subjekt und ihm selbst wird die permanente Mobilisierung im Konkurrenzverhältnis überflüssig. Seine strukturelle Überflüssigkeit im automatisierten, postfordistischen Kapitalismus, seine dauerhafte Krisenhaftigkeit, in der es sich kontinuierlich – ob real oder drohend – im Jobcenter als Mitglied der bürgerlichen Zwangsveranstaltung beweisen muss, lassen es selbst zur Weltflucht antreten. Ob sich das nun halbwegs reflektiert wie bei den Ultras aus Frankfurt ausspricht oder unbewusst abläuft; ob es sich bei ihnen um verwahrloste Nazis oder subkulturelle Großstadtantifas handelt, ist dabei gleichgültig für die Formbestimmung dieser Weltflucht. Der ewigen Monotonie, die sich in Schule, Universität, Lohnarbeit oder auf dem Abstellgleis einstellt, weil die Menschen spüren, dass es sich dabei jeweils nur um die konkreten Ausformungen des immer gleichen Prinzips der Wertverwertung handelt, tritt das erlebnissüchtige Lebensgefühl der Tifosi entgegen. Ob beim gemeinsamen Malen der Choreografien und Graffitis, bei den nächtlichen Überfällen in verfeindeten

Städten, bei den ewigen Hatzjagden und kurzen Massenschlägereien im Vor- und Nachfeld der Spiele oder beim Abbrennen der Pyrotechnik mit nacktem Oberkörper und Singen der Lieder. Die Ultras schaffen sich eine Welt, in der es auf den Einzelnen tatsächlich noch ankommt. Weil sich die Menschen nur noch über die Waren verständigen, sich völlig vereinzelt und verfeindet als Konkurrenzsubjekte gegenüber treten, suchen sie die Nestwärme der Gemeinschaft, in der anachronistische Werte wie Treue und Ehre noch etwas zu zählen scheinen. Den vermittelten Verhältnissen, die Ohnmacht produzieren, stellen sie ein Gangland gegenüber, das noch klare Gegner kennt und daher Allmacht zum Ziel hat. Dem Verlorensein des Subjekts antworten sie mit provinziellem Lokalpatriotismus. Die verwaltete Welt produziert Langeweile, einen Mangel an Erfahrung, die nicht entfremdet ist. Das ist der Grund, warum die Kinosäle sich füllen, wenn Matt Buckner bedeutungsschwanger vom ersten Faustschlag erzählt, der sich in sein Gesicht drückt so als würde es sich um eine spirituelle Offenbarung handeln. Deswegen essen Ultras keine Bratwurst im Stadion, sondern suchen nach Fun und Action, Event und Eigentlichkeit, nach „wahrer| Atmosphäre und ehrlichen Emotionen“ (Harlekins Berlin). Sie proben den Ausnahmezustand, wenn sie durch den Nebel der Rauchbomben den Gästeblock stürmen.

Die gefühlte Gefährlichkeit des Daseins als Individuum, in die man sich begibt, wenn wieder einmal Bengalo-Geschosse durch das Stadion fliegen, wird dem prekären Zustand des Subjekts vorgezogen. Natürlich soll dabei niemand sterben, nicht mal ernstlich verletzt werden. Dafür wännen sie sich, die sich nicht selten aus Gymnasiasten und Studenten rekrutieren, als zu aufgeklärt.

Die Todessehnsucht, die der einzige Weg aus der Herrschaft der toten Waren scheint, bleibt dennoch. Sie sublimiert sich in meist harmlose Bandenspiele. Doch die Subjekte können der Monotonie im Ultra-Dasein nicht entkommen – sie können sie nur verdoppeln. Weil man ihr wiederum entfliehen muss, ist der Film *Hooligans* durchaus beliebt unter Ultras.

III

Der Ursprung der Ultras liegt im Italien der 70er Jahre. Dort bilden sich Gruppen junger fanatischer Fußballfans in den Stadien, zu allererst die Fossa dei Leoni des AC Mailand. Die Grüppchen sind ein Auslaufprodukt der zerfallenden 68er Studenten- und Arbeiterproteste. Die jungen Männer verbindet die gemeinsame Zeit in der Protestbewegung und ihre Freundschaft im Stadion. Ästhetik und Methoden werden den politischen Aktionsformen auf der Straße entlehnt. Fahnen, Spruchbänder, Rauchbomben und Trommeln – all das kennt man schon von den Demonstrationen der Studenten und Arbeiter und nun sieht man es auch in den Stadien. Die verhältnismäßig komplexen Gesänge greifen Melodien politischer Lieder wie *Bella Ciao* auf. Erklärtes Ziel der Ultras ist eine ununterbrochene akustische Unterstützung der Mannschaft, ganz unabhängig von Spielstand, Spielverlauf und Laune der Zuschauer. Damit grenzen sie sich von den von ihnen verachteten normalen Zuschauern ab, die lediglich spielbezogen und affekthaft das Geschehen auf dem Platz kommentieren und nicht zu Unrecht gleichen die Gesänge der Ultras damit den formelhaft und emotional-emotionslos gerufenen Sprüchen linker Berufsdemonstranten oder den Durchhalteparolen der Kommunistischen Parteien, die das eigene Scheitern nur mit steinernem Revolutionskatechismus

beantworten konnten. Bald schon übernehmen sie die Organisationsformen der zerfallenden Bewegung. Sie treffen sich mehrmals die Woche, denn die aufwendige Unterstützung im Stadion erfordert Vorbereitung. Der große Aufwand der Choreografien, das notwendige Reglement für die gemeinsam erzeugte Stimmung, die beginnende Verschärfung der Feindschaften zwischen den Ultra-Gruppen und die konspirative Planung illegaler Aktionen fordern einen festen Zusammenhalt. Die Gruppe muss sich auf den einzelnen verlassen können. Im Notfall zählt, dass du nicht weggerannt bist, als es bitter wurde. Ob du Schwein oder Mensch bist, zeigt sich daran, ob du die Backe hingehalten hast, wenn es notwendig war.

Die Abfallprodukte der 68er Bewegung sind vielfältig. 1970 gründen sich in Italien die Roten Brigaden, die 1978 den italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro ermorden werden. Das Konzept Stadtguerilla macht ernst mit dem Bandenwesen und gerade deshalb ist es Ausdruck eines sich völlig konsolidierenden Kapitalismus. Die philosophische Unterfütterung bietet Régis Debray, ein französischer Student aus guter Familie, der mit Che Guevara in Bolivien kämpfte und das Konzept der Guerilla 1967 in seinem Buch *Revolution in der Revolution* nach Europa bringt. [2] Dort spottet er über die westliche Zivilisation als einem „lauwarmen Brutkasten, der kindisch macht und verbürgert“ und aus dem es im „Kampf des Guerillero gegen sich selbst“ auszutreten gälte. Der Selbstmord des bürgerlichen Subjekts soll in einer Inkarnation als Revolutionär münden, dem im physischen Überlebenskampf die Erkenntnis zu Eigen geworden ist: „Das Interesse der Gruppe ist auch das jedes Einzelnen – und umgekehrt.“ Begeistert spricht er über diesen „Traum á la Rousseau“ und über die Gemeinschaft

und Disziplin der Guerilleros, die „von einer Unerbittlichkeit sind, die der Contrat social nicht kennt“. In genau dieser Form sozialer Gemeinschaft, in der das Besondere notwendig ins Allgemeine gepresst wird, sieht Debray „die handelnden Subjekte der neuen Gesellschaft“. Der Contrat social der bürgerlichen Gesellschaft komme nicht zu seiner Geltung. Dies sei das Problem. Nicht, dass er das Individuum noch im Bann des kollektiven Allgemeinen hält. Was bleibt ihm da noch weiter, als euphorisch Fidel Castro zu zitieren: „Woher nehmen sie [...] so viel Mut und so viel Selbstverleugnung?“

Das Schöne an der Guerilla ist: Die tödliche Gefahr, die zur unmittelbaren Entscheidungssituation der Subjekte drängt, muss nicht fabuliert werden, sie ist real vorhanden. Und die Gemeinschaft braucht sich kein hanebüchenes Objekt suchen, der es seine Treue und sein Leben opfert. Sie bezieht diese Verpflichtung aus sich selbst und dem physischen Überleben ihrer Mitglieder heraus. Die Ultras lassen es freilich nicht oft soweit kommen. Fünf Todesfälle gibt es bis zum Ende der 80er Jahre in Italien. Nach Jedem interveniert die Szene entsetzt, versucht sich selbst zu regulieren, aber der Drang nach Fun und Action lässt sich nicht so recht verbieten. Die überflüssigen Subjekte suchen vergeblich den Ausstieg aus der Gesellschaft – ihr Ticket ist der Fußball und das Leben im selbst geschaffenen Contrat social der Ultra Gruppen.

IV

Anders als bei den Guerilleros steht für die Ultras nicht die befreite Gesellschaft auf der Agenda, sondern die Befreiung der Kurve. Die Selbstverwaltung des eigenen Gebietes ist ein Erbe der Studentenbewegung. Der auch von Linken oft bewunderte Antiautoritarismus, der sich

in rebellischer Symbolik und aufmüpferischem Verhalten äußert, ist aber nur der Anstrich für ein Programm, das statt gegen jede Herrschaft zu rebellieren, die eigene setzen will. In diesem Sinne identifizieren sie sich – frei nach Adorno – mit der Macht, von der sie geschlagen werden. Die Ultra Gruppen spielen mit dem Pathos der Marginalisierten nur um selbst hegemonial zu sein. Sie wollen sich von der Gesellschaft scheiden, doch können ihr nicht entkommen – weswegen sie sie verdoppeln. In den Gruppen herrschen strenge Regeln. Bist du bereit dein Leben zu geben – dann stell es unter Beweis. Jede Gruppe hat ihre Vorfeldorganisation, die die jungen Bewerber nach Kriterien der Leidens- und Hingabefähigkeit für die Gemeinschaft aussiebt. Über die Mitgliederzahlen wird streng gewacht um die soziale Kontrolle zu gewährleisten, die die Einhaltung der gruppeneigenen Regeln versichert. Wer dabei sein darf, bekommt die Gangwear mit der er sich von nun an zugehörig fühlen darf. In einer Rhetorik, von der man nicht sagen kann, ob sie Faszination oder Verzweiflung ausdrücken soll, berichtet ein junger Ultra: „[Du gibst alles:] dein Taschengeld geht für Tickets und Fahrten drauf, deine Fehlstundenanzahl geht ins Unermessliche, genauso wie die Zahl der Stunden, die du für Choreografien und ähnliches aufwendest. Deine Freundin findet das alles dann auch irgendwann scheiße und macht sich von dannen.“ [3] Dem Unverständnis der Umwelt kann nur mit immer tieferem Engagement für die Gruppe begegnet werden. „Die völlige Brechung der Persönlichkeit wird verlangt!...]. Das Individuum muss sich aller Macht begeben, die Brücken hinter sich abbrechen. Als der echte Leviathan fordert das Racket den rückhaltlosen Gesellschaftsvertrag.“, schreibt Max Horkheimer in seiner Schrift Die Rackets und der Geist. Das Mitglied

soll in seiner Funktion in der Ultra Gruppe aufgehen. Die Distanz der Menschen lässt sie in die Gemeinschaft fliehen, doch sie scheitern, weil sie sich dort nicht als besondere Menschen anerkennen, sondern wiederum nur als Vollstrecker eines Prinzips. Genau darin verdoppelt der vermeintliche Ausbruch die bestehende Gesellschaft. Nur das er sie noch zuspitzt und das Fünkchen Privatheit, das die bürgerliche Gesellschaft noch unangetastet ließ mit der Einforderung eines Lebensgefühls verschluckt.

Die Bewegung der Ultras ist selbstreferenziell. Ihr geht es nicht um den Erfolg des Vereins. Einige Ultra Gruppen geben sogar offen zu, dass sie sich den Aufstieg der Mannschaft nicht wünschen, weil eine höhere Liga wegen verstärkten Sicherheitsbedingungen ihrer narzisstischen Inszenierung abkömmlich wäre. „WIR sind das Spiel und der Verein“ schreiben die Frankfurter Ultras. Und in einer

Motivations- und Belehrungsansprache des Dresdner Capos, die irgendwo zwischen paternalistischer Autorität und mittlerem Management-Sprech liegt, schwört er seine Schafe ein, weder auf die Spieler zu hören, die würden eh nur Karriere machen, noch auf den Vereinsvorstand, das seien Leute aus dem Westen, sondern lediglich auf die Autorität der eigenen, älteren Mitglieder. Spätestens hier ist klar, dass die Ultras sich selbst genug sind. Der selbstzweckhaften Verwertung des Wertes stellen sie die um sich selbst rotierende gemeinschaftliche Therapiegruppe der überflüssigen Subjekte gegenüber, die mit projektiven Begriffen wie Tradition und dem „mehr-als-nur-Fan-sein“ mystifiziert wird.

Das Gerede von wahrer Spontaneität und Emotionalität im Stadion ist falsch. Die komplexen Gesänge kann niemand mitsingen, der sie nicht schon lange kennt – also Mitglied oder doch zumindest



Bewunderer der Ultras ist. Und wer nicht mitsingen will, gar etwas anderes, der soll sich aus der Kurve scheren. Die permanenten Gesänge dienen der Inszenierung der Gruppe, einer narzisstischen Triebabfuhr. Wahre Emotionalität verkörpern noch eher die Fans, die frustriert im Stadion sitzen, wenn ihre Mannschaft verliert, anstatt noch weiter wie von Sinnen vom Sieg zu singen. Das ist aber gleichgültig, denn die Floskeln von der Emotionalität sind Ideologie und Legitimation, um die Regeln des Ultra-Rackets hegemonial werden zu lassen. Wenn die selbstverwaltete Kurve einmal erreicht ist, ist sie ein Abziehbild der verwalteten Welt draußen. Geklatscht, gesprungen, gesungen wird, wenn es der Capo sagt. Die Schalparade kommt auf Abruf. Die Lieder sind einstudiert und die Jungen denken an die Mahnung der Älteren, deutlich und laut zu singen, damit man sie im ganzen Stadion versteht. Jedes Banner hat hierarchisch seinen festen Platz. Die Choreografien laufen nach einem festen Timing. Verärgert belehrt der Dresdner Capo, man solle sich disziplinieren und die verteilten Kassenrollen erst zum Einlauf der Mannschaft werfen. Auch der Gang zum Bierstand während des Spiels wird beargwöhnt. Die 90 Minuten wird man sich doch einmal zusammen reisen können. Die Inszenierung der Gruppe soll nicht durch die Gelüste des Einzelnen gefährdet werden. Das verwaltete Gangland weitet sich nach Bedarf aus. Die Städte vor und nach dem Spiel verlangen das Wissen mit welchen Vereinsfarben man sich wo genau bewegen darf. Zwischen den Spielen klopft man das Rudel zusammen, wenn sich befeindete Ultras in Schlagweite befinden.

Da ist keine Freiheit, keine Spontaneität mehr - die Ultras multiplizieren im Zeichen des Antiautoritarismus gesellschaftliche Herrschaft und Unfreiheit.

Matt Buckner findet sich deshalb nach seiner Erfahrung mit den englischen Hooligans in dieser Welt besser zurecht, weil er gelernt hat, wie sie funktioniert. Genauso lernen es die Ultras. Die Zuspitzung, die sie forcieren, ist längst schon selbst Tendenz der Gesellschaft. Begeistertes Engagement und wahnhafter Einsatz unter absoluter Selbstentäußerung sind nicht nur unter Fußballfans gefragt. Die Personalabteilungen der Unternehmen warten schon auf junge Abiturienten und Akademiker mit Kompetenzen in den Feldern Durchsetzungsstärke, Kompromissbereitschaft und Innovativkraft. Nicht weil die Ultras dies bewusst hervorbringen, ist das so, sondern weil sie Ausdruck einer Welt sind, die zur Ansammlung der Rackets geworden ist.

Anmerkungen:

[1] Alle Zitate der Ultra Gruppen stammen aus dem Buch „Die Jugendkulturen der Ultras-Zur Entstehung einer neuen Kultur von Fußballfans“ von Marcus Sommery. Aktuelle Texte zum Selbstverständnis deutscher Ultra Gruppen findet man leider selten. Nichtsdestotrotz sind die Zitate über die einzelnen Gruppen hinaus bestimmende Ausdrücke für das Wesen der Ultras.

[2] Den Zusammenhang von Debrays revolutionstheoretischer Schrift und dem Bandentreiben im Kapitalismus brachte bereits Wolfgang Pohrt auf den Punkt. Er sei nur passenderweise hier nochmals erwähnt.

[3] Zitiert nach Jonas Gabler: Die Ultras-Fußballfans und Fußballkulturen in Deutschland.

